

BACHELORARBEIT

Sander Schmidt

**Analyse der
rechtlichen
Verhältnisse einer
Nutzung GEMA-freier
Musik innerhalb des
Workflow von
Videoproduktionen**

2011

Fakultät Medien

BACHELORARBEIT

Analyse der rechtlichen Verhältnisse einer Nutzung GEMA-freier Musik innerhalb des Workflow von Videoproduktionen

Autor:

Sander Schmidt

Studiengang:

Medientechnik

Seminargruppe:

MT07w2-B

Erstprüfer:

Prof. Dr. Michael Hösel

Zweitprüfer:

Dipl.-Ing. Philipp Neumayer

Stuttgart, August 2011

I Bibliografische Beschreibung:

Schmidt, Sander:

Analyse der rechtlichen Verhältnisse einer Nutzung GEMA-freier Musik innerhalb des Workflow von Videoproduktionen. – 2011. – 60 S.

Hochschule Mittweida – University of Applied Sciences (FH),
Fachbereich Medien, Bachelorarbeit, 2011

II Referat:

Die vorliegende Bachelorarbeit thematisiert die Analyse der rechtlichen Verhältnisse einer Nutzung GEMA-freier Musik innerhalb des Workflow von Videoproduktionen. Der Autor untersucht in diesem Zusammenhang zunächst den Ablauf einer Videoproduktion und ordnet in diesen die Vertonung ein. Weiterhin werden die urheberrechtlichen Voraussetzungen untersucht, die eine Übernahme eines GEMA-freien Musikstückes in eine Videoproduktion ermöglichen. Anschließend erläutert der Autor welche vertraglichen Vereinbarungen für eine Übernahme eines Musikwerkes in eine Videoproduktion notwendig sind, bevor die Musikstücke anschließend noch in einer Datenbank archiviert werden, um eine gezielte Suche nach Musikstücken für Videoproduktionen zu ermöglichen. Die Erstellung der Datenbank selbst wird ebenso dokumentiert. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass die Nutzung GEMA-freier Musik unter Berücksichtigung der rechtlichen Verhältnisse innerhalb des Workflow von Videoproduktionen einen signifikanten Zeitgewinn erzielt.

III. Inhaltsverzeichnis

I. Bibliografische Beschreibung.....	3
II. Referat.....	3
III. Inhaltsverzeichnis.....	4
IV. Abbildungsverzeichnis.....	6
V. Abkürzungsverzeichnisverzeichnis.....	7
A. Einleitung und Definition.....	8
1.1 Einleitung.....	8
1.2 Definition.....	10
B. Einordnung der Vertonung in den Workflow von Videoproduktionen.....	11
2.1 Ablauf.....	11
2.2 Einordnung der Vertonung in den Workflow der Videoproduktion.....	19
C. Rechtliche Situation einer Filmherstellung mit GEMA-freien Musikstücken.....	23
3.1 Voraussetzungen für die Anwendung des Urheberrechts auf Musikwerke.....	23
3.2 Rechte des Musikproduzenten nach dem Urhebergesetz.....	26
3.2.1 Urheberpersönlichkeitsrechte.....	26
3.2.2 Verwertungsrechte.....	28
3.2.3 Nutzungsrechte.....	33
3.3 Leistungsschutzrechte beteiligter Künstler.....	37

3.4 Rechtlich korrekte Schritte zur Filmherstellung mit GEMA-freier Musik.....	41
3.4.1 Synchronization right.....	42
3.4.2. Master-Use right.....	44
3.4.3. Vertragliche Fixierung des Rechteerwerb.....	45
3.4.3.1. Filmherstellung mit bestehendem Musikwerk..	45
3.4.3.2. Filmherstellung mit Auftragskomposition.....	49
D. Erstellung der GEMA-freien Musik-Datenbank.....	51
4.1 Software und Systemvoraussetzungen.....	51
4.2 Erstellung einer Datenbank mit der Software „Mars“	53
4.3. Strukturierung der Datenbank nach Eigenschaften.....	56
E. Fazit.....	59
VI. Anhang.....	65
Muster Filmmusiklizenzvertrag.....	65
Muster Bandübernahmevertrag	68
Deutsches Urhebergesetz.....	81
VII. Quellen- und Literaturverzeichnis.....	150
VIII. Erklärung zur Selbstständigkeit.....	151

IV. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Modell zur Wirkung von Filmmusik nach Bullerjahn.	21
Abbildung 2: Benutzeroberfläche der Software „Mars“.....	51
Abbildung 3: Themenbaum der Programmoberfläche von „Mars“	52
Abbildung 4: Batch-Upload mit der Software „Mars“.....	53
Abbildung 5: Export-Auftrag mit der Software „Mars“	55

V. Abkürzungs- und Fremdwörterverzeichnis

Abs.	Absatz
BpM	Beats per Minute, dt.: Schläge pro Minute
bzw.	Beziehungsweise
Cutter	Ausführender Schnittmeister des Filmes
dt.	deutsch
DMV	Deutscher Musikverlegerverband
ebd.	ebenda, dt.: ebenso
etc.	et cetera, dt.: und so weiter
GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte
GVL	Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten
Master-use-license	Tonträgerlizenzvertrag
Score	filmische Illustrationsmusik
Synchronistaion-license	Filmmusiklizenzvertrag
Tracks	Musikstücke
Temp-Tracks	temporäre Musikstücke
UrhG	Urhebergesetz
Workflow	Arbeitsfluss
z.B.	Zum Beispiel
§	Paragraph
&	und

A. Einleitung und Definition

1.1 Einleitung

Während meines Praktikums bei der Daimler AG im Werk Sindelfingen wurde ich mit der Produktion von sechs Innovationsfilmen für die neue E-Klasse der Marke „Mercedes-Benz“ beauftragt. Neben dem Dreh und Schnitt der Filme, war es auch meine Aufgabe, die Clips zu vertonen. Mein Praktikumsbetreuer, Oliver Streppel, wies mich dabei an, nur Musik zu verwenden, die nicht der Kontrolle der „GEMA“ unterliegt. Er begründete dies damit, dass die Daimler AG, insbesondere die Videoproduktionsabteilung der Daimler AG, bereits in „Schwierigkeiten“ bei der Nutzung von Musik die der Kontrolle der „GEMA“ unterliegt, geraten war. Konkret nutzte die Videoproduktionsabteilung Musik eines Künstlers, welcher bei der „GEMA“ gemeldet ist, ohne sich über die damit verbundenen Kosten sowie rechtlichen Folgen zu informieren. Daraufhin musste die Videoproduktionsabteilung, bzw. die Daimler AG knapp 20.000 Euro an die „GEMA“ nach zahlen. Während der Suche nach „GEMA“-freier Musik entstand so der Gedanke, während meines Praktikums eine firmeninterne Datenbank für „GEMA“-freie Musik zu erstellen und durch Auftragskompositionen zu füllen, um damit den Workflow der Videoproduktion zu verbessern. Diesen Prozess, insbesondere die rechtlichen Verhältnisse einer Nutzung GEMA-freier Musik innerhalb von Videoproduktionen möchte ich in meiner Bachelorarbeit erörtern.

Ziel meiner Bachelorarbeit ist, den Workflow einer Videoproduktion zu skizzieren und eine Einordnung der Vertonung in diesen Prozess vornehmen.

Um ein besseres Verständnis für die Relevanz von Filmmusik für eine Videoproduktion zu erhalten werde ich kurz auf Theorien der Filmmusik eingehen und diese aufführen. Insbesondere gehe ich auf die Frage ein welche Rechte bei einer Videoproduktion seitens des Videoproduzenten vom Musikurheber bzw. Auftragskomponisten erworben werden müssen. Insbesondere beleuchte ich auch den Prozess der Auftragskomposition sowie die damit verbundene Rechteverwertung. Damit befasst sich die vorliegende Bachelorarbeit mit allen relevanten Schritte zu einer rechtlich korrekten Verwertung von Auftragskompositionen unter anderem in Form eines Vertragsmusters. Der rechtliche Teil dieser Arbeit befasst sich nur mit dem Fall, dass der Musikurheber kein Mitglied der Verwertungsgesellschaft GEMA ist. Untersuchungen der GEMA-

Verhältnisse sind in der Literatur bereits vorhanden. Ich verzichte auch deshalb darauf, da die GEMA nur die Rechte des Musikurhebers wahrnimmt, anstatt dies der Musikurheber selbst tut. Diese Fallunterscheidung möchte ich aus Platzgründen vermeiden. Schließlich dokumentiere ich die Erstellung einer GEMA-freien Musikdatenbank, deren Ziel ist, aufwendige Recherchearbeiten bzgl. Nutzungsrechten & Lizenzierung von Musiktiteln vermeiden zu können und somit eine effizientere Ausgangslage zur Vertonung von Videomaterial zu erhalten.

1.2 Definition

Zunächst möchte ich die einzelnen Fachbegriffe meines Bachelorthemas definieren.

1.2.1 Implementierung

Per Definition ist die Implementierung „die Umsetzung der festgelegten Strukturen und (Arbeits-) Abläufe in einem System“ unter Berücksichtigung von „Rahmenbedingungen, Regeln und Zielvorgaben, also einer Spezifikation“¹.

1.2.2 GEMA-freie Musikdatenbank

Unter einer „GEMA-freien Musikdatenbank“, versteht man eine Musikdatenbank deren Musikstücke nicht bei der GEMA gemeldet sind. Die „Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte“, kurz GEMA, hat zur Aufgabe die rechtmäßige Vergütung der Mitglieder und Wahrung der Mitglieder- Rechte entsprechend Ihren gemeldeten Musikwerken zu gewährleisten. Tritt ein Künstler der „GEMA“ bei, so vertritt die GEMA den Künstler und sorgt für das Inkasso der Tantiemen bei den Nutzern der Musik².

1.2.2 Workflow

Unter „Workflow“, zu deutsch: Arbeitsfluss, versteht man eine „inhaltlich abgeschlossene, zeitlich und sachlogisch zusammenhängende Folge von Funktionen, die zur Bearbeitung eines betriebswirtschaftlich relevanten Objektes notwendig sind und deren Funktionsübergänge von einem Informationssystem gesteuert werden“³.

1 Reiners (2009), S. 41.

2 Koczyński (2009), S. 7

3 <http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitsablauf>

B. Einordnung der Vertonung in den Workflow von Videoproduktionen

In diesem Kapitel möchte ich zunächst den den Ablauf der Vertonung einer Videoproduktion skizzieren und dabei auf die Bedeutung der Vertonung innerhalb der Videoproduktion eingehen, um so ein besseres Verständnis der Thematik zu ermöglichen.

2.1 Ablauf

Zum einen ist eine Übernahme bestehender Musikstücke in die Videoproduktion möglich, welche ich im Punkt 3.2.2. näher erläutern werde. Das Tätigwerden eines Komponisten ist in diesem Zusammenhang nicht nötig. Zum anderen ist die Beauftragung eines Komponisten mit der Produktion des gesamten „Score“- zu deutsch filmische Illustrationsmusik - oder einzelner Szenen möglich. Der Umfang einer solchen Produktion ist von getroffenen Absprachen und Verträgen zwischen dem Komponisten und Regisseur beziehungsweise Produzent abhängig⁴. So ist z.B. die alleinige Komposition der Musik durch den Komponisten möglich, während die Umsetzung der Musik, bzw. deren Einspielen wiederum von einem Studioproduzenten und dessen Musikern umgesetzt wird. In folgendem Beispiel möchte ich die Herstellung der Filmmusik durch einen Komponisten beschreiben, der alle genannten Tätigkeiten vertraglich zu erbringen hat. Dies beinhaltet die Komposition des Musikstückes über deren Umsetzung hin bis zur Ablieferung des fertigen Masterbandes.

2.1.1 Vorbereitungstätigkeiten

Musikbudget

Zunächst ist bei der Beauftragung eines Komponisten das Budget entscheidend, welches für die Produktion der Filmmusik bereitgestellt wird⁵. So ist „synthetisch

4 Brauner (2001), S.59

5 Moser (1992), S.30 ff.

hergestellte Filmmusik relativ günstig⁶. Die Kosten der Produktion steigen sobald „Studiomusiker oder Synfonieorchester für die Einspielung der Musik“⁷ benötigt werden. Als Richtwert für einen Spielfilm der im Fernsehen ausgestrahlt wird gilt der Filmmusik-Preis von durchschnittlich 200 € pro Sendeminute⁸. Bei einem Budget von 750.000 € für die gesamte Spielfilmproduktion, entsprechen die Kosten für die Produktion der Musik mit insgesamt 30 Minuten Musik in Höhe von 7500 € einem Anteil von 1 % vom Gesamtkapital⁹. Bei Kino-Produktionen können die Kosten 2000-2500€, in „selten Fällen“¹⁰ auch 4000€ pro Minute Filmmusik betragen.

Meist wird der Komponist mit der vollständigen Komposition bis zur Ablieferung des fertigen Masterbandes beauftragt. Dementsprechend trägt der Komponist die Kosten für Studiomiete, Studiomusiker, Dirigenten, Aufnahmeleitern und Studiopersonal auf eigenes Risiko, falls dies nicht vertraglich anders vereinbart wird. Das Honorar des Komponisten ergibt sich also aus dem gezahlten Minutenpreis minus den Ausgaben für die Produktion der Filmmusik. So beläuft sich letztendlich das Honorar eines Filmkomponisten zwischen 15.000-50.000€ pro Film¹¹.

Bei Serienproduktionen herrscht hingegen ein „starker Stellenunterschied zwischen Vorspann und Illustrationsmusik“, der daraus resultieren kann, dass „für beide Musikarten verschiedene Komponisten eingesetzt werden“¹². Dies ergibt sich aus der Funktion der Vorspannmusik als Identifikations-Musik, kurz ID-Musik. Der beabsichtigte Wiedererkennungseffekt ist hier für die gesonderte Vorgehensweise ausschlaggebend. Als Beispiel dienen hier die Titelmelodien der Serien „Marienhof“, „Lindenstrasse“ oder auch „Gute Zeiten – Schlechte Zeiten“, die Teil des festen Images der Serien wurden.

6 ebd., S. 30 ff.

7 Moser (1992), S. 30 ff.

8 ebd., S. 31 ff.

9 ebd., S. 31 ff.

10 ebd., S. 31 ff.

11 ebd., S.31 ff.

12 Wehmeier, (1995), S. 59

Auswahl des Filmkomponisten

Nachdem das Budget festgelegt ist, gilt es den passenden Komponisten für die Videoproduktion zu finden. In der Regel hat der Regisseur das letzte Wort für oder gegen eine Person inne¹³. Häufig arbeiten Regisseur und Komponist nach erfolgreicher Zusammenarbeit in weiteren Filmen zusammen, was den Vorteil bietet, „daß man einander kennt und auf umständliche Erklärungen verzichten kann, wenn es darum geht eine gewünschte Musik mit Worten zu beschreiben“¹⁴.

Drehbuchlektüre

Die Beauftragung des Filmkomponisten beginnt nach der Fertigstellung des Drehbuches bzw. der Rohschnittfassung der Videoproduktion.

Allgemein wird der Komponist zunächst in die Thematik der Videoproduktion eingeführt. Dies geschieht meist durch die Übergabe eines Drehbuches oder durch die Sichtung der ersten Schnittfassung der Produktion. Durch das Drehbuch macht sich der Komponist mit der „Handlung, den Figuren und den inhaltlichen Gegebenheiten des Films wie z.B. Ort und Zeit der Handlung vertraut“¹⁵.

Im wesentlichen hat die Lektüre „informativen Charakter“, wobei der Filmkomponist keinerlei Einfluss auf Inhalt oder Drehbuch nimmt¹⁶.

Dreharbeiten

Bei den Dreharbeiten nimmt der Filmkomponist keinen Einfluss und ist bestenfalls als reiner Beobachter anwesend.

13 Wehmeier, (1995), S.59

14 ebd., S.59

15 Brauner (2001), S. 63

16 Brauner (2001), S. 64

Sichtung des Rohschnitts

Nach Abschluss der Dreharbeiten ist eine Sichtung der Rohschnittfassung vorteilhaft, da der Komponist die „inhaltliche und formale Zielrichtung der (...) zu komponierenden Filmmusik aus (...) dieser Bild- und Sprachebene“ bezieht, so dass „er in der Regel auf diese Bilder angewiesen ist“¹⁷. Schneider sieht sogar in der „Sichtung der ersten Schnittfassung des sog. Rohschnitts, die erste konkrete Berührung des Komponisten mit dem Filmwerk“¹⁸. Im Rohschnitt ist die

wesentliche Bildfolge mit unterlegtem Originalton der Dreharbeiten festgelegt. In diesem Zusammenhang verweist Brauner darauf, dass eine früh mögliche Einbindung wichtig ist, da die Gefahr besteht dass Regisseur und Filmkomponist aneinander vorbei arbeiten, da der „Film eine eigenständige, durchaus auch inhaltlich vom Drehbuch abweichende Gestaltung hat“¹⁹. Im Rohschnitt ist meist provisorische Musik hinterlegt, sogenannte „Temp.-Tracks“, zu deutsch temporäre Musik.

Diese werden vom Regisseur genutzt um ein erstes musikalisches Konzept nach seinen Vorstellungen zu kreieren. Hauptsächlich sollen diese Tracks eine Stimmung und insgesamt ein „Gefühl für die Wirkungsweise der Bilder und Musik“²⁰ vermitteln.

2.1.2 Besprechung mit dem Regisseur

Die Besprechung mit dem Regisseur hat zentrale Bedeutung in der Vertonung einer Videoproduktion²¹. Hier erklärt der Regisseur welche dramaturgische Absicht hinter der Musik stecken soll. Generell bespricht er auch, welche Aussage der Zuschauer bei der Betrachtung des Filmes erhalten soll. Hierbei kann die Musik vielfältige Funktionen ausfüllen und muss nicht zwangsläufig immer den Bildinhalt untermalen. Vielmehr ist es durch die parallelen Informationskanäle eines Videos

17 Brauner (2001), S.63

18 Schneider (1990), S. 49

19 Brauner (2001), S.62

20 Manthey (1993), S. 104

21 Brauner (2001), S. 70 f.

in Form von „gedanklichen, bzw. emotionalen Inhalt von Musik“²² und dem separaten Bildinhalt möglich, auch gegensätzlich zu arbeiten. So spricht man von einer kontrapunktierenden Aussage, wenn das Bild im Gegensatz zur Musik steht, was zum Beispiel bei einer Einbruchszene der Fall ist, wenn parallel zum Bild ein Kinderlied eingespielt wird²³. Eine polarisierende Aussage wird erzielt, indem das Bild in Form der Musik kommentiert wird. Als Beispiel führt hier Pauli einen dargestellten „Kindsmord mit gleichzeitig ertönendem Kinderlied“²⁴ auf. Der klassische Fall, eine Untermalung des Bildgeschehens mit emotional gleichgerichteter Musik, also z.B. die „Darstellung einer Liebesszene mit romantischer Musik“, wird als „paraphrasierend“²⁵ bezeichnet. Neben der allgemeinen Richtung der Musik, kann der Regisseur hier auch sogenannte „Synchronpunkte“ festlegen. Diese Vorgehensweise ist aus den Studios von „Walt-Disney“ bekannt, und wird deshalb in der Fachsprache als „Mickey-Mousing“²⁶ bezeichnet. Der Begriff hat seinen Ursprung in den frühen schwarz-weiß Mickey-Mouse-Filmen, bei denen die Musik direkt das Bildgeschehen beschreibt. So ertönte zum Beispiel bei einem Zusammenstoß von Mickey-Mouse mit einer anderen Zeichentrickfigur ein Crash-Schlag des Schlagzeugs, oder das Schleichen von Mickey-Mouse wurde bei jedem Aufsetzen des Fußes durch einen Flötenton untermalt. In der heutigen Zeit reichen die Synchronpunkte von einem „musikalischen Ausrufezeichen“ (siehe oben) bis hin zu Filmmusik die „sämtliche im Bild enthaltenen Aktionen & Bewegungsabläufe“²⁷ nachvollzieht. Brauner stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die „Musik stets in Beziehung zum Bildgeschehen“ steht, während umgekehrt „keine Reflexion der Bilder auf die Musik stattfindet“²⁸. Neben der Aussage der Musik wird in dieser Besprechung auch der zeitliche Rahmen der Musik, d.h. Einsetzen und Aussetzen der Musik festgelegt.

22 Brauner (2001), S.70 f.

23 Pauli (1976), S. 91 ff.

24 ebd., S. 91 ff.

25 Pauli (1976), S. 91 ff.

26 Brauner (2001), S. 70 f.

27 ebd., S. 71

28 ebd., S. 70

2.1.3 Layout und Komposition

Anschließend ist der Komponist aufgefordert erste Kompositionsvorschläge in Form eines „Layout“ zu liefern, um dem Regisseur seine Klangvorstellung zu vermitteln. Dieses ist als Vorstufe zur eigentlichen Komposition zu verstehen und geht der Komposition voraus²⁹. Dennoch muss der Komponist hier bereits den „Regeln von Musik im Dialog“³⁰ entsprechend arbeiten. So müssen z.B. bereits in den Layouts Frequenzbereiche der sprechenden Darsteller berücksichtigt und ausgespart werden. Üblicherweise werden Layouts am PC bzw. Mac komponiert. So bleibt eine nachträgliche Veränderung der Instrumentierung oder Klangfarbe möglich, was eine Einflussnahme des Regisseurs ermöglicht. Außerdem ist es dem Komponisten von vornherein möglich ohne großen Zeitaufwand mehrere Versionen des selben Layouts zu erstellen um bereits im voraus mehrere Variationen bezüglich der Instrumente (klassisch-synthetisch) oder Klangfarbe präsentieren zu können. Ist der Regisseur mit dem Layout einverstanden, beginnt die finale Komposition des Musikstückes. Wird auch dieses vom Regisseur abgenommen beginnt die eigentliche Musikproduktion.

2.1.4 Musikproduktion

Ob die Musikproduktion im Tonstudio mit Musikern, oder im heimischen Studio des Komponisten stattfindet, ist „eine Frage der Zeitplanung und des Budgets“ wie Brauner feststellt³¹. Spielen Musiker die Komposition im Studio ein, kann dies auf zwei unterschiedliche Weisen passieren. Zum einen können die Musiker durch das Nutzen eines Metronoms oder so genannten „Klick-Tracks“³² die Noten taktgenau einspielen. So wird die „Synchronizität der Aufnahme zum Bild sichergestellt“³³, ohne dass das Abspielen der Videosequenz dazu nötig ist. Die andere Möglichkeit besteht darin, direkt zum Bild einzuspielen was als „Free-

29 Brauner (2001), S. 71

30 ebd., S. 71

31 Brauner (2001), S. 74

32 ebd., S. 74 f.

33 ebd., S. 74 f.

Timing³⁴ bezeichnet wird. Mittels der modernen Sequenzertechnik können die Musikstücke im Nachhinein fein justiert werden, durch Effekte z.B. Hallanteile zu gemischt, Signale komprimiert und im Panorama in den Vorder- oder Hintergrund versetzt werden. Nähere Ausführungen zu den immensen Möglichkeiten der modernen Studioteknik würden hier jedoch den Rahmen dieser Arbeit überschreiten, so dass nicht näher darauf eingegangen werden kann. Der Regisseur ist dabei manchmal im Studio anwesend, wodurch Missverständnisse bereist vor Ort geklärt werden können. Dadurch können die Musiker auch konkret auf die Wünsche des Regisseurs eingehen, wodurch der Regisseur aber kein Urheber wird. Dies geschieht erst wenn er selbst Tonsätze, Harmonien oder Rhythmen kreiert³⁵. Näheres dazu unter 3.1. *Urheberrechte des Musikproduzenten*. Die Musikproduktion ist mit der Abgabe eines abgemischten Masterbandes abgeschlossen.

2.1.5 Abschließende Filmmischung

In der abschließenden Filmmischung werden alle Dialoge, Töne, Geräusche sowie Musik des Filmkomponisten vereint und endgültig zusammengeführt³⁶. Dazu werden zunächst alle Audiosignale vom Cutter positioniert und anschließend separat auf Spuren aufgeteilt. Gegebenenfalls wird auch die Musik selbst auf separate Spuren, z.B. Geige, Klavier und Drums aufgeteilt, um so eine gezieltere Abmischung zu erhalten. Zentrale Figur der finalen Tonmischung ist der Tonmeister, der den Film abmischt³⁷. Seine Bearbeitungsmöglichkeiten sind mittels vielfältiger Effektprozessoren im Jahr 2011 zahlreicher und effektiver denn je. Durch Sequenzersoftware der heutigen Zeit in Form von Cubase oder Pro Tools ist ein schnelles experimentieren möglich, so dass auch erst im nach hinein der eigentlichen Musikproduktion eine zufrieden stellende Mischung im Sinne des Regisseurs möglich ist. Der Filmkomponist ist bei der Abmischung meist nicht anwesend, oder nimmt höchstens eine beratende Funktion ein, sofern er nicht die

34 Brauner (2001), S. 19

35 ebd., S. 75

36 Brauner (2001), S. 80

37 ebd., S. 81

Position des Filmkomponisten und Tonmeisters in Personalunion besetzt³⁸. Die Praxis bei Daimler zeigt, dass zumindest im Industriefilmbereich die Aufgaben der Vertonung, der Musikkomposition und finalen Filmmischung meist von einem Tonstudio übernommen werden, indem Tonmeister und Komponist die selbe Person sind.

38 Brauner (2001), S. 83

2.2 Einordnung der Vertonung in den Workflow der Videoproduktion

Allgemein stellt Musik einen „wesentlichen, wenngleich auch oft unterschätzten Faktor“³⁹ für Videoproduktionen aller Art dar. Hickethier stellt fest, dass Musik als „selbstständige Mitteilungsebene (Soundtrack) zu den Bildern tritt, (...) [die] das visuell Gezeigte mit emotionalen Qualitäten und auf spezifische Weise interpretieren“⁴⁰ kann. Lichtenhahn äußert, dass die Emotionen des Zuschauers durch Musik „unmittelbar angesprochen werden, (...) was die visuellen Informationen alleine nicht leisten können“⁴⁰.

„Auf sehr anschauliche Weise wird dies beim Betrachten der Rohschnittfassung eines Films deutlich. Viele Szenen wirken auf einmal leer oder auf eine eigentümliche Weise unbeholfen.“⁴¹

Nachfolgend möchte ich nun die Funktionen der Filmmusik erläutern und darauf folgend ihre Wirkung auf den Zuschauer erörtern.

2.2.1 Funktionen der Filmmusik

Im Folgenden werden die Funktionen der „Off-Musik“ definiert, welche sich von der „On-Musik“ unterscheidet. Als Off-Musik, auch als „Fremdton“⁴² bezeichnet, versteht man die akustischen Ereignisse von denen man ausgeht, dass diese „die Protagonisten nicht wahrnehmen können und demnach nicht zur filmischen Realität gehören“⁴³. Als On-Musik versteht man Musik die direkt im Handlungsgeschehen des Films steht, also wenn z.B. ein Protagonist ein Konzert besucht, eine Schallplatte auflegt, oder dieser Zusammenhang für den Zuschauer erkennbar ist, ohne dass dieser direkt gezeigt wird.

Unter Funktionen der Filmmusik versteht Bullerjahn „die Beschreibung von

39 Lichtenhahn (2004), S. 131

40 Hickethier (2007), S. 94

40 ebd., S. 131

41 Lichtenhahn (2004), S. 131

42 Pauli (1981), S. 14

43 <http://jelkamoench.net/Emotionale%20Wirkung%20von%20Filmmusik.pdf>

Aufgabenstellungen, die der Filmmusik im Rahmen der Gesamtdramaturgie des Films und seiner Vermarktung zugeordnet sind“⁴⁶.

In der Literatur lassen sich folgende Funktionen herausarbeiten:

-Filmmusik übernimmt dramaturgische Funktionen indem sie Stimmungen abbildet bzw. Szenen durch Musik in der Empfindung kontrapunktiert oder auch polarisiert (siehe 2.1.2. *Besprechung mit dem Regisseur*). Sie verdeutlicht seelische Vorgänge und kann Empfindungen und Leidenschaften symbolisch darstellen.

-Filmmusik übernimmt narrative und epische Funktionen. Sie kann „die Erzählzeit oder das Erzähltempo manipulieren“⁴⁷. Es können leicht fassbare Informationen zu „historischen, geographischen und gesellschaftlichen Aspekten der Filmerzählung“ integriert werden, ohne dass dies im Bild geschieht. Der Filmmusik ist dies möglich durch die Anregung spezifischer Assoziationen mittels Musikgenre und -stil (beispielsweise durch Verwendung von orientalischer Musik in einer Dokumentation über Dubai)

-Filmmusik kann den Film strukturieren, indem sie Schnitte verdeckt oder betont, sowie Akzente auf Einzeleinstellungen und Bewegungen setzen

-Filmmusik kann emotionale Wirkungen beim Rezipienten generieren und verstärken. Durch Filmmusik ist es möglich „Distanz zum Geschehen“ zu vermindern und „die Wahrnehmung der Bilder affektiv auf[zuladen“⁴⁸. Sie verleiht eine zusätzliche „Dimension der Tiefe“. Außerdem kann die Aufmerksamkeit des Betrachters auf „bestimmte Personen, Gegenstände oder Ereignisse des Films“⁴⁹ gelenkt werden.

Die Fülle der gestalterischen Möglichkeiten die vorangehend aufgezeigt wurden, unterstreicht Wehmeier mit seiner Aussage, dass der Filmkomponist als Verantwortlicher für Filmmusik neben Kameramann, Ausstatter etc. eine der

46 Bullerjahn (2001), S. 11

47 <http://jelkamoench.net/Emotionale%20Wirkung%20von%20Filmmusik.pdf>

48 ebd.

49 ebd.

entscheidenden Schlüsselfunktionen“⁵⁰ besetzt.

2.2.2. Wirkung der Filmmusik

Nach Bullerjahn ist die Wirkung von Filmmusik das „Ergebnis des Zusammenwirkens von Eigenschaften der Filmmusik und ihren Relationen zu anderen Filmelementen sowie den Erwartungen und Bedürfnissen des Filmrezipienten“⁵¹. In ihrem 2001 veröffentlichtem Modell zur Wirkung von Filmmusik geht sie auf die Wirkungsabläufe von Filmmusik ein und betrachtet darin zusätzlich die Variablen, die bei der Wirkung Einfluss haben. Diese Variablen teilt sie in drei Ebenen ein:

Die erste Ebene stellt die Filmmusikebene dar, in der die Variablen Ausdruck, Parameter, kollative Eigenschaften, Komposition/Produktion, assoziativer Gehalt, Relation zum Bild und Relation zur Sprache zur Geltung kommen.

In der zweiten Ebene, der Rezipientenebene, stellt Bullerjahn die unterschiedlichen Persönlichkeiten der Rezipienten in Form demographischer Daten, Persönlichkeit, Erfahrung, Vorurteilen und Einstellungen sowie Prädispositionen dar.

Die letzte Ebene, welche Bullerjahn als Wirkungsebene bezeichnet, summiert die Variablen Bannung und Vereinnahmung, Strukturelle Wahrnehmung, Emotionale Einfühlung, Aneignung von Wissen und Informationsspeicherung, Kognitive Schema-Anwendung, Urteils- und Meinungsbildung und als letzte Variable Konditionierung und Motivation von Verhalten.

⁵⁰ Wehmeier, (1995), S. 59

⁵¹ Bullerjahn (2001), S. 11

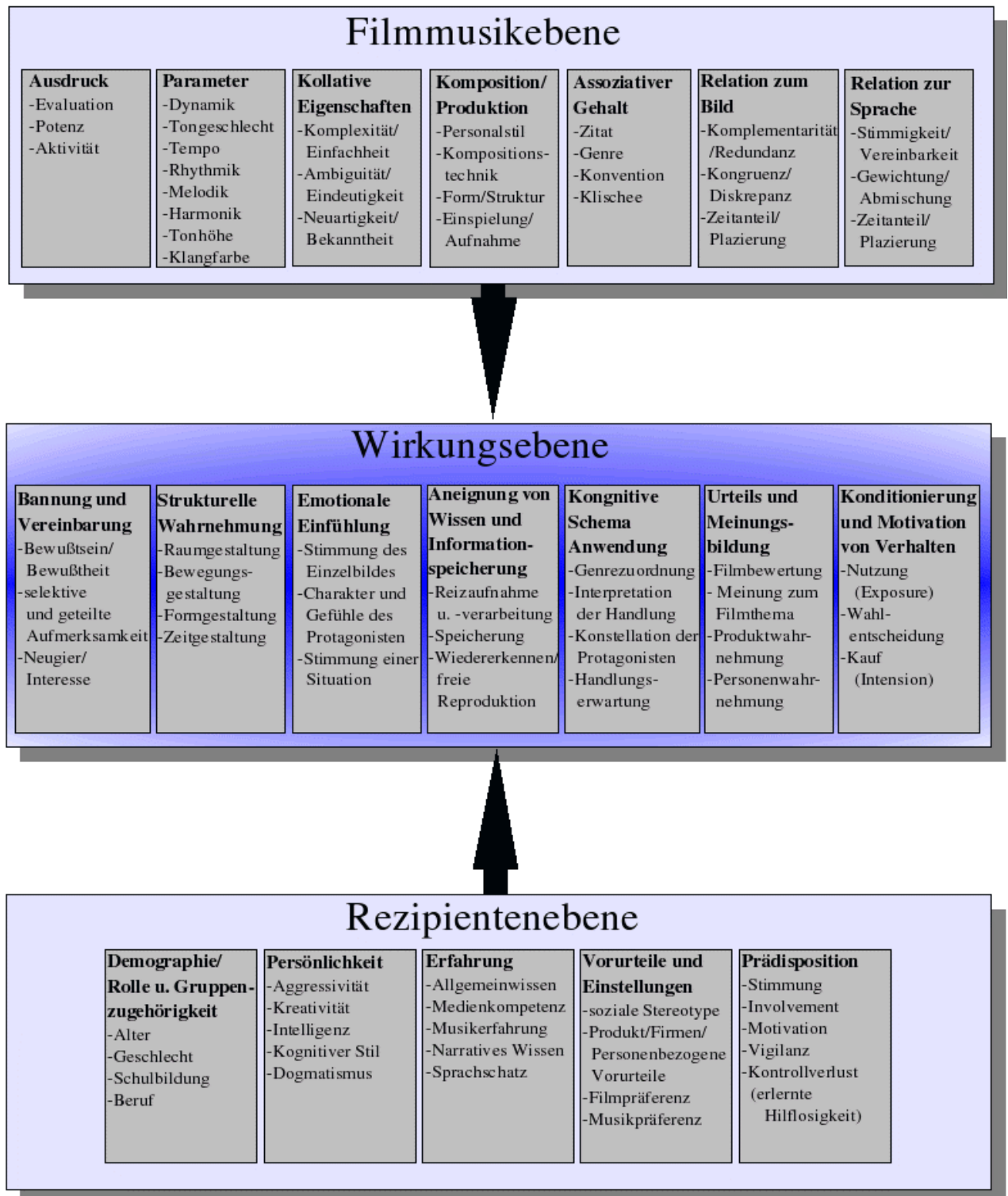


Abb. 1: Modell zur Wirkung von Filmmusik nach Bullerjahn

C. Rechtliche Situation einer Filmherstellung mit GEMA-freien Musikstücken

In folgendem Kapitel werden zunächst die Voraussetzungen untersucht, welche erfüllt sein müssen um das Urheberrecht auf Musikwerke anwenden zu können. Anschließend gehe ich auf die Rechte ein, die dem Urheber eines schutzfähigen Musikwerks im Sinne des Urhebergesetzes zustehen und wie diese im Zusammenhang der Vertonung einer Videoproduktion verwertet werden können.

3.1 Voraussetzungen für die Anwendung des Urheberrechts auf Musikwerke

Der Schutz von Musikwerken durch das Urhebergesetz ist in Paragraph 2, Absatz 1, Ziffer 2 des deutschen Urhebergesetz definiert.

Paragraph 2

Geschützte Werke

(1) Zu den geschützten Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst gehören insbesondere:

1. Sprachwerke, wie Schriftwerke, Reden und Computerprogramme;

2. Werke der Musik

3. pantomimische Werke einschließlich der Werke der Tanzkunst;

4. Werke der bildenden Künste einschließlich der Werke der Baukunst und der angewandten Kunst und Entwürfe solcher Werke;

5. Lichtbildwerke einschließlich der Werke, die ähnlich wie Lichtbildwerke geschaffen werden;

6. Filmwerke einschließlich der Werke, die ähnlich wie Filmwerke geschaffen werden;

7. Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art, wie Zeichnungen, Pläne, Karten, Skizzen, Tabellen und plastische Darstellungen.

Die Voraussetzung für die Schutzfähigkeit durch das Urhebergesetz (UrhG) wird anschließend in Paragraph 2, Absatz 2, Ziffer 2 des deutschen Urhebergesetzes definiert.

(2) Werke im Sinne dieses Gesetzes sind nur persönliche geistige Schöpfungen.

Werke der Musik im Sinne des Urhebergesetzes sind nach Brauner alle „persönlichen & geistigen Schöpfungen“ die sich der Töne als Ausdrucksmittel bedienen⁵², wobei er diese Aussage teilweise negiert indem er darauf hinweist, dass einzelne Töne und Geräusche nicht schutzfähig sind. Des weiteren sind „Harmonie & Rhythmus als Bestandteile des Tonsatzes, sowie Arrangement & Sound“ weitere Gestaltungselemente für einer persönlich-geistigen Schöpfung. Brauner erläutert in diesem Zusammenhang, dass der ausschlaggebende Faktor für die Anerkennung des Musikwerks als persönlich geistige Schöpfung das Merkmal der Individualität ist. Somit sind „Schöpfungen von nur geringer Eigentümlichkeit“ von § 2 UrhG auszuklammern. Damit werden „mechanisch-automatisierte Tonabläufe“⁵³ vom Urheberrecht ausgeschlossen und sind somit nicht schutzfähig.

Der nötige Grad der Individualität ist aber relativ gering und bedarf nur der Gestaltungshöhe der so genannten „Kleinen Münze“. Damit sind Werke der Musik geschützt, die sich „aufgrund ihrer geringen Schöpfungshöhe am untersten Rand eigen persönlicher Gestaltungskraft bewegen“⁵⁴. Zur Veranschaulichung nennt Brauner eine Szene im Film „Eyes Wide Shut“ des Regisseurs Stanley Kubrick. In dieser ist die Musik nicht durch Melodie und Elemente des Tonsatzes, sondern durch „filmspezifische Funktion, die die Untermalungsmusik für die Atmosphäre & Dramaturgie des Films übernimmt“ geschützt. Dort wird eine Orgie mit einem hämmernden, monotonen Klavierrhythmus unterlegt. Allein weist dieser wenig

52 Brauner (2001), S. 28

53 ebd., S. 28

54 ebd., S. 30

Individualität vor, trifft im „Zusammenhang (...) jedoch eine wichtige künstlerische Aussage“⁵⁵. Kann auch dies für einzelne Szenen nicht anerkannt werden, so ist dennoch möglich, dass die „gesamte Musikuntermalung eines Filmes, bestehend aus vielen unterschiedlichen Musiktakes“⁵⁶, dann ein einheitliches Gesamtwerk darstellt, wenn sich für den Zuschauer der Eindruck eines geschlossenen Klanggefüges ergibt. Dies ist dann der Fall wenn ein einheitliches dramaturgisches Gesamtkonzept der verwendeten Filmmusik vorliegt. Brauner fordert hier einen „einheitlichen Klangcharakter, (...) sowie ein geschlossenes System von Verweisungen mittels Motivtechnik“⁵⁷. Dennoch ist das bloße Anwenden der Leitmotivtechnik, die mechanisch und ohne dramaturgische Konzeption bestimmte Motive wiederholt, nicht ausreichend⁵⁸, wenn das hierzu gehörende Subjekt im Bild sichtbar wird. Ist ein Musikwerk Teil eines Filmes, so ist auch dieses Musikwerk separat und somit ohne gleichzeitige Wiedergabe des Bildes geschützt, wie Hertin feststellt⁵⁹.

55 Brauner (2001), S. 30

56 ebd., S. 28

57 ebd., S. 28

58 ebd., S. 30

59 Hertin (1999), S. 761

3.2 Rechte des Musikproduzenten nach dem Urhebergesetz

Erfüllt ein Musikstück die Anforderungen des Urhebergesetzes, so spricht dieses dem Urheber verschiedene Rechte zu, die sich in drei Gruppen einteilen lassen: Den Urheberpersönlichkeitsrechten, den Verwertungs- sowie Nutzungsrechten. Ebenso definiert das UrhG noch so genannte Leistungsschutzrechte, die den ausübenden Künstler eines Musikwerkes zustehen und im Zusammenhang der Themenstellung von Bedeutung sind. Der Wortlaut aller genannten Rechte kann im Anhang eingesehen werden und ist hier aus Platzgründen ausgespart.

3.2.1 Die Urheberpersönlichkeitsrechte

Allgemein sind diese Rechte nicht übertragbar und bleiben immer im Besitz des Urhebers. Dennoch ist es möglich im Rechtsverkehr eine vertragliche Überlassung zur Ausübung zu vergeben. Hierin verpflichtet sich der Urheber die Ausführung gefallen zu lassen. Der Erwerber erhält darin das Recht „überlassene Befugnisse im eigenen Namen gegenüber Dritten auszuüben“⁶⁰. Die Urheberpersönlichkeitsrechte lassen sich in das Veröffentlichungsrecht, das Recht auf Anerkennung der Urheberschaft, sowie das Recht des Verbots der Entstellung unterteilen.

3.2.1.1 Das Veröffentlichungsrecht

Nach § 12 Abs. 1 UrhG besitzt der Urheber das Recht zu bestimmen zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise sein Werk veröffentlicht werden soll⁶¹. Wenn ein Werk der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, ist es damit veröffentlicht. Schulze weist hier darauf hin, dass eine Veröffentlichung „notwendigerweise eine Verwertungshandlung“ einschließt, „entweder eine Verbreitung, Ausstellung oder eine

⁶⁰ Ventroni (2001), S.103

⁶¹ Homann (2006), S. 18

Wiedergabe“⁶². Der Öffentlichkeitsbegriff ist hierbei nicht näher definiert. Das Recht der Veröffentlichung erschöpft sich mit der vollzogenen Veröffentlichung. Dies beschränkt sich aber immer auf eine konkrete Verwertungsform und ist somit mehrfach anwendbar⁶³, wie Fromm und Nordemann feststellen.

3.2.1.2 Das Recht auf Nennung

Nach § 13 UrhG steht dem Urheber das Recht zu als Urheber seines Werkes genannt zu werden. Ferner kann er bestimmen ob und wie der Urheber auf seinem Werk und dessen Vervielfältigungsstücken genannt werden möchte. Daraus ergibt sich auch die Möglichkeit der Leugnung einer Urheberschaft oder einer anonymen Veröffentlichung⁶⁴. Des weiteren kann sich der Urheber für ein Pseudonym entscheiden und hat die Möglichkeit „eine Nennung derjenigen Personen [zu verhindern], die nicht oder nicht in der bezeichneten Form an der Erstellung des Werkes beteiligt waren“⁶⁵. Liegt eine Miturheberschaft weiterer Personen vor, so haben diese einen eigenen Nennungsanspruch. Liegt eine Bearbeitung eines Werkes vor, so hat der Originalurheber wie der Bearbeiter einen separaten Nennungsanspruch aus § 13 UrhG. Der Nennungsanspruch bezieht sich aber nur auf die körperliche Form des Werkes, wird zum, Beispiel ein Song im Radio gespielt, ist es nicht zwingend notwendig den Urheber zu nennen, da dies dem „Nutzungszweck entgegenlaufen“ würde⁶⁶.

3.2.1.3 Das Recht auf Schutz vor Entstellung des Werkes

Gemäß § 14 UrhG hat der Urheber das Recht „eine Entstellung oder

62 Schulze (2003), S. 433

63 Fromm/Nordemann (2008), S. 13

64 Homann (2006), S. 40

65 ebd., S. 40

66 ebd., S. 41

eine andere Beeinträchtigung seines Werkes zu verbieten“, die seine berechtigten „gesitigen oder persönlichen Interessen“⁶⁷ am Werk verletzen. Nordemann und Hertin definieren Entstellung als „jede

Verzerrung oder Verfälschung der Wesenszüge des Werkes“⁶⁸. Eine Entstellung kann zum einen durch einen Eingriff in die Substanz entstehen, z.B. durch das Schneiden eines Musikwerkes in einzelne Samples und deren neu Arrangement, oder auch durch die Einbindung des Werkes in unveränderter Form in einen anderen Kontext, wie es z.B. bei der Wiedergabe eines klassischen Musikstücks innerhalb eines Pornofilmes der Fall ist. Wird das Werk auf vertraglicher Grundlage genutzt, so ist auf diese Rücksicht zu nehmen, wie Homann feststellt. Ist vertraglich ein Bearbeitungsrecht eingeräumt, so sind selbst „entstellende Eingriffe gedeckt, wenn diese nur konkret genug im Vertrag bestimmt sind“⁶⁹. Ebenso ist von einem eingeräumten Bearbeitungsrecht auszugehen, wenn eine Bearbeitung zur vertragsgemäßen Nutzung notwendig ist.

Neben den genannten Rechten haben ebenso das Zugangsrecht nach § 25 UrhG, das Folgerecht nach § 26 UrhG sowie die Rückrufrechte wegen Nichtausübung oder gewandelter Überzeugung nach § 41 und 42 UrhG urheberpersönlichen Charakter. Diese sind aber unter der Betrachtung von Musikwerken nicht relevant.

3.2.2 Die Verwertungsrechte

Die Verwertungsrechte nach § 15 ff. garantieren dem Urheber sein Werk in allen möglichen, auch noch nicht bekannten Verwertungsformen auszuwerten. Hierbei geht das UrhG nicht auf alle Arten ein, sondern nennt nur beispielhaft bestimmte Verwertungsmöglichkeiten. Somit sind zukünftige, heute noch nicht

⁶⁷ Homann (2006), S. 42

⁶⁸ Fromm/Nordemann (2008), S. 15

⁶⁹ Homann (2006), S. 43

bekannte Verwertungsformen mit eingeschlossen.⁷⁰ Weiterhin gesteht der Gesetzgeber dem Urheber das Recht zu, das Werk in unkörperlicher Form öffentlich wieder zugeben. Das UrhG zählt zur Öffentlichkeit jeden, „der nicht mit demjenigen, der das Werk verwertet, oder mit den anderen Personen, denen das Werk in unkörperlicher Form wahrnehmbar oder zugänglich gemacht wird, durch persönliche Beziehungen verbunden ist.“

3.2.2.1 Das Vervielfältigungsrecht

Das Vervielfältigungsrecht nach § 16 UrhG garantiert dem Urheber „die Herstellung von Vervielfältigungsstücken. d.h. Körperlichen Festlegungen jedweder Art, die geeignet sind, das Werk den menschlichen Sinnen auf irgendeine Weise unmittelbar oder mittelbar wahrnehmbar zu machen“⁷¹. Hierbei ist es unerheblich ob sich um die Erstaufnahme oder die Vervielfältigung eines Musikwerkes auf Speichermedien wie CD oder Kassette handelt. Auf das technische Verfahren der Vervielfältigung kommt es nicht an, wie Homann feststellt. Neben den klassischen Speichermedien betrifft das Vervielfältigungsrecht also auch den Computer beziehungsweise das Internet. So ist das Up- und Downloaden von Musikdateien mit Verweis auf das Vervielfältigungsrecht verboten. Ebenso sind flüchtige Festlegungen, z.B. durch Caching einzelner Dateien im Webbrowser ebenso vom Vervielfältigungsrecht betroffen. Homann verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass solche „vorübergehenden Vervielfältigungshandlungen“ gemäß § 44 UrhG ohne Zustimmung des Urhebers zulässig sein können, „wenn sie integraler Teil technischer Verfahren sind, die dazu dienen, eine Übertragung im Netz bzw. eine rechtmäßige Nutzung des Werkes zu

⁷⁰ Homann (2006), S. 46

⁷¹ ebd., S. 46

ermöglichen und keine wirtschaftliche Relevanz besitzen“⁷². Im Umkehrschluss entsprechend, sind Portale, die aktuelle kostenlos Kinofilme per Stream, d.h. vorübergehendes Caching zur Verfügung stellen nach deutschem Urhebergesetz als illegal einzustufen. Das Vervielfältigungsrecht greift auch wenn das Werk in eine andere „Wahrnehmungsform“ übersetzt und anschließend vervielfältigt wird. So ist auch das Spielen einer Notenpartitur mit einem Instrument inklusive deren Aufnahme eine Vervielfältigung des Musikwerkes.

Ebenso sind Vervielfältigungen von Teilstücken eines Musikwerkes, z.B. einzelner Soundsamples, durch das Urhebergesetz geschützt, wenn diese Teile an sich gemäß den Anforderungen des Urhebergesetz noch schutzfähig sind (siehe 3.1). Private Vervielfältigungen können nach § 53 UrhG dennoch zulässig sein.

3.2.2.2 Das Verbreitungsrecht

§ 17 UrhG gibt dem Urheber das Recht sein Werk oder deren Vervielfältigungen der Öffentlichkeit anzubieten oder in Umlauf zu bringen. Um ein Musikwerk in Umlauf zu bringen bedarf es einer „Veräußerung, Vermietung oder Verleihung an die Öffentlichkeit“⁷³. Das Kriterium der Öffentlichkeit kann bereits bei einem Einzelangebot an einen „der Öffentlichkeit angehörenden Dritten, zu dem keine persönliche Bindung besteht“ vorliegen. Das Verbreitungsrecht erschöpft sich, sobald das Werk oder dessen Vervielfältigungen im Gebiet der Europäischen Union (EU) oder des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) veräußert wurden. Lediglich die Vermietung des Werkstückes benötigt danach noch eine Zustimmung des Urhebers, der Weiterverkauf hingegen jedoch nicht.

⁷² Homann (2006), S. 46

⁷³ ebd., S. 48

3.2.2.3 Das Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht

§ 19 UrhG garantiert das Vortrags-, Aufführungs- und Vorführrecht des Urhebers. Ersteres bezeichnet das Recht ein Sprachwerk durch persönlichen Vortrag zu Gehör zu bringen. Das Aufführungsrecht bezeichnet das Recht ein Musikwerk durch persönliche Darbietung zu Gehör zu bringen, oder öffentlich bühnenmäßig darzustellen, wie im Falle eines Musicals. Das Vorführungsrecht bezeichnet das Recht, „Werke durch technische Einrichtungen wahrnehmbar zu machen“⁷⁴.

3.2.2.4 Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung

Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung beschreibt das Recht „ein Werk drahtgebunden oder drahtlos der Öffentlichkeit in einer Weise zugänglich zu machen, dass es Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und Zeiten ihrer Wahl zugänglich ist“. Dieses Recht betrifft vor allem Dienste wie „Video on Demand“ oder „Music on Demand“. Entscheidend hierbei ist, dass der Nutzer zunächst einen Dienst abrufen muss, der den Übertragungsvorgang startet.

3.2.2.5 Das Senderecht

Nach § 20 UrhG ist das Senderecht das Recht, das Werk durch Funk, wie Ton- und Fernsehrundfunk, Satellitenrundfunk, Kabelfunk oder ähnliche technische Mittel, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Recht differenziert sich vom Recht der öffentlichen Zugänglichmachung dadurch, dass die Sendung zeitgleich an alle Empfänger erfolgt, wobei der Empfänger nicht selbst über den Übertragungsvorgang entscheiden kann. Dies ist der Fall bei einer Sendung im Fernsehen zum Beispiel.

⁷⁴ Homann (2006), S. 51

3.2.2.6 Die Zweit- und Drittverwertungsrechte

Die Zweit und Drittverwertungsrechte des Urhebers sind in den § 20b, 21 und 22 geregelt. Unter Zweitverwertung versteht man z.B. das Senden eines Tonträgers innerhalb eines Radioprogramms, unter Drittverwertung die Wiedergabe des Radioprogramms innerhalb einer Gaststätte. Diese Rechte werden üblicherweise nur durch Verwertungsgesellschaften wie der GEMA wahrgenommen, da der Urheber selbst kaum in der Lage ist, diese Verwertungen zu überwachen. Ist der Urheber nicht Mitglied einer Verwertungsgesellschaft, muss er einzelne Nutzungsverträge mit den Verwertern schließen, in diesem Falle dem Videoproduzenten.

3.2.2.6.1 Satelliten und Kabelweitersendung

§ 20a betrifft die Satelliten und Kabelweitersendung und definiert zunächst den Zulässigkeitsbereich des UrhG nur auf das Land in dem die Signale an den sendenden Satelliten geschickt werden, in dem Falle Deutschland. Dadurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Empfangsmöglichkeiten der selben Satelliten über mehrere Staaten hinweg möglich ist. § 20b definiert das Recht der Kabelweitersendung, welches das Recht ist „ein bereits gesendetes Werk im Rahmen eines zeitgleich, unverändert und vollständig weiter übertragenem Programm durch Kabelsysteme oder Mikrowellensysteme weiter zusenden“. Dieses Recht kann nur von Verwertungsgesellschaften wie der GEMA wahrgenommen werden und ist somit auf die Themenstellung bezogen irrelevant.

3.2.2.6.2 Das Recht der Wiedergabe durch Bild- und Tonträger

§ 21 UrhG definiert das Recht, Vorträge oder Aufführungen des Werkes mittels Bild- oder Tonträger öffentlich wahrnehmbar zu machen. Dies ist zum Beispiel der Fall bei der öffentlichen Wiedergabe eines Tonträgers mit einem Musikwerk innerhalb eines Restaurants.

3.2.2.6.3 Das Recht der Wiedergabe von Funksendungen und von öffentlicher Zugänglichmachung

§ 22 UrhG beschreibt das Recht, bereits gesendete bzw. öffentlich zugänglich gemachte Werke erneut durch Bildschirm, Lautsprecher oder ähnliche technische Einrichtungen öffentlich wahrnehmbar zu machen. Dies betrifft zum Beispiel die erneute Wiedergabe eines Radioprogramms innerhalb einer Gaststätte.

3.2.2.7. Das Recht auf Bearbeitungen und Umgestaltungen

§ 23 UrhG behält dem Urheber das Recht vor, Bearbeitungen und andere Umgestaltungen seiner Werke zu veröffentlichen oder zu verwerten. Damit ist die Verwertung eines Werkes auch in umgestalteter Form ausschließlich dem Urheber vorbehalten. Das Bearbeitungsrecht kann wie alle Verwertungsrechte Dritten eingeräumt und übertragen werden⁷⁵.

3.2.3 Die Nutzungsrechte

Wie bereits festgestellt, kann der Urheber seine Urheberpersönlichkeitsrechte ebenso wie das Vervielfältigungs-, Verbreitungs- und Vorführungsrecht nicht veräußern, sie bleiben bis zum Tode des Urhebers mit dem Urheber verbunden. Erst danach ist eine Übertragung auf Erben möglich⁷⁶. Eine Möglichkeit hat der Gesetzgeber mit der Definition der Nutzungsrechte innerhalb des UrhG geschaffen.

Das Nutzungsrecht nach § 31 Absatz 1 Satz 1 ist das Recht, das Werk auf einzelne oder alle Nutzungsarten zu nutzen. Diese werden

vom Gesetzgeber aber nur exemplarisch genannt aber nicht allumfassend definiert. So ist eine konkrete vertragliche Nennung der

⁷⁵ Homann (2006), S. 53

⁷⁶ Ventroni, (2001), S.90

eingeräumten Nutzungsarten unumgänglich. Das Recht zur Nutzung des Werkes kann nach § 31 Absatz 1 Satz 2 UrhG zeitlich, inhaltlich und räumlich beschränkt werden. Ein Beispiel für eine räumliche Beschränkung wäre die Beschränkung des Rechts auf alle deutschsprachigen Länder, wobei eine Beschränkung innerhalb Deutschlands auf einzelne Bundesländer oder Städte nicht möglich ist, da das „Geltungsgebiet des UrhG als einheitliches Wirtschaftsgebiet zu betrachten ist“⁷⁷.

3.2.3.1 Ausschließliche und einfache Nutzungsrechte

Die Nutzungsrechte können zum einen ausschließlich oder zum anderen einfach vergeben werden. Das ausschließliche Nutzungsrecht berechtigt den Inhaber nach § 31 Absatz 3 UrhG unter

Ausschluss aller anderen Personen, inklusive dem Urheber, das Werk auf die erlaubten Nutzungsarten zu nutzen. Eine weitere Nutzung des Werkes seitens des Urhebers auf die an einen Dritten vergebene Nutzungsart kann dennoch nach §31 Absatz 3 Satz 2 UrhG vertraglich geregelt werden. Homann spricht in diesem Zusammenhang von „eingeschränkter Ausschließlichkeit“⁷⁸. Hat der Urheber ein ausschließliches Nutzungsrecht an einen Dritten vergeben, so kann dieser das Recht wieder weiter veräußern, so denn der Urheber zustimmt, § 35 Abs.1 UrhG.

Mit dem einfachen Nutzungsrecht vergibt der Urheber das Recht das Werk neben dem Urheber selbst und allen anderen Inhabern von Nutzungsrechten auf die definierte Weise zu nutzen. Somit ist das einfache Nutzungsrecht im Gegensatz zum ausschließlichen Nutzungsrecht non-exklusiv.

⁷⁷ Homann (2006), S. 170

⁷⁸ ebd., S. 172

3.2.3.2 Übertragung von Nutzungsrechten für noch unbekannte Nutzungsarten

Seit dem 01.01.2008 ist eine vertragliche Übertragung von Nutzungsrechten für noch unbekannte Nutzungsarten möglich. Das seit diesem Zeitpunkt um § 31a ergänzte UrhG ermöglicht nun die Nutzung von Werken in neuen Medien „im Interesse der Allgemeinheit zu erleichtern“⁷⁹. Diese als sogenannte „zweite Korb“ eingeführte Regelung des UrhG stellt dem Urheber aber in § 31a Absatz 1 zeitgleich ein Widerrufsrecht zur Verfügung, durch welches der Urheber die Übertragung rückgängig machen kann. Dieses Recht erlischt drei Monate nachdem der Verwerter den Urheber postalisch eine Benachrichtigung über die Übernahme des Werkes in eine neue Nutzungsart an die ihm zuletzt bekannte Adresse zugesandt hat.

3.2.3.3 Die Zweckübertragungslehre

Sind die Nutzungsarten nicht einzeln vertraglich benannt worden, „so bestimmt sich der Umfang der Einräumung der Nutzungsrechte nach dem vertraglich verfolgten Zweck“⁸⁰. Das selbe gilt für die Frage ob überhaupt und in welchem Umfang ein Nutzungsrecht eingeräumt wurde und welchen Beschränkungen es unterliegt. Dadurch ist der Nutzungsberechtigte gezwungen alle Nutzungsrechte, die er erwerben möchte, klar zu definieren. Sind Nutzungsrechte unklar definiert, gelten sie nur in soweit als übertragen, wie es zur Erfüllung des Vertragszweck notwendig ist. Mögliche Erkenntnisse über den Vertragszweck ergeben sich nach Homann „aus der Vertragsurkunde selbst (Präambel, Definition des Vertragsgegenstandes) oder aus „sonstigen äußeren Umständen (Eigenschaften der Person oder des Geschäftsbetriebes des Vertragspartners, mündliche oder schriftliche

⁷⁹ Homann (2006) S. 176

⁸⁰ ebd., S. 176

Vorverhandlungen)⁸¹. Räumt der Urheber einem Musikverlag pauschal Nutzungsrechte für alle Nutzungsarten ein, so ist dies an das Wesen des Musikverlages gekoppelt. Dieser hat trotz der eingeräumten Nutzungsrechte für alle Nutzungsarten, dennoch kein Filmherstellungsrecht gemäß § 88 UrhG erhalten, da die Vergabe dessen nicht in seinem Naturell liegt. Soll eine solche Regelung erzielt werden ist eine schriftliche Definition der exakten Nutzungsarten innerhalb eines Vertrages unumgänglich. Mehr dazu in Abschnitt 3.3. Rechtlich korrekte Schritte zur Filmherstellung mit GEMA-freier Musik.

3.2.3.4 Rückruf von Nutzungsrechten

Gemäß § 41 UrhG ist der Urheber berechtigt seine Nutzungsrechte unter bestimmten Umständen wieder rückzurufen. Eine Möglichkeit besteht in dem Rückruf wegen Nichtausübung. Dies bezeichnet den angenommenen Umstand, dass der Inhaber eines Nutzungsrechtes dieses nicht, oder nur unzureichend ausgeübt hat. Ob ein Nutzungsrecht unzureichend ausgeübt wurde richtet sich wiederum nach dem Vertragszweck des zu Grunde liegenden Vertrages. So kann ein Künstler das vergebene Nutzungsrecht zur Tonträgerherstellung zurückrufen, wenn der Inhaber zwar Tonträger hergestellt, diese aber aufgrund fehlender Promotion keinen Absatz finden⁸². Der Urheber kann gemäß § 41 Absatz 4 UrhG im vornherein nicht auf das Rückrufrecht wegen Nichtausübung verzichten. Des weiteren ist ein Rückruf wegen gewandelter Überzeugung nach § 42,43 UrhG möglich. Diese Wandlung kann mit rein persönlichen Gründen, aktuellen künstlerischen Schaffen im Vergleich zu dem „mit Rückruf bedachten Werk“ oder gewandelten religiösen oder politischen Ansichten dargelegt werden⁸³. Eine gewandelte Überzeugung allein reicht aber nicht aus, vielmehr muss durch diese

81 Homann (2006), S. 176

82 ebd., S. 186

83 Fromm/Nordemann (2008), S. 15

gewandelte Überzeugung die weitere Ausübung des Nutzungsrechts für den Urheber unzumutbar sein nach § 42 UrhG. Dies ist der Fall, wenn „das alte Werk in einem krassen Gegensatz zu dem aktuellen Schaffen oder Denken des Urhebers steht und dessen fortwährende Verwertung nicht nur unangenehm sondern untragbar“ ist⁸⁴. Der Rückruf wird aber erst wirksam, nachdem der Urheber den Verwerter die Aufwendungen bis zum Datum des Rückrufes ersetzt, falls diese noch nicht durch das vergebene Nutzungsrecht amortisiert wurden. Falls der Urheber sein Werk nach Rückruf dennoch wieder verwerten lassen möchte, so ist er nach § 42 Absatz 4 verpflichtet dem ehemaligen Inhaber ebenso ein angemessenes Angebot zu unterbreiten⁸⁵. Ebenso wie beim Rückruf wegen Nichtausübung, kann der Urheber auf dieses Recht nicht im vornherein verzichten. Die letzte Möglichkeit eines Rückrufes besteht bei Änderung der Unternehmensverhältnisse nach § 34 Absatz 3. Die Änderung muss eine „konkret zu erwartende Verletzung der berechtigten Interessen des Urhebers“ bewirken, die ein Ergebnis „gerade aus dem Hinzutreten der Person des neuen Erwerbs“⁸⁶ ist. Nicht eindeutig ist, ab welcher Grenze eine Veränderung der Beteiligungsverhältnisse zu einem Rückruf berechtigt. So sind in der Literatur Werte zwischen 5% und der einfachen Mehrheit von 50% plus einem Anteil genannt. Den beiden vorherigen Rückrufrechten entsprechend, kann der Urheber nicht auf dieses Recht im vornherein verzichten. Anders hingegen muss hier der Urheber dem ehemaligen Verwerter aber keine Entschädigung zu kommen lassen.

3.3. Leistungsschutzrechte beteiligter Künstler.

An der Gestaltung eines Musikwerkes sind neben dem Urheber der Komposition meist noch ausübende Künstler beteiligt, die Melodie oder Rhythmus der Komposition einspielen. So ist bei der Vertonung

⁸⁴ Homann (2006), S. 187

⁸⁵ Schulze (2003), S. 471

⁸⁶ Homann (2006), S. 188

einer aufwendigen Kinoproduktion nicht ungewöhnlich, wenn ein ganzes Orchester für die Umsetzung einer Komposition benötigt wird. Bei eher kleineren Serien, Fernseh- oder auch Industriefilm-Produktionen ist der Komponist dank moderner Studioteknik meist auch zeitgleich der ausübende Künstler, der die Komposition einspielt. Dem ausübenden Künstler eines Werkes der Musik stehen nach dem deutschen UrhG ebenso Rechte zu, die im Zusammenhang mit der Thematik der Erstellung einer GEMA-freien Musikdatenbank von Bedeutung sind.

3.3.1. Schutz des ausübenden Künstlers

Das Urhebergesetz spricht denjenigen Künstlern Rechte zu, die ein „Werk oder eine Ausdrucksform der Volkskunst“ aufführen, singen, spielen oder auf eine andere Weise darbieten oder daran künstlerisch mitwirken, § 73 UrhG. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Künstler die Komposition des Urhebers im Tonstudio einspielt. Sind mehrere Musiker beteiligt so erhält jeder von ihnen separate Leistungsschutzrechte. Aber nicht nur Musiker sondern auch Dirigenten können ein Leistungsschutzrecht bezüglich ihrer Darbietung erhalten⁸⁷.

3.3.1.1. Recht an der Aufnahme, Vervielfältigung und Verbreitung

§ 77 UrhG spricht dem ausübenden Künstler das „ausschließliche Recht [zu], seine Darbietung auf Bild- oder Tonträger aufzunehmen“

⁸⁷ Brauner (2001), S. 39 f.

sowie das ausschließliche Recht den „Bild oder Tonträger mit der Aufnahme seiner Darbietung zu vervielfältigen und vertreiben“.

3.3.1.2. Recht der öffentlichen Wiedergabe

Nach § 78 UrhG hat der Künstler das ausschließliche Recht seine Darbietung öffentlich zugänglich zu machen, welches sich an dem Recht der öffentlichen Zugänglichmachung orientiert (siehe hierzu 3.2.2.4). Ebenso attestiert das UrhG dem ausübenden Künstler das Recht seine Darbietung zu senden, es sei denn die Darbietung wurde erlaubter Weise von einem Dritten aufgenommen, der diese veröffentlicht hat. Die erlaubte Aufnahme durch einen Dritten setzt in diesem Falle die Übertragung der Rechte aus § 77 voraus (siehe 3.3.1.1.). Zusätzlich erhält der ausübende Künstler das Recht seine Darbietung außerhalb des Raumes, in dem diese stattfindet, „durch Bildschirm, Lautsprecher oder ähnliche technische Einrichtungen öffentlich wahrnehmbar zu machen“.

3.3.1.3 Das Recht auf angemessene Vergütung

Nach § 78, Absatz 2 steht dem ausübenden Künstler ein Vergütungsanspruch in angemessener Höhe zu, auf welchen im Voraus nicht verzichtet werden kann. Somit kann eine unangemessene Vergütung, zu einem Nachvergütungsanspruch des Künstlers führen⁸⁸. Dieser kann durch keine vertraglichen Formulierungen oder Verpflichtungen umgangen werden und bleibt immer bestehen. In der Praxis werden zwischen den ausübenden Künstlern und Filmproduzenten Nutzungsverträge geschlossen, die den Umfang der Rechte Einräumung sowie die Vergütung regeln. So ist zum einen eine Pauschalvergütung der Künstler möglich, welche den Vorteil einer fixen Kostenkalkulation bietet, zum anderen ist eine

⁸⁸ Homann (2006), S. 188

Beteiligungsvergütung denkbar, welche den Künstler am Händlerabgabepreis beteiligt. Letzterer Variante bescheinigt Homann „eine größere Wahrscheinlichkeit der Angemessenheit der Vergütung“⁸⁹.

3.3.1.4. Übertragbarkeit der Nutzungsrechte und Umfang der Rechteeinräumungen

Die Künstlerleistungsschutzrechte der § 77,78 UrhG sind wie die Verwertungsrechte durch die Vergabe von Nutzungsrechten veräußerbar. Die Übertragung aller Nutzungsrechte ist nach § 79 Absatz 2 ebenso möglich. Diese können räumlich, zeitlich oder inhaltlich beschränkt vergeben werden. Dem ausübenden Künstler stehen wie dem Urheber ein Rückrufrecht wegen Nichtausübung, gewandelter Überzeugung, oder geänderter Unternehmensverhältnisse zu. Die Künstlerpersönlichkeitsrechte sind „entsprechend den Urheberpersönlichkeitsrechten geltenden Grundsätzen“⁹⁰ nicht übertragbar. Hier kann aber ebenso die Ausübung einem Dritten gestattet werden, bzw. auf „Ansprüche auf die Geltendmachung“ seitens des ausübenden Künstlers verzichtet werden.

3.3.2. Schutz des Tonträgerherstellers

Das UrhG schützt in § 85 den Hersteller von Tonträgern und spricht ihm das alleinige Recht zu, den Tonträger zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich zugänglich zu machen. Damit sind nicht nur große Musik-Verlage wie BMG oder Sony gemeint, das Recht betrifft auch das Tonstudio, welches die eingespielte Komposition erstmals auf einem Speichermedium fixiert. Entscheidend hierbei ist „wer die Erstfixierung der Aufnahme auf dem Tonträger organisatorisch und

⁸⁹ Homann (2006), S. 190

⁹⁰ ebd., S. 192

wirtschaftlich verantwortet.“⁹¹ Hierzu gehört die Übernahme der wirtschaftlichen Kalkulation, der Abschluss der Verträge für Personal, Technik etc. und die organisatorische Leitung der Aufnahme. Wird dies zum Beispiel von einem Musikproduzent geleistet und ist er für den „ersten Festlegungsvorgang im Sinne der Herstellung des Masterbandes“ verantwortlich, so erlangt der Musikproduzent ein Leistungsschutzrecht als Tonträgerhersteller gemäß § 85 UrhG.⁹² Wird der Tonträger innerhalb eines Unternehmens hergestellt, gilt der Inhaber als Tonträgerhersteller. Stellt hingegen eine Band die Organisation einer Aufnahme, schließt alle Verträge in ihrem Namen ab und trägt das wirtschaftliche Risiko an einer Aufnahme, so dass dem Tonstudio nur die rein handwerkliche Tätigkeit zuzuschreiben ist, so gilt die Band als Hersteller des Tonträgers. Das Recht den Tonträger zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich zugänglich zu machen kann ebenso auf Dritte übertragen werden. Anders als bei den ausübenden Künstlern, stehen dem Tonträgerhersteller „keine Ansprüche auf angemessene Vergütung oder Rückrufrechte zu“⁹³.

3.4 Rechtlich korrekte Schritte zur Filmherstellung mit GEMA-freier Musik.

Hat der Film bereits das Stadium des Rohschnitts erreicht beginnt wie in 2.1. beschrieben die Vertonung des Bildmaterials mit Musik. Hierbei ergeben sich zwei Möglichkeiten: Zum einen kann der Produzent des Filmes bereits bestehende Musikwerke benutzen und diese gegebenenfalls bearbeitet unter die filmische Szene integrieren. Zum anderen ist eine Auftragskomposition möglich, die gezielt auf die Szene zugeschnitten ist. In beiden Fällen wird nun folgend die Verwendung GEMA-freier Musik untersucht und wie diese rechtlich abzusichern ist. Wäre der Urheber eines Musikwerkes Mitglied der GEMA, so hätte dieser im sogenannten

⁹¹ Homann (2006), S. 248

⁹² Brauner (2001), S.39

⁹³ Homann (2006), S. 192

„Berechtigungsvertrag der GEMA“ bereits einer Übertragung bestehender und zukünftiger Nutzungsrechte an seinen Musikwerken zugestimmt. So sieht der Berechtigungsvertrag unter anderem die Übertragung folgender Rechte vor: Das Senderecht, die Zweitauswertungsrechte aus den § 21-22 UrhG und die mechanischen Vervielfältigungsrechte, inklusive Herstellung, Vervielfältigung und Verbreitung von Ton und Bildträgern⁹⁴. Diese Rechte müssten dann in diesem Fall bei der GEMA eingeholt werden, die als Zwischenhändler fungiert und die Tantiemen an seinen Künstler weiterleitet. Ist der Urheber nicht Mitglied der GEMA, so muss der Filmproduzent die Nutzungsrechte direkt beim Urheber einholen, sowie die Leistungsschutzrechte an der Musikaufnahme berücksichtigen. Bei ersterem, den urheberrechtlichen Nutzungsrechten spricht man an Stelle der einzelnen Rechte, vom Filmherstellungsrecht oder Einblendungsrecht. Im internationalen Gebrauch nutzt man den Begriff des „Synchronisation right“. Das Recht zur Nutzung der Musikaufnahme im Film wird ebenso als Einblendungsrecht bezeichnet, betrifft aber damit nun die Leistungsschutzrechte. Um hier unterscheiden zu können schlägt Homann die Nutzung des internationalen Ausdrucks „Master-use right“ vor. Dieser Einteilung soll im folgenden Abschnitt entsprochen werden, um so eine systematische Einteilung der Rechtegruppen zu ermöglichen.

3.4.1. Synchronisation right

Das „Synchronisation right“ oder Filmherstellungsrecht ist ein Sammelbegriff für die unterschiedlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte und daher ein „Kunstabgrenzungsbegriff der Industrie“⁹⁵. Obwohl es als solches in § 88 UrhG auch definiert ist, findet es nur in Ausnahmefällen Anwendung, und ist daher nicht von vornherein nutz-

⁹⁴ Ventroni (2001), S. 45

⁹⁵ ebd., S. 46

oder übertragbar.

Die Verbindung eines Musikwerkes mit einem Filmwerk berührt das Vervielfältigungsrecht des Urhebers nach § 16 UrhG, da es sich um eine „formatändernde Vervielfältigung“ handelt⁹⁶. Außerdem werden damit auch die zur Auswertung des hergestellten Films benötigten nachfolgend genannten Verwertungsrechte berührt: Das Recht zur Verbreitung des vervielfältigten Filmwerkes auf Video nach § 15 UrhG, das Recht der öffentlichen Wiedergabe nach § 19a UrhG sowie das Senderecht nach § 20 UrhG.

Ebenso wird das Bearbeitungsrecht des Musikurhebers berührt, da ein Musikwerk meist noch verändert wird (Lautstärkeanpassung, Kürzung, etc) bevor es veröffentlicht wird. Bereits die Herstellung einer Umgestaltung bedarf der Zustimmung des Urhebers.

Ebenso berührt eine Nutzung eines Musikwerks zur Vertonung das Werkverbindungsrecht des Urhebers nach § 9 UrhG. Nach der Werkverbindung des Musik- und Filmwerks, entsteht aufgrund der getrennten Verwertbarkeit zwar keine Miturheberschaft des Musikurhebers am Filmwerk, aber beiden Urhebern fällt ein Zustimmungsrecht zur „Veröffentlichung Verwertung und Änderung“ zu. Die aufgezählten Rechte können wie bereits erwähnt nicht übertragen werden. Der Urheber aber kann seine nach §§ 31 UrhG ff. aus den Verwertungsrechten abgeleiteten Nutzungsrechte verkaufen und übertragen. Dies muss vertraglich geregelt werden, was in Punkt 3.4.3. Vertragliche Fixierung des Rechteerwerb näher erläutert wird. Sollten Unklarheiten nach der vertraglichen Übereinkunft beider Parteien bestehen – und auch nur dann - gilt das Recht zur Verfilmung nach § 88 UrhG.

Dieses Recht geht „im Zweifel zugunsten des Filmherstellers von der größtmöglichen Rechteeinräumung aus“⁹⁷. Ebenso gilt das Recht falls beide Parteien nichts anderweitig vereinbart haben. So führt eine fehlende eindeutige Spezifizierung der eingeräumten Rechte dazu,

⁹⁶ Ventroni (2001), S. 90

⁹⁷ Homann (2006), S. 299

dass der Filmproduzent vom Urheber das Recht erwirbt, „das Musikwerk unverändert oder unter Bearbeitung und Umgestaltung“ zur Herstellung eines Filmwerkes zu nutzen. Ebenso erhält der Produzent nach § 88 UrhG „das Recht das Filmwerk und dessen Übersetzungen und andere filmische Bearbeitungen auf alle bekannten Nutzungsarten zu nutzen“. Dadurch garantiert der Gesetzgeber, dass dem Produzenten „die gesamte Verwertungskette“ (Kino, Fernsehen, Video/DVD, Internet) zur Refinanzierung der hohen Produktionskosten zur Verfügung steht, und diese auch nicht „aufgrund eines Mangels in einem Vertrag mit einem beteiligten Urheber (z.B. dem Filmkomponisten) blockiert werden können“⁹⁸. Dieser Ansatz des § 88 UrhG läuft entgegen dem bereits besprochenen Prinzip der Zweckübertragungstheorie (siehe 3.2.1.3 Die Zweckübertragungslehre) und hat somit eine Sonderstellung innerhalb des UrhG.

3.4.2. Master-use right

Das Master-use right ist ein Sammelbegriff für die Nutzung der Leistungsschutzrechte der an einer Aufnahme beteiligten Künstler sowie des Tonträgerherstellers. Hierbei ist also nicht zwangsweise der Urheber betroffen. Die Rechteeinräumung umfasst die Rechte zur Vervielfältigung und Verbreitung der Musikaufnahme zum Zwecke der Herstellung und Auswertung des konkreten Filmwerks. Falls der Filmproduzent die Aufnahme auch auf einem Soundtrack zum Film verwenden möchte, so muss er dazu separat „die entsprechenden „Vervielfältigungs- und Verbreitungsrechte für die Herstellung und Auswertung von Tonträgern“⁹⁹ einholen. Ebenso müssen die Rechte der Funksendung und öffentlichen Wiedergabe von den Leistungsschutzberechtigten eingeholt werden. Sind diese Mitglied der GVL, der „Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten“, so werden diese Rechte durch die Gesellschaft

⁹⁸ Homann (2006), S. 300

⁹⁹ ebd., S. 308

wahrgenommen und vergeben. Ist auch eine Nutzung im multimedialen Bereich vorgesehen, wie z. B. Klingeltöne, so muss dies wieder definiert werden, die Zweckübertragungstheorie greift auch hier und beschränkt die eingeräumten Rechte im Sinne des Leistungsschutzberechtigten so eng wie möglich (siehe 3.2.1.3 Die Zweckübertragungslehre). Die Nutzungsrechte sind in der Regel als einfache Nutzungsrechte vergeben und gegebenenfalls zeitlich und räumlich je nach Nutzungszweck beschränkt¹⁰⁰.

Den ausübenden Künstlern steht nach § 32 UrhG der Anspruch auf eine weitere angemessene Vergütung „im Falle eines auffälligen Missverhältnisses zwischen der Künstlergage und den Erträgen des Filmherstellers aus der Musikauswertung“ zu¹⁰¹. Dieses Recht kann gegenüber jedem Verwerter geltend gemacht werden, der die unverhältnismäßigen Erträge erzielt. Somit ist die Möglichkeit für den ausübenden Künstler gegen offensichtliche finanzielle Benachteiligungen vorzugehen im UrhG verankert. Knebelverträge sind demnach anfechtbar.

3.4.3. Vertragliche Fixierung des Rechteerwerbes

In folgendem Abschnitt wird die unterschiedliche vertragliche Fixierung des Rechteerwerbs von Auftragskompositionen und bereits bestehenden Musikwerken, die in eine Video/Filmproduktion genutzt werden sollen, beleuchtet.

3.4.3.1. Filmherstellung mit bestehendem Musikwerk

Will ein Videoproduzent ein bereits bestehendes Musikwerk in seinem Video verwenden, so muss er einen Filmmusiklizenzvertrag, auch Synchronistaion license im internationalen Sprachgebrauch genannt, mit dem Inhaber der urheberrechtlichen Nutzungsrechte am Musikwerk abschließen, sowie einen Tonträgerlizenzvertrag - international

100 Homann (2006), S. 308

101 ebd., S. 308

als Master-Use-license bezeichnet - für die Leistungsschutzrechte an der Aufnahme des Musikwerkes. Zunächst zu ersterem Vertrag: In diesem werden die in Punkt 3.4.1. Synchronisation right genannten Nutzungsrechte zur Erstverbindung von Musikwerk und Filmwerk, sowie die zur filmischen Verwertung benötigten Vervielfältigungs-, Verbreitungs- und Vorführrechte vergeben. Ist dieser Vertrag einmal geschlossen, so berechtigt dieser nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auch im Zweifel dazu, das Musikwerk in einer Zweitauswertung nochmals zu verwenden¹⁰². Dies ist zum Beispiel bei dem Verkauf eines Kinofilms auf DVD der Fall, aber nicht bei einer Soundtrack-Auswertung. Homann rät in diesem Zusammenhang sich den „gesamten Rechtekatalog einschließlich aller filmischen und außerfilmischen Rechte übertragen zu lassen“¹⁰³. Inwieweit diese Rechte zeitlich oder territorial beschränkt werden steht den Vertragspartnern frei. Ebenso ist die vertragliche Vergabe von einfachen sowie ausschließlichen Nutzungsrechten möglich. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Synchronisation-license ist die Lizenzdauer. Diese beschreibt den Zeitraum in welcher der Produzent das Recht zur Nutzung des Musikwerkes erhält, d.h. über welchen Zeitraum der Filmproduzent das Recht zur Nutzung des Musikwerkes erhält. Nach den vom Deutschen Musikverlegerverband e.V. veröffentlichten Erfahrungswerten über die üblichen Lizenzentgelte im Filmmusikbereich sehen die meisten Filmmusiklizenzverträge eine Beschränkung der Lizenzzeit für das Filmherstellungsrecht auf einen Zeitraum von bis zu 7 Jahren vor¹⁰⁴. Ein weiterer Eckpunkt des Lizenzvertrages ist die Reichweite des Lizenzgebietes. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass sich der Umfang des vertraglich eingeräumten Lizenzgebietes mit dem tatsächlichen Auswertungsgebiet deckt, da ansonsten Nachverhandlungen unausweichlich sind. Ist der „örtlich unbeschränkte Erwerb der Musikrechte zum Zeitpunkt der Filmherstellung durch das zur Verfügung stehende Budget nicht

102 Homann (2006), S. 305

103 ebd., S. 306

104 http://www.hfma-online.de/downloads/thementag2009_05_08/hFMA_Musik_im_Film.pdf

gedeckt“, so empfehlen Rechtsanwälte sich auch „bezüglich zunächst nicht lizenziierter Auswertungsterritorien, bereits bei Vertragsabschluss eine verbindliche Nacherwerbsoption zu einem festgelegten Preis zu vereinbaren“¹⁰⁵. Als letzter Vertragspunkt des Vertrages wird meist die Vergütung festgelegt. Diese wird branchenüblich pauschal festgelegt und richtet sich nach dem „Umfang der bezweckten Nutzung“¹⁰⁶. Nach den Erfahrungswerten des Deutschen Musikverleger-Verbandes (DMV), veranschlagt man bei der weltweiten Nutzung eines Musikwerkes innerhalb einer Videoproduktion einen Sekundenpreis von 100,00 €, falls dieses in einem Kino gezeigt werden soll. Allerdings geht man immer immer von einer Mindestvergütung von 10.000 € als branchenüblich aus, d.h. sollte der Komponist nur 60 Sekunden Musik produzieren, so berechnet er nicht den Sekundenpreis, sondern nimmt die Mindestvergütung, da diese über dem eigentlichen Lohn liegt. Sollte das Video im Fernsehen gezeigt werden, so veranschlagt man 120 € / Minute und veranschlagt eine Mindestvergütung von 12.000 € für die gesamte Produktion. Sollte eine bloße Auswertung auf DVD, VHS etc. erfolgen so geht man von einem Preis von 50 € / Minute aus, und veranschlagt eine Mindestvergütung von 5.000 €. Für Dokumentarfilme geht man von einem generellen Abzug von 50% aus, Akademie oder Low-Budget-Filme haben meist noch einen höheren Abzug von 75% aus. Industriefilme - wie sie zum Beispiel die Daimler AG zu neuen Veröffentlichungen ihrer Wagen produziert - können aber ebenso einen Aufschlag von bis zu 100% haben. Üblich ist eine Staffelung der Pauschalvergütung in verschiedene Teilbeträge zu teilen, und „die Fälligkeit der Einzelbeträge“ an den „Beginn der Nutzungshandlungen zu koppeln“. So ist dann jeweils eine teilweise Zahlung der gesamten Lizenzgebühr bei Vertragsabschluss fällig, weitere bei Beginn der Videoauswertung, der Fernsehauswertung etc. Die Werte des DMV werden von Gerichten „seit Jahren für die

105 Homann (2006)

106 ebd., S. 306

Bestimmung einer angemessenen Lizenzgebühr“¹⁰⁹ herangezogen, und können demnach als richtungweisend betrachtet werden. Alle rechtlichen Unklarheiten die durch den Vertrag entstehen gehen zu Lasten des Musikurhebers, was durch § 88 UrhG legitimiert ist (siehe 3.4.1. Synchronisation right). Die genaue wörtliche Formulierung eines solchen Vertrages befindet sich im Anhang und kann dort nachgelesen werden.

In zweiterem Vertrag, der Master-Use-License, zu deutsch: Tonträgerlizenzenvertrag, wird die Übernahme der an der Musikaufnahme entstandenen Leistungsschutzrechte der ausübenden Künstler im Sinne des Filmproduzenten geregelt und vergütet. Hierbei sind Filmproduzent und Tonträgerhersteller Vertragspartner, wobei letzterer meist die Leistungsschutzrechte der ausübenden Künstler bereits innehat. Eckdaten eines solchen Vertrages sind die Übertragung der Nutzungsrechte der Leistungsschutzberechtigten, sowie die damit einhergehende Vergütung. Die Vergütung wird immer durch die Künstler selbst geregelt, dies regelt weder die GEMA noch die GVL. Die Nutzung der Leistungsschutzrechte muss vorher in einem Künstlerexklusivvertrag seitens der Künstler an den Produzenten übertragen worden sein, falls dieser nicht selbst Künstler ist. Die Künstler haben hier wiederum Anspruch für die Bereitstellung der Nutzungsrechte eine angemessene Vergütung zu erhalten. Die genaue wörtliche Formulierung eines solchen Vertrages befindet sich im Anhang und kann dort nachgelesen werden.

109 Homann (2006), S. 306

3.4.3.2. Filmherstellung mit Auftragskomposition

In der Regel umfasst der Auftrag einer Score-Komposition, zu deutsch: Komposition dramaturgischer Musik, die Komposition des Musikwerks, sowie derer Produktion bis zur Abnahme und gegebenenfalls die nötige Beschäftigung und Überwachung weiterer mitwirkender Künstler, die die Komposition einspielen.

Vertragspartner der Auftragskomposition hierbei sind der Filmproduzent und der Auftragskomponist, welcher zugleich als Musikproduzent und Künstler auftritt¹¹⁰. In der Regel überträgt der Komponist hier alle Nutzungsrechte an Komposition und Produktion. Meist werden in solchen Verträgen die exklusiven Nutzungsrechte übertragen, da der Filmhersteller es nicht akzeptieren wird, dass die eigens für seinen Film komponierte Musik in einem anderen Film zu hören sein wird. Möchte der Auftragskomponist dennoch diese Möglichkeit nutzen, so muss er dies ausdrücklich im Vertrag formulieren. Der Vertrag betrifft zum einen die urheberrechtlichen Aspekte die im Rahmen der Synch-License besprochen wurden. Des weiteren müssen die Leistungsschutzrechte der ausübenden Künstler an den umgesetzten Kompositionen, also den Musikaufnahmen, übertragen werden. Dazu müssen die betroffenen Nutzungsrechte gemäß der Master-Use-License übertragen werden. Unabdingbar ist die exakte wörtliche Formulierung der zu übertragene Rechte. Der Komponist muss garantieren, dass das „von ihm geschaffene Musikwerk frei von Rechten Dritter und er zur Einräumung der entsprechenden Rechte an den Filmhersteller in der Lage ist“¹¹¹. Ebenso ist eine Prüfung erforderlich ob besagter Filmkomponist nicht bereits durch einen Autorenexklusivvertrag an einen Musikverlag gebunden ist, welcher dadurch die Nutzungsrechte der neuen Komposition inne hätte. Dies ist aufgrund vertraglich vereinbarter Vorabtreuungsklauseln möglich, wodurch die „ausschließlichen Nutzungsrechte

¹¹⁰ Homann (2006), S. 306, S. 311

¹¹¹ ebd., S. 312

an zukünftigen Werken und Leistungen dem Vertragspartner im Zeitpunkt ihrer Entstehung automatisch eingeräumt werden“¹¹². In diesem Fall könnte der Filmkomponist seine Nutzungsrechte an der Komposition nicht weiter veräußern. Dem Filmproduzent ist in diesem Fall zu empfehlen sehr genau zu prüfen ob der Auftragskomponist auch wirklich Inhaber der Nutzungsrechte der ausübenden Künstler ist, die dann wiederum an ihn übertragen werden. Führt der Komponist die Fertigstellung der Komposition mit anderen Künstlern durch, so sollte der Komponist dem Filmproduzenten den „Abschluss entsprechender Künstlerverträge oder Honorarquittungen mit den betroffenen Künstlern nachweisen“¹¹³.

Da der Filmkomponist meist einen Pauschalbetrag als Gage erhält, ist es ratsam festzulegen, wer das Kostenrisiko zu tragen hat, falls das Budget bei der Produktion überschritten wird. Bei Aufnahmen die für Filmmusik benötigt werden ergeben sich große Verhandlungsspielräume, nicht zuletzt weil der Auftragskomponist darauf bedacht ist sein Pauschalhonorar so wenig wie möglich schmälern zu müssen.

Sind alle vertraglichen Belange geklärt und erfüllt worden, kann die Videoproduktion mit der genannten Filmmusik veröffentlicht werden. Falls eine Nutzung in mehreren Videoproduktionen zu unterschiedlichen Themen vertraglich vereinbart wurde, so kann die Musik archiviert werden um so eine spätere nochmalige Nutzung zu ermöglichen. Im folgenden Abschnitt möchte ich auf die Voraussetzungen und Möglichkeiten, die durch die Archivierung eingehen, und herausstreichen welche Arbeitsabläufe den Workflow von Videoproduktionen steigern können.

112 Homann (2006), S. 313

113ebd., S. 313

D. Erstellung der GEMA-freien Musik-Datenbank

Zunächst möchte in diesem Kapitel auf generelle Voraussetzungen einer Datenbank bzgl. des Systems und der Software eingehen, um eine effiziente Arbeitsweise zu ermöglichen. Anschließend beschreibe ich den Prozess der Datenbankerstellung mit der Software „Mars“ die sich im Arbeitsablauf der Daimler AG im nationalen Gebrauch etabliert hat. Hierbei werde ich grundlegende Techniken der Datenbankverwaltung erörtern, aber keine programmiertechnischen Einzelheiten des Programms erläutern, da dies den Rahmen meiner Bachelorarbeit überschreiten würde. Darauf folgend beschreibe ich die Strukturierung der Datenbank nach musikalischen Kriterien und gehe dabei auf Ihre Wirkungsweise ein. Zuletzt werde ich ein Fazit ziehen und die wesentlichen Ergebnisse dieser Arbeit nochmals komprimiert darstellen.

4.1. Software und Systemvoraussetzungen

Zunächst stellt sich bei der Erstellung einer Datenbank die Frage welche Ressourcen zur Verfügung stehen. Muss die Datenbank auf den selben Rechner installiert werden der auch als Schnittrechner fungiert oder kann ein separater Rechner zur Verfügung gestellt werden. Es ist ratsam der letzteren Variante wenn immer möglich den Vorzug zu geben, da die Teilung in separate Zuständigkeitsbereiche eine klare Strukturierung ermöglicht. Außerdem ist bei ressourcenhungrigen Programmen die im Videoschnitt üblich sind (Adobe Premiere, Final Cut) jede noch so kleine zusätzliche Belastung eher zu vermeiden. Bei einem Betrieb von zwei oder mehr Rechnern ist zu empfehlen zumindest die selbe Betriebssoftware, bzw. das selbe Grundsystem zu nutzen. So ist zwar ein Mac und ein Windows basierender Rechner denkbar, jedoch kontraproduktiv, da bereits das separate Dateispeicherformat zu Komplikationen führt. Somit ist kein effizientes Arbeiten möglich. Eine weitere sinnvolle Einrichtung ist ein Netzlaufwerk auf selbigem Dateispeicherformat

(NTFS bei Windows, HFS+ bei Mac Os X) um somit einen einfachen und schnellen Weg zum Datentransfer bzw. Austausch bereitzustellen. Sollen auch größere Datenmengen vom Produktionsrechner zur Datenbank-Rechner geschickt werden um dort archiviert zu werden, empfiehlt sich die Nutzung eines externen Raid-Laufwerkes, um dort die Daten zu lagern. Durch die zwei gespiegelten Festplatten des Raid-Laufwerkes wird die Sicherheit der Daten erhöht. Im Ernstfall kann hierbei eine Festplatte zerstört werden, ohne dass Daten unwiderruflich verloren gehen können. Je nach Firmenstruktur ist auch eine weitere Vernetzung des Raids mit anderen Netzlaufwerken, die auf die Abteilungen spezifisch zugeschnitten sind, denkbar. Die Größe der benötigten Festplatten für die Archivierung von HD-Filmmaterial liegt hier mindestens im Terrabyte Bereich, wenn man bedenkt dass man für einen Film in der Auflösung von 1920 x 1280 im unkomprimierten Zustand mit bis zu einem Gigabyte pro Minute, im komprimierten Zustand mit bis zu 40 Megabyte pro Minute rechnen kann. Die Datenbank an sich benötigt nur wenige Megabyte Speicher und kann deshalb auch auf dem Produktionsrechner installiert werden. Sind nun GEMA-freie Titel vorhanden so sollten diese schon im vornherein noch kurz auf ihr Klangbild untersucht werden, da ein solches höchste Priorität besitzt. Deshalb sollten die Musikdateien auch immer im Wave-format und niemals unter 192 Kbps integriert werden. Somit kann garantiert werden, dass das Ausgangsmaterial im Gegensatz zur MP3-Datei verlustfrei und unkomprimiert zur Verfügung gestellt ist. Ebenso sollte die Datei normalisiert sein, keinen bzw. nur einen kleinen Vorlauf haben (in Form weniger Sekunden Stille), sowie ein stilles, kurzes Ende. Außerdem spielt die Mono bzw. Stereokompatibilität eine Rolle. Eine hochwertige Auswahl sollte immer Stereotitel beinhalten da mit ihnen eine größere Klangbreite erreicht werden kann. Wurde dies umgesetzt kann mit der Erstellung der Datenbank mit der Software „Mars“ begonnen werden.

4.2. Erstellung einer Datenbank mit der Software „Mars“

Zu Beginn muss sich der Nutzer anmelden und ein eigenes Konto erstellen. Anschließend hat man Zugriff auf alle Funktionen der Software.

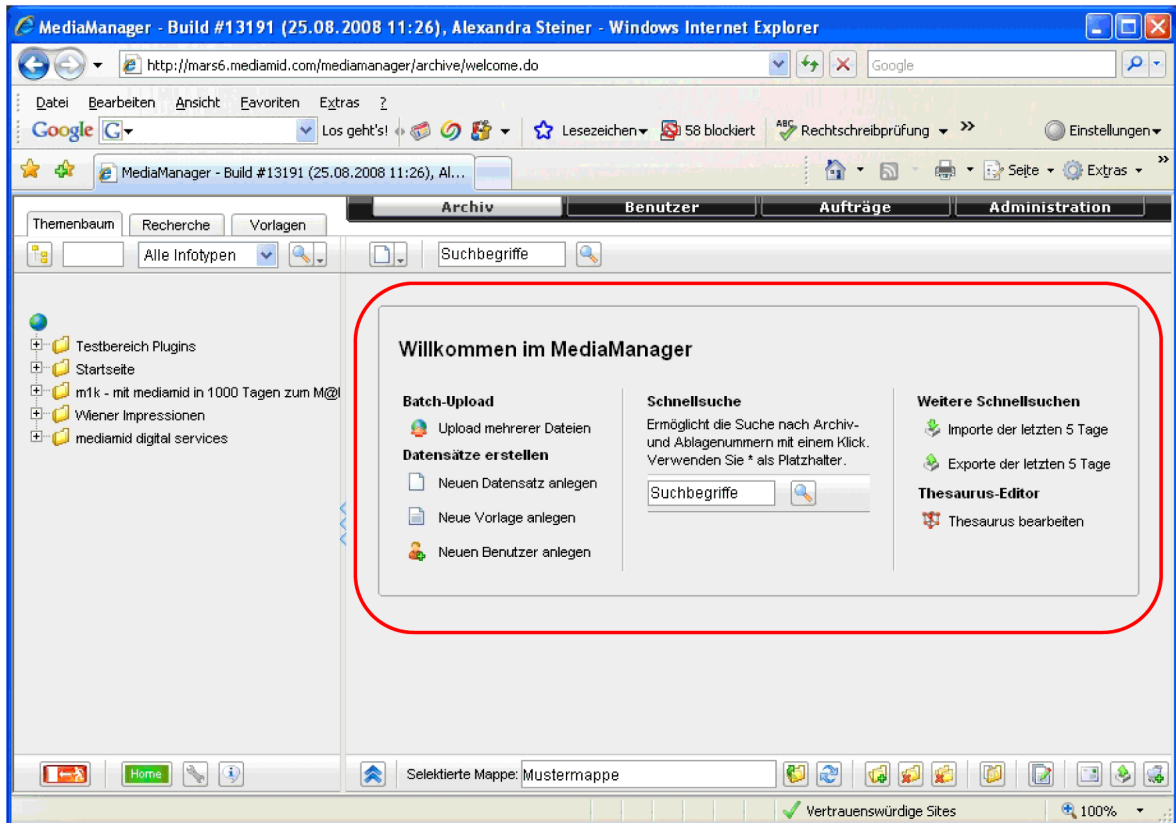


Abb. 2: Benutzeroberfläche der Software „Mars“

Auf der linken Seite befindet sich der Themenbaum und im rechten Bereich wird das Dashboard angezeigt. In diesem stehen bereits die wichtigsten Funktionen bereit: Erstellen neuer Datensätze, Schnellsuche, Import-Historie und Thesaurus-Editor zur Bearbeitung von Stichworten. Der Themenbaum dient zur Strukturierung der Datensätze. Ziel ist zwar die Erstellung einer GEMA-freien Musik-Datenbank, es können aber ebenso Videodateien oder Photos archiviert werden (siehe Abb. 3)

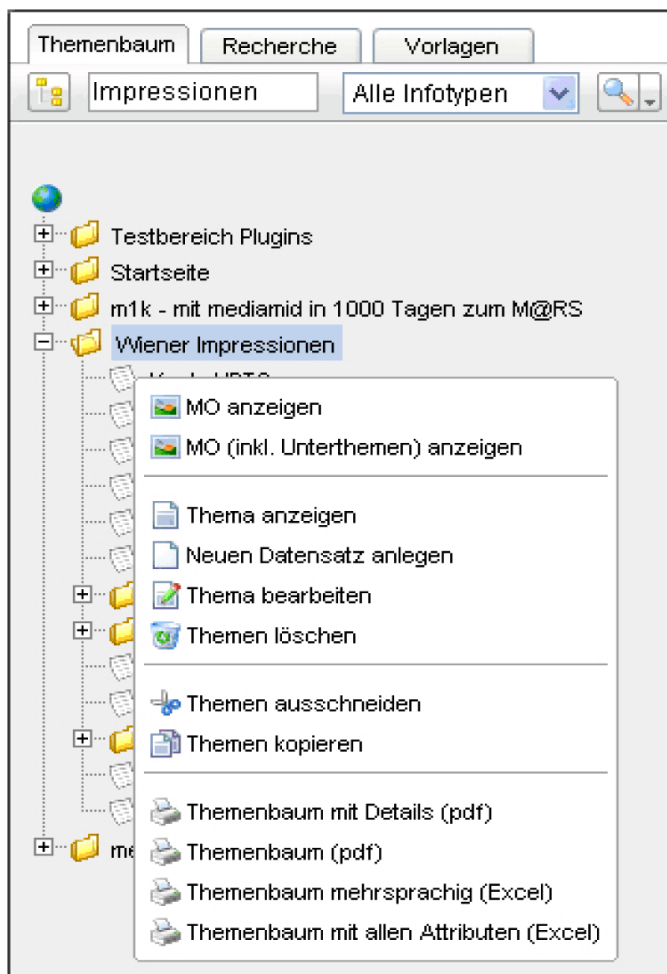



Abb. 2: Navigation: Themenbaum

Abb. 3 :Themenbaum der Programmoberfläche von „Mars“

Innerhalb eines Themas können beliebig viele weitere Themen erstellt werden um eine weitere Gliederung und Spezifizierung zu erreichen. In unserem Fall erstellen wir ein Thema mit dem Titel „GEMA-freie Musik“. Nachdem die Oberfläche eingerichtet ist, muss der Speicherort der Datenbank definiert werden. Dazu kann der Pfad der Datenbank im Optionsmenü der Anwendung eingerichtet werden. Sind die Arbeitsumgebung ebenso wie der Themenbaum eingerichtet können die geprüften Audiodateien eingepflegt werden. Dazu müssen die Dateien via Batch-Upload importiert und verschlagwortet, zu deutsch, mit Stichworten bzw. Attributen versehen werden. Dazu muss man zunächst die Funktion „Batch-Upload“ im Bereich Archiv

auswählen. Anschließend kann man Medienobjekte auswählen und in das Archiv importieren. Dazu wählt man über den Button „hinzufügen“ die Medienobjekte aus, in diesem Fall die Sammlung GEMA-freier Musikwerke. Bestätigt man den Upload werden diese Dateien nach einander geuploadet. Anschließend müssen die geuploadeten Dateien in einer so genannten „Mappe“ abgespeichert werden, um sich den Inhalt der Medien in der Benutzeroberfläche des Archivs von Mars anzuhören.



Batch-Upload

Ermöglicht den Upload mehrerer Dateien in einem Schritt. Klicken Sie auf "Hinzufügen" und wählen Sie die zu importierenden Dateien aus. Beachten Sie, dass Sie **zu Beginn** festlegen müssen, ob neue Datensätze angelegt oder bestehende überschrieben werden sollen.

☒ Mappe erstellen

Vorlage:

Archivnummernkreis:

☒ Neue Datensätze erstellen

Dateien für Upload: 21 (ca. 57 MB) Status: In Bearbeitung

Dateiname	Größe	Nummernkreis	Vorlage	Status
Wurstelprater_Mexican_ha	3 MB	Bilder 2008	-	Upload erfolgreich
Blauer_Mann_Prater.jpg	3 MB	Bilder 2008	-	Import am Server läuft
Blue_coffee_devil_Prater.j	4 MB	Bilder 2008	-	Import am Server läuft
Figur_Brille_Glaze_Prater.	3 MB	Bilder 2008	-	Import am Server läuft
Kuglmugl.jpg	5 MB	Bilder 2008	-	Import am Server läuft
Liliput Bahn.jpg	4 MB	Bilder 2008	-	Import am Server läuft
Lilliputbahn_Donaupark.jp	4 MB	Bilder 2008	-	Import am Server läuft
Lusthaus.jpg	4 MB	Bilder 2008	-	Import am Server läuft
Lusthaus_Top.JPG	3 MB	Bilder 2008	-	Import am Server läuft

Abb. 4 :Batch-Upload mit der Software „Mars“

Ist die Datenbank mit GEMA-freier Musik nur Teil einer allgemeinen bereits existierenden Musikdatenbank, empfiehlt es sich bereits vor Upload zu überlegen, ob nicht bereits hier eine Trennung zum GEMA-verwalteten Musikeil aus Gründen der Übersicht zu vollziehen ist. Noch weit wichtiger ist eine genaue Planung der Aufschlüsselung und Verteilung der Attribute für GEMA-freie Musiktitel.

4.3. Strukturierung der Datenbank nach Eigenschaften

Bevor die Musikstücke verschlagwortet werden können müssen zunächst ihre Eigenschaften sowie deren Attribute festgelegt werden. In diesem Fall sind drei verschiedene Eigenschaften vorgesehen, die die Datenbank strukturieren sollen: Stil, Tempo und Stimmung. Diese Eigenschaften haben wiederum Attribute, die das Musikstück in ihrer Eigenschaft wieder näher beschreiben.

Eine Gliederung der Eigenschaften ist zum Beispiel wie folgt möglich:

Eigenschaft/Attribut					
Stil	Rock	Pop	Klassik	Dance	World
Tempo	-80bpm	80-100bpm	100-125bpm	125-140bpm	140-bpm
Stimmung	Melancholisch	Heiter	Entspannt	Energetisch	

Eigenschaft eins „Stil“ beschreibt das Musikgenre des Musikstücks und soll eine erste Orientierung des Suchenden ermöglichen. Subgenres einzelner Stile wie „Alternative“ oder „Psychobilly“ des Obergenre „Rock“ werden hierbei nicht beachtet um die Datenbank somit so übersichtlich wie möglich zu gestalten. Ist bei Anlegen der Datenbank bereits bekannt, dass zu einem späteren Zeitpunkt weitere Musikstücke aufgenommen werden sollen, die anderen Attributen entsprechen werden, so sollten diese Eigenschaften bereits mit dem Anlegen definiert werden. So sollte bereits zu Beginn der Datenbank ein „Jazz“-Attribut in der Kategorie „Stil“ mit eingeplant werden, falls später Jazz-Stücke eingepflegt werden sollen, diese aber bei Erstellung noch nicht vorliegen. Eigenschaft zwei „Tempo“ gliedert die Musikstücke gemäß ihrer Geschwindigkeit und ermöglicht so das einfache Austauschen bisheriger „Temp-Tracks“ mit anderer Musik, ohne das der Schnitt nochmals elementar geändert werden muss. Die in „Beats per Minute“, also in

Schläge pro Minute gemessene Geschwindigkeit der Musik lässt sich mit professioneller Audio-Bearbeitungssoftware wie zum Beispiel Cubase oder Logic auslesen, falls sie nicht bekannt ist. Eigenschaft drei „Stimmung“ soll die Stimmung des Musikstückes erfassen und so eine Kategorisierung nach erweckten Emotionen ermöglichen. So kann von Anfang an die Suche auf die gewünschte Stimmung fokussiert werden, beziehungsweise können im vornherein bereits ungeeignete Musikstücke ausgeblendet werden. Natürlich ist hier zu beachten, dass auch eine Kontrapunktierung einen gewünschten Effekt erzielen kann. Die gewählten Attribute „melancholisch“, „heiter“, „energetisch“ und „entspannend“ sind keinesfalls ausschließende Attribute und können kombiniert werden. Ebenso sind noch mehrere Attribute denkbar wie „mysteriös“ oder „bedrohlich“, die bei Bedarf hinzugefügt werden können, falls die zur Verfügung stehenden Attribute nicht ausreichen. Es können dementsprechend auch nur Attribute vergeben werden – keine Eigenschaften, welche über eine Eingabemaske dem jeweiligen Musikstück zugeordnet werden können. Natürlich können weitere Attribute je nach Bedarf definiert werden, worauf bei der Archivierung neuer Stücke wieder Rücksicht genommen werden sollte um eine doppelte Einordnung zu verhindern. Neben den einzelnen Attributen kann ebenso ein Titel und Thema angegeben werden. Nachdem alle relevanten Daten wie Titel und Attribute eingepflegt wurden, kann das Medienobjekt abgespeichert werden. Ein Medienobjekt hat nun beispielhaft folgende Bezeichnungen:

Titel	Sander Schmidt – Kleine Sonate
Attribute	Klassik, -80 bpm, entspannend

Anschließend werden die Objekte mit dem vorher angelegten Thema „GEMA-freie Musik“ per Drag and Drop verbunden. Nun kann man über den Reiter „Recherche“ auf der linken Seite auf die Datenbank zugreifen und in der Recherchemaske die eingepflegten Stücke suchen und abspielen. Sollen die Daten aus der Datenbank auf eine Festplatte, CD usw. übertragen werden, müssen diese durch den Befehl „exportieren / als E-Mail versenden“ ausgespielt werden. Dazu muss man mit der rechten Maustaste auf das Objekt klicken und den Befehl auswählen.

Export-Einstellungen Download-Link per E-Mail versenden

Name: Exportauftrag 16.01.2009 11:30:33

Gültig bis: 30 / 01 / 2009

Priorität: Standard

MediaPortal: marsDemo

Version: Live

Qualität: Original

Format u. Größe: ☐ Original ☐ Screenview ☒ Konvertierung

Größe: A4 (304 dpi)

Format/Farbraum: JPEG RGB

Abb. 5 : Export-Auftrag mit der Software „Mars“

Je nach Wunsch lassen sich über den Reiter „Priorität“ dringend benötigte Daten definieren, welche dann auch als erstes exportiert werden. Weiterhin können verschiedene Qualitätsstufen der Musikstücke exportiert werden. Ebenso kann man unter der Einstellung „Format und Größe“ Umwandlungen in die Formate

MP3, WAV oder WMA während des Exportes vollziehen. Sind die Musikstücke nun eingepflegt kann die Datenbank im Workflow einer Videoproduktion eingebracht werden und verkürzt somit die Suche nach passender Filmmusik.

E. Fazit

Die Erstellung und Implementierung einer GEMA-freien Musikdatenbank in den Workflow von Videoproduktionen betrifft neben der eigentlichen Programmierung der Software ebenso Fachgebiete aus der Musik, der Filmproduktion sowie dem Urheberrecht. Eine Erstellung einer Datenbank mit GEMA-freien Musikstücken ist ohne eine Berücksichtigung dieser Fachgebiete nicht oder nur ungenügend möglich, sie greifen ineinander und haben jeweils Auswirkungen aufeinander. Die Thematik ist vielschichtig und komplex.

Vor allem im Urheberrecht befinden sich einige Regelungen die bei der Erstellung einer Musik-Datenbank, bzw. der Nutzung dieser im Workflow von Videoproduktionen von elementarer Bedeutung sind. Wie in 3.2.2.1 festgestellt betrifft die Verbindung eines Musikwerks mit einem Filmwerk Urheberpersönlichkeitsrechte des Urhebers, wie z.B. das Vervielfältigungsrecht des Urhebers (§16 UrhG). Die genannten Urheberpersönlichkeitsrechte können wie in 3.2.1. festgestellt nicht vom Urheber auf einen Dritten übertragen werden. Der Urheber kann seine Urheberpersönlichkeitsrechte ebenso wie das Vervielfältigungs-, Verbreitungs- und Vorführungsrecht nicht veräußern, sie bleiben bis zum Tode des Urhebers mit dem Urheber verbunden. Deswegen muss das Nutzungsrecht zur Auswertung des Werkes auf eine bestimmte Nutzungsart vom Urheber eingeholt werden. Da die Datenbank mit der Absicht der Werkverbindung von Bild und Musik erstellt wird, sollte dieser Zustand Beachtung finden und schriftlich geklärt werden, die Nutzungsrechte des Urhebers müssen vertraglich eingeholt werden. Ebenso muss der Urheber in die Beeinträchtigung des Musikwerkes einwilligen, welches sich durch die Verbindung mit einem Bildwerk zwangsläufig ergibt. Die genannte Einwilligung zur Beeinträchtigung kann jedoch „grundsätzlich mit gegenständlicher Wirkung“¹¹³ beschränkt werden, d.h. auf einen konkreten einmaligen Vorgang beschränkt werden. Hier gilt ebenso die Zweckübertragungstheorie, der Grundsatz der exakten Definition der zu vergebenden Rechte - nicht genannte Rechte bleiben beim Urheber. Werden diese Beschränkungen bei der Filmherstellung oder Auswertung überschritten, „stellt dies eine Verletzung des Vervielfältigungsrechts oder der sonstigen jeweils betroffenen Verwertungsrechte

des Urhebers dar“¹¹⁴. Das sogenannte „Filmherstellungsrecht“, welches immer wieder in der Literatur auftaucht und allgemein als oberste Instanz bei der Verwendung von Musik in Videoproduktionen missverstanden werden kann, ist als solches im Urhebergesetz definiert, findet aber nur Anwendung falls nach Abschluss des Vertrages Unklarheiten bezüglich der Nutzungsarten entstehen. § 88 UrhG geht im Zweifel zugunsten des Filmherstellers von der größtmöglichen Rechteeinräumung aus“. Eine fehlende eindeutige Spezifizierung der eingeräumten Rechte führt dazu, dass der Filmproduzent vom Urheber das Recht erwirbt, das Musikwerk unverändert oder unter Bearbeitung und Umgestaltung zur Herstellung eines Filmwerkes zu nutzen. Ebenso erhält der Produzent nach § 88 UrhG das Recht das Filmwerk und dessen Übersetzungen und andere filmische Bearbeitungen auf alle bekannten Nutzungsarten zu nutzen.

Die Übernahme der Nutzungsrechte zur Nutzung GEMA-freier Musik in Videoproduktionen erfolgt meist in der branchenüblichen „Synch-License“, dem Synchronisationsvertrag. In diesem werden die besagten Urheberrechte des Werkurhebers in Form von Nutzungsrechten die z.B. zur Vervielfältigung benötigt werden an den Filmhersteller übertragen. Für den Filmhersteller ist es ratsam sich den gesamten Rechtekatalog aller filmischen und außer filmischen Rechte übertragen zu lassen. Die Nutzungsrechte können vertraglich zeitlich, üblicherweise auf 7 Jahre sowie räumlich beschränkt werden. Bezüglich zunächst nicht lizenzierter Auswertungsterritorien, empfiehlt sich bereits bei Vertragsabschluss eine verbindliche Nacherwerbsoption zu einem festgelegten Preis zu vereinbaren, um so langwierige Nachverhandlungen zu umgehen. Als letzter Eckpunkt des Vertrages wird meist die Vergütung festgelegt. Bei Kinoproduktionen ist ein Sekundenpreis von 100,00 € Usus, wobei eine Mindestvergütung von 10.000 € vom Deutschen Musikverleger- verband (DMV) als branchenüblich eingestuft werden. So staffeln sich die Preise von 50 € / Sek für Spielfilm-DVD-Produktionen bis zu 200 € / Sek bei Industrierwerbefilmen der Spitzenklasse fürs Kino. Die Werte des DMV werden von Gerichten für die Bestimmung einer angemessenen Lizenzgebühr herangezogen.

114 ebd., S. 278

Bei der Nutzung von Musikwerken wird aber nicht nur das Recht des Urhebers berührt, vielmehr betrifft die Verwendung immer auch konkret die Rechte an dem Tonträger bzw. der Musikaufnahme an sich. Nach § 73 UrhG Urhebergesetz erhalten alle Künstler Leistungsschutzrechte, die ein „Werk oder eine Ausdrucksform der Volkskunst“ aufführen, singen, spielen oder auf eine andere Weise darbieten oder daran künstlerisch mitwirken. Sind mehrere Musiker beteiligt so erhält jeder von ihnen separate Leistungsschutzrechte. Diese Rechte müssen ebenso separat eingeholt werden, entweder beim Musikurheber der zugleich als Künstler auftritt oder die Rechte an der Musikaufnahme von den einspielenden Künstlern erworben hat, oder bei den einspielenden Künstlern selbst. Ebenso hat der Tonträgerhersteller ein Leistungsschutzrecht bzgl. der Herstellung und Verbreitung seines Tonträgers. Hierbei ist entscheidend, wer die organisatorische Leitung und das wirtschaftliche Risiko trägt. Dies kann ein Tonstudio sein aber auch eine Band, wenn Sie alle Verträge selbst abschließt und die Tätigkeiten des Tonstudios sich auf rein handwerklichen Dienstleistungscharakter beschränken. Die an Musikwerken immer bestehenden Künstlerleistungsschutzrechte der § 77,78 UrhG sind wie die Verwertungsrechte durch die Vergabe von Nutzungsrechten veräußerbar. Die Nutzungsrechte an den Leistungsschutzrechten sind räumlich, zeitlich oder inhaltlich beschränkt möglich. Die Übertragung der Leistungsschutzrechte wird in der so genannten Master-use-license, dem Tonträgerlizenzvertrag geregelt. Vor Übernahme eines Musikwerkes in eine Videoproduktion, müssen sowohl die Master-use-license sowie Synch-license abgeschlossen werden, da bereits die erstmalige Verbindung eines Musikwerkes mit einem Filmwerk der Zustimmung der Rechteinhaber benötigt¹¹⁵.

Da die Übernahme in eine Datenbank Ziel ist und damit eine mehrfache Benutzung des selben Musikstückes nahe liegt, muss auch eine mehrfache Nutzung des Werkes ausdrücklich vertraglich vereinbart werden.

Sind alle rechtlichen Belange der Nutzung der Musikwerke geklärt, so optimiert die GEMA-freie Musikdatenbank den Workflow der Videoproduktion, da wesentliche Produktionsschritte verkürzt werden. So entfallen zunächst Vorbereitungs-

tätigkeiten wie die Planung des Musikbudgets oder die Auswahl des Komponisten, da keine Kosten für ein zu komponierendes Musikstück anfallen, falls nicht extra ein Musikstück für die Datenbank komponiert werden soll. Ebenso entfallen Vorabbesprechungen mit dem Filmkomponisten sowie die Besprechung des Drehbuches sowie Rohschnitts wie in 2.1 Ablauf festgestellt. Ebenso entfallen die Schritte Layout, Komposition und Musikproduktion, da der Videoproduzent bereits auf vorgefertigte Musikstücke zurückgreifen kann. Dementsprechend führt die Datenbank langfristig zu einer Kostensenkung und ermöglicht so eine effizientere Planung des Budgets für Videoproduktionen. Lediglich der abschließende Schritt der Filmmischung bleibt bei der Nutzung der GEMA-freien Musikdatenbank erhalten, so dass durch die Datenbank insgesamt 8 Arbeitsschritte innerhalb der Vertonung einer Videoproduktion eingespart werden können. Die kreative Komponente eines Komponisten, welcher für die Lieferung des passenden Musikstückes zur Untermalung der Szene verantwortlich ist geht in diesem Moment auf den Videoproduzenten - oder im Auftrag auf dessen Cutter über. Somit führt die Erstellung einer GEMA-freien Datenbank zu einer Kostenersparnis, die gleichzeitig aber auch Verantwortungszuwachs in der Videoproduktion bedeutet, da der Fachmann für Vertonung in Person des Filmkomponisten eingespart wird.

Dieser Tatsache sollte man vor allem Beachtung schenken, wenn man bedenkt welchen Stellenwert Filmmusik innerhalb eines Filmes bzw. Videos einnimmt. Filmmusik ermöglicht wie festgestellt eine Einflussnahme auf den Rezipienten, ohne dabei die Bildebene zu nutzen. Hierbei sei nochmals auf das Zitat Wehmeiers verwiesen, der dem Filmkomponist (und nun in seiner Stellvertretung der Videoproduzent bzw. Cutter) „neben Kameramann, Ausstatter etc.“ eine der

entscheidenden Schlüsselfunktionen innerhalb einer Videoproduktion zuweist¹¹⁶.

Hickethier unterstreicht diese Schlüsselfunktion mit seiner Aussage, Musik sei neben der Bildebene eine „selbstständige Mitteilungsebene“ die zu den Bildern tritt, Lichterhahn attestiert Filmmusik die Fähigkeit die Emotionen des Zuschauers

116 Wehmeier, (1995), S. 59

unmittelbar anzusprechen, „was die visuellen Informationen alleine nicht leisten können“¹¹⁷. Die Filmmusik selbst wirkt also nochmals auf den Zuschauer, so dass ein enormes Potential an weiteren Einflussmöglichkeiten seitens des Produzenten/Cutter möglich ist.

Die Erstellung der Datenbank mit der Software „Mars“ ist verglichen mit den verbundenen Vorbereitungstätigkeiten eher unkompliziert und hat eher handwerklichen Charakter. Das Einpflegen der Datensätze ist dank moderner Datenbank Software mittlerweile unkompliziert und benötigt weder fundierte Programmier -noch Administratorkenntnisse wie sie noch vor ein paar Jahren mit SQL-basierten Datenbanken der Fall war. Eine Strukturierung der Datenbank nach Eigenschaften ist zwingend notwendig um eine effektive Arbeitsweise zu ermöglichen. Die genannten Strukturierungskategorien „Stil“ „Tempo“ und „Stimmung“ ermöglichen eine schnelle Suche nach gewünschten Musikwerken. Vor allem in Betracht der Tatsache, dass Szenen meist zunächst mit einem Temp-Track unterlegt werden, der die Stimmung und Geschwindigkeit der Szene, bzw. die Schnittgeschwindigkeit demonstrieren sollen, aber im nach hinein auf Grund fehlender Rechte nicht veröffentlicht werden können, ist hier eine GEMA-freie Musikdatenbank ein sehr effektives Werkzeug um schnell zu einem passenden Musikwerk zu gelangen.

Durch die Möglichkeit der Suche nach der Geschwindigkeit der Musikwerke innerhalb der Datenbank kann selbst eine auf den Musiktakt geschnittene Videoproduktion nachträglich verändert werden, ohne dass die Schnittfolge geändert werden muss. Haben Temp-Track und GEMA-freies Musikstück die selbe Geschwindigkeit, bzw. den selben „Beats per Minute“-Wert, kann das

GEMA-freie Musikstück exakt den selben Schnittrhythmus garantieren.

Abschliessend bleibt zu sagen, dass die rechtlichen Verhältnisse einer Nutzung GEMA-freier Musik innerhalb von Videoproduktionen eine Fülle von komplexen Themen betrifft. So war bei dieser Bachelor-Arbeit der Weg das eigene Ziel. Ist aber in der Vorbereitung sorgfältig mit den Themen des Urheberrechts bzw. der

¹¹⁷ Hickethier (2007), S. 94

vertraglichen Übernahme der Rechte der Urheber bzw. der Leistungschutzrechte der Künstler umgegangen worden, so erhält man nicht zuletzt durch die GEMA-freie Musikdatenbank ein Werkzeug welches den Workflow einer Videoproduktion signifikant steigert.

F. Anhang

I. Muster Filmmusiklizenzvertrag¹¹⁸

Filmmusiklizenzvertrag (Entwurf)

abgeschlossen zwischen

.....
(im Folgenden „Komponist“/„Musikverlag.“ genannt)

und

.....
(im Folgenden „Filmhersteller.“ genannt)

1. Gegenstand

1.1 Der Komponist/Musikverlag ist Inhaber der Filmherstellungsrechte für das Auswertungsgebiet an dem nachfolgend bezeichneten Werk:

Titel:

Untertitel:

Musik von:

Text von:

1.2 Der Filmhersteller produziert den Film mit dem Arbeitstitel:

.....

2. Rechtsübertragung

2.1 Der Komponist/Musikverlag überträgt dem Filmhersteller das nicht ausschließliche Filmherstellungsrecht an dem in Punkt 1.1 genannten Werk zur Verwendung in dem unter Punkt 1.2 genannten Film, sowohl zur Nutzung als Vorführfilm als auch zur Auswertung der Videorechte.

2.2 Der Filmhersteller ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, das Werk im Film bis zu einer Spieldauer von Minuten/..... Sekunden / ohne Begrenzung der Spieldauer zu verwenden.

3. Vertragsgebiet

3. Die Rechtsübertragung erfolgt für das Vertragsgebiet (Deutschland,

EU-Raum, weltweit).

4. Dauer

4. Die Auswertungsbefugnis erlischt nach Ablauf von Jahren ab Erstaufführung des fertig gestellten Films.

5. Verwertungsgesellschaften

5. Die Rechtsübertragung umfasst lediglich die in diesem Vertrag ausdrücklich erwähnten Nutzungsrechte. Insbesondere werden keine anderen als die in diesem Vertrag ausdrücklich erwähnten, sich auf die Nutzung des Films beziehenden Rechte übertragen, ebenso wenig die von den zuständigen Verwertungsgesellschaften wahrgenommenen Rechte.

6. Rechte an Tonträgern

6. Beabsichtigt der Filmhersteller, einen Tonträger zu verwenden, auf dem das gegenständliche Werk aufgenommen ist, so hat er die hierzu erforderlichen Rechte vom Tonträgerhersteller und/oder sonstigen Berechtigten, wie etwa ausübenden Künstlern und Lizenzberechtigten gesondert zu erwerben. Ein enger vertraglicher Zweck erfordert eine ebenso enge vertragliche Regelung hinsichtlich der Rechtsübertragung.

7. Weiterübertragung

7. Der Filmhersteller ist nicht berechtigt, das ihm in diesem Vertrag eingeräumte Filmherstellungsrecht auf Dritte weiter zu übertragen.

8. Titel und Handlung des Werks

8. Der Filmhersteller ist nicht berechtigt, den Titel des Werks als Titel oder Untertitel des Films zu verwenden oder die „Story.“ des Textes (der lyrics) oder das Werk selbst thematisch in den Mittelpunkt des Films zu stellen oder als Leitmotiv zu verwenden.

9. Musikaufstellung

9. Der Filmhersteller übersendet dem Komponist/Musikverlag nach Fertigstellung des Films unaufgefordert eine Kopie der Musikaufstellung, die er bei den Verwertungsgesellschaften eingereicht hat.

10. Vergütung

10. Als Gegenleistung für die durch diesen Vertrag übertragenen Rechte zahlt der Filmhersteller an den Komponist/Musikverlag eine Pauschalvergütung

in Höhe von € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer in Höhe von%, insgesamt somit einen Gesamtbetrag von €..... .

11. Schlussbestimmungen

11.1 Die Vertragsparteien haben keine mündlichen Nebenabreden getroffen. Maßgeblich ist allein der gegenständliche schriftliche Vertrag. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung des ganzen Vertrages oder einzelner Bestimmungen dieses Vertrages.

11.2 Sollte eine Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, berührt dies die Wirksamkeit des Vertrages im übrigen nicht. Die Vertragsparteien werden die ungültige Klausel durch eine Klausel ersetzen, die dem wirtschaftlich Gewollten am nächsten kommt. Die Parteien sind verpflichtet, an einer entsprechenden Klarstellung des Vertragstextes mitzuwirken. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken, die dieser Vertrag enthält.

11.3 Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist das sachlich die Handelsgerichtsbarkeit in..... ausübende Gericht zuständig, soweit nicht ein anderer Gerichtsstand gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist. Der Vertrag unterliegt deutschem Recht.

....., am

.....
Komponist/Musikverlag

.....
Filmhersteller

II. Muster Bandübernahmevertrag / Tonträgerlizenzvertrag / Master-Use-right:

Bandübernahmevertrag / Tonträgerlizenzvertrag / Master-Use-right (Entwurf)

zwischen
[.....]
- nachstehend "Produzent " genannt -
und
[.....]
- nachstehend "Tonträgerfirma" genannt -

§ 1 VERTRAGSGEGENSTAND

- 1 Gegenstand dieses Vertrages ist das exklusive Recht (vgl. § 4) und die Pflicht der Tonträgerfirma, die von dem Produzenten mit Darbietungen des Künstlers _____ hergestellten bzw. während der Vertragsdauer herzustellenden Tonaufnahmen (nachstehend "Vertragsaufnahmen" genannt) in Form von Tonträgern und oder Bildtonträgern auszuwerten, insbesondere in branchenüblicher Weise über den Handel zu verbreiten.
- (2) Zu diesem Zweck verpflichtet sich der Produzent während der Vertragsdauer, die erforderliche Anzahl von musikalischen Titeln mit Darbietungen des Künstlers aufzunehmen und der Tonträgerfirma die Vertragsaufnahmen zu überlassen, unter Übergabe von und Eigentumseinräumung an diese Vertragsaufnahmen verkörpernden Tonträgern auf DAT, CD oder in Form einer sonst zur kommerziellen Verwertung geeigneten Vorlage.
- (3) Die erste unter diesen Vertrag fallende/n Aufnahme/n trägt/tragen den folgenden (Single-/Album-) Titel :
" _____ "
- (4) Der Produzent versichert, daß er die in diesem Vertrag auf die Tonträgerfirma übertragenen Rechte erworben hat und durch keine anderweitigen Bindungen gehindert ist, diesen Vertrag abzuschließen und zu erfüllen. Der Produzent versichert insbesondere, die ausschließlichen Dienste des vertragsgegenständlichen Künstlers für die Dauer dieser Vereinbarung bzw. die ausschließlichen Rechte während der vereinbarten Auswertungsdauer gesichert zu haben und zur Weiterübertragung befugt zu sein.

§ 2 RECHTEÜBERTRAGUNG

- (1) Der Produzent überträgt der Tonträgerfirma das ausschließliche und übertragbare Recht, die Vertragsaufnahmen während der Lizenzdauer (vgl. § 13 dieses

Vertrages) im Vertragsgebiet (vgl. § 12 dieses Vertrages) nach Maßgabe der nachstehenden Bedingungen auszuwerten.

- (2) Die Rechtsübertragung schließt sämtliche Leistungsschutzrechte und -ansprüche inklusive der Rechte des Produzenten nach §§ 73 ff. UrhG sowie der Rechte des Tonträgerherstellers, §§ 85, 86 UrhG - soweit der Produzent die Vertragsaufnahmen selbst herstellt - und dessen Ansprüche sowie alle sonstigen Rechte der Mitwirkenden an den Vertragsaufnahmen ein, die dem Produzenten heute zustehen oder in Zukunft - insbesondere z.B. aufgrund neuer Gesetze - zustehen werden.

Ebenfalls mitumfaßt von der Rechteeinräumung ist das Erstveröffentlichungsrecht aus einem bei der Herstellung der Vertragsaufnahmen etwa entstehenden Bearbeiturheberrecht des Produzenten oder seiner Lizenzgeber, in letzterem Falle soweit dieses auf den Produzenten übertragen wurde.

- (3) Der Produzent räumt der Tonträgerfirma insbesondere das ausschließliche und übertragbare Recht ein, die Vertragsaufnahmen via Tonträger (einschließlich Vinyl-Schallplatte, Single, Maxi-Single, CD-Single, Compact Disc [CD], Tonband, Musikkassette, Digital Compact Cassette [DCC], Mini Disc [MD], Digital Audio Tape [DAT], CD-ROM, CD-I, Cartridges, RAM-Cards, Disketten und sonstigen analogen und digitalen Speichermedien) zu vervielfältigen und zu verbreiten.

- (4) Ferner überträgt der Produzent der Tonträgerfirma insbesondere das ausschließliche und übertragbare Recht, die Vertragsaufnahmen öffentlich aufzuführen, öffentlich wiederzugeben und in sämtlichen analogen und digitalen Verbreitungsarten zu senden (einschließlich terrestrisch, via Kabel, via Satellit, durch Einspeisung in interne Verteileranlagen ; vorbehaltlich einer Einigung über die Verteilung der diesbezüglich erzielten Einkünfte auch über Online-Anbieter, als Audio-On-Demand, in Multi-Channel-Systemen). Die von der Verwertungsgesellschaft GVL wahrgenommenen Rechte bleiben hiervon jedoch unberührt.

Ferner überträgt der Produzent der Tonträgerfirma - vorbehaltlich einer Einigung über die Verteilung der diesbezüglich erzielten Einkünfte - das ausschließliche und übertragbare Recht, die Vertragsaufnahmen in Form der digitalen Abrufbarmachung in Datenbanken oder Netzwerken (wie im Internet insbesondere in Form des World Wide Web, einschließlich "Music-On-Demand"-Diensten bzw. "electronic delivery" und Web-Radio, oder in sonstigen Online-Diensten [z.B. T-Online], analog oder digital, leitungs- gebunden oder drahtlos, über private und öffentlich-rechtliche Telefonnetze einschließlich ISDN) auszuwerten und zu verwerten. Die von der Verwertungsgesellschaft GVL wahrgenommenen Rechte bleiben hiervon ebenfalls unberührt.

- (5) Die Rechteübertragung umfaßt ferner ausdrücklich das Recht zur audiovisuellen Auswertung der Vertragsaufnahmen im Vorführfilm in sämtlichen Formaten (einschließlich 32 mm, 16 mm, Super 8), zur Auswertung im Fernsehen in

sämtlichen analogen und digitalen Sende- und Verbreitungsarten (einschließlich terrestrisch, via Kabel, via Satellit, durch Einspeisung in interne Verteileranlagen ; vorbehaltlich einer Einigung über die Verteilung der diesbezüglich erzielten

Einkünfte auch als Pay-TV, Pay-per-View, Abofernsehen, in Multi-Channel-Systemen), zur Auswertung via Bildtonträger (einschließlich Videokassette,

Laserdisc, MultiOpticalCompactDisc [MO-CD], Compact Disc Video [CDV], Bildplatte, Photo-CD, CD-ROM, CD-ROM-XA, RAM-Cards, CD-I, CD-Extra/CD Enhanced, Digital Video Disc [DVD], Disketten und sonstigen analogen und digitalen audiovisuellen Speichermedien) ; vorbehaltlich einer Einigung über die Verteilung der diesbezüglich erzielten Einkünfte auch zur Auswertung in Form der digitalen Abrufbarmachung in Netzwerken (wie im Internet insbesondere in Form des World Wide Web, einschließlich "Web-TV" und "Video-On-Demand" in Form der "electronic delivery", oder in sonstigen Online-Diensten [z.B. T-Online], analog oder digital, leitungsgebunden oder drahtlos, über private und öffentlich-rechtliche Telefonnetze einschließlich ISDN) sowie die Ansprüche aus der öffentlichen Wiedergabe und der Hörfunk- und Fernsehsendung der Vertragsaufnahmen. Die von der Verwertungsgesellschaft GVL wahrgenommenen Rechte bleiben hiervon jedoch unberührt.

- (6) Die Zustimmung zur Verwendung der Vertragsaufnahmen im Film oder innerhalb eines sonstigen audiovisuellen Projekts (Synchronisationsrecht / Filmeinblendungsrecht) zum Zwecke der Auswertung in den in Absatz (5) genannten audiovisuellen Nutzungsarten steht jedoch unter dem Vorbehalt der schriftlichen Einwilligung des Produzenten. Eine Telefax-Sendung gilt als schriftformwährend. Der Zustimmungsvorbehalt gilt nicht für Videoclips im Sinne von § 14, soweit diese nicht über den Promotionzweck hinaus einer kommerziellen Auswertung zugeführt werden.
- (7) Der Produzent ermächtigt die Tonträgerfirma hiermit unwiderruflich, die ihr übertragenen Rechte als sein Rechtsnachfolger jederzeit im eigenen Namen geltend zu machen, insbesondere also im eigenen Namen gegen jede unzulässige Verwendung der Darbietungen vorzugehen. Sich hieraus ergebende Einkünfte gelten als Einkünfte aus der Verwertung der Vertragsaufnahmen. Das Recht des Produzenten, selbst gegen diese unzulässigen Verwendungen vorzugehen, bleibt unberührt.
- (8) Die Tonträgerfirma ist berechtigt, alle Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag selbst wahrzunehmen, bzw. zu erfüllen oder ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, insbesondere Sublizenzen zu erteilen.
- (9) Die von den Verwertungsgesellschaften GVL und GEMA wahrgenommenen Rechte bleiben von dieser Vereinbarung in allen Teilen unberührt und sind nicht Teil der vorstehend übertragenen Rechte und Ansprüche. Die Einholung der erforderlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte hinsichtlich der vertragsgegenständlichen Titel bei der GEMA obliegt der Tonträgerfirma auf eigene Kosten. Die Tonträgerfirma verpflichtet sich, die sogenannten Mechanischen Rechte (Recht der Vervielfältigung und Verbreitung der den Vertragsaufnahmen zugrundeliegenden Werke) bei der Verwertungsgesellschaft GEMA zu erwerben. Sofern die Tonträgerfirma nicht bei der GEMA lizenzieren

sollte, so wird sie die Mechanischen Rechte direkt vom Produzenten bzw. dessen Verlag zum Lizenzsatz von 9,0% und im übrigen zu den Bedingungen des jeweils gültigen GEMA-Tarifs erwerben.

- (10) Hat die Tonträgerfirma die Vertragsaufnahmen innerhalb einer Frist von drei Monaten seit Ablieferung von veröffentlichungsreifen Mastertonträgern im Inland

nicht veröffentlicht, so ist der Produzent berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten und Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen.

Im Falle der Streichung der Vertragsaufnahmen aus dem Verwertungskatalog der Tonträgerfirma fallen die vertragsgegenständlichen Rechte ebenfalls an den Produzenten zurück. In allen diesen Fällen geht jeweils auch das Eigentum an den abgelieferten Masterbändern automatisch wieder auf den Produzenten über.

- (11) Ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligung ist es der Tonträgerfirma untersagt, die Vertragsaufnahmen zu bearbeiten, zu ändern oder zu ergänzen, insbesondere Remixes oder Neuabmischungen zu erstellen oder Übersetzungen zu tätigen oder die Playbacks separat auszuwerten.

§ 3 RECHTEGARANTIE

- (1) Der Produzent steht dafür ein, daß er die in diesem Vertrag auf die Tonträgerfirma übertragenen Rechte erworben hat und zum Zeitpunkt dieses Vertragsabschlusses durch keine anderweitigen Bindungen daran gehindert ist, diesen Vertrag abzuschließen und zu erfüllen.
- (2) Er garantiert insbesondere, daß wegen dieser Rechte oder anderweitig bestehender Vertragsbindungen von Dritter Seite keine Ansprüche gegen die Tonträgerfirma erhoben werden. Sollten solche Ansprüche gegen die Tonträgerfirma berechtigterweise erhoben werden, verpflichtet er sich, die Tonträgerfirma von diesen Ansprüchen freizustellen und im Innenverhältnis die uneingeschränkte Haftung zu übernehmen.
- (3) Sollten dem Produzenten die vertragsgegenständlichen Rechte nicht mehr zustehen oder sollte er verpflichtet sein, sie Dritten zu übertragen, und diese Verpflichtung erfüllen, so tritt er hiermit alle ihm gegenüber Dritten zustehenden Ansprüche in Bezug auf die Vertragsaufnahmen bereits jetzt an die Tonträgerfirma ab.

§ 4 EXKLUSIVITÄT

- (1) Die Rechteübertragung an den Vertragsaufnahmen zur Auswertung erfolgt auf exklusiver Basis (Auswertungsexklusivität); d.h. neben der Tonträgerfirma ist während der Vertragsdauer kein Dritter berechtigt, die Vertragsaufnahmen auszuwerten. Die exklusive Auswertungsdauer der vertragsgegenständlichen Aufnahmen beträgt fünf Jahre seit Erstveröffentlichung. Nach Ablauf dieser Lizenzdauer fallen sämtliche vertragsgegenständlichen Rechte, einschließlich der Eigentumsrechte an den Mastertonträgern, an den Produzenten zurück. Alle Mastertonträger und alle sonstigen überlassenen Materialien sind

unverzüglich danach an den Produzenten zurückzureichen.

- (2) Darüber hinaus verpflichtet der Produzent sich hiermit, die vertragsgegenständlichen Titel für eine Dauer von fünf Jahren seit Erstveröffentlichung nicht erneut aufzunehmen bzw. aufnehmen zu lassen (Titelexklusivität). Diese Titelexklusivität gilt auch für die Aufnahme auf Bildtonträger jeglicher Art. Der Produzent steht außerdem dafür ein, daß er auch von allen sonstigen Mitwirkenden an den Vertragsaufnahmen die Titelexklusivität für denselben

Zeitraum wie in Satz 1 erworben hat, und überträgt diese Rechtsposition hiermit auf die Tonträgerfirma.

- (3) Der Produzent sichert zu, daß der Künstler der Vertragsaufnahmen während der in § 12 vereinbarten Vertragsdauer weder unter seinem jetzigen, noch unter einem anderen Namen und weder allein, noch gemeinsam mit Dritten anderen Personen oder Unternehmen für Tonaufnahmen oder Bild-Tonaufnahmen zur Verfügung steht und nicht zuläßt, daß Dritte Darbietungen mit ihm aufnehmen (persönliche Künstlerexklusivität). Dies gilt nicht für solche Aufnahmen Dritter, die lediglich für Rundfunk-, Fernseh- und/oder öffentliche Filmvorführungszwecke hergestellt werden. Sollen solche Aufnahmen im nachhinein auf Ton- oder Bildtonträgern oder in anderer Weise kommerziell ausgewertet werden, so bedarf es dazu der Zustimmung der Tonträgerfirma. Die Tonträgerfirma kann diese Zustimmung auch davon abhängig machen, daß sie selbst mit der Auswertung der betreffenden Aufnahme lizenziert wird. Zur Sicherung der Exklusivverpflichtung überträgt der Produzent der Tonträgerfirma bereits jetzt sämtliche Rechte (Schutzrechte wie Schadensersatzansprüche), die ihm an solchen die Exklusivbindung verletzenden Aufnahmen entstehen.

§ 5 ABLIEFERUNG DER MASTERTONTRÄGER

- (1) Der Produzent liefert an die Tonträgerfirma ein reproduktionsreifes Vervielfältigungsstück der Vertragsaufnahmen ab. Die Ablieferung hat innerhalb eines angemessenen Zeitraumes vor dem von der Tonträgerfirma im Einvernehmen mit dem Produzenten geplanten Veröffentlichungszeitpunkt zu erfolgen. Die Produktionskosten trägt, unbeschadet der Kostenbeteiligung gem. § 9 dieses Vertrages, der Produzent. Mit Ablieferung des Mastertonträgers geht das Eigentum an diesem auf die Tonträgerfirma über. Die Parteien gehen für ein Album / für eine Single von einer Mindestspielzeit des abzuliefernden Masters von _____ / _____ Minuten und/oder einer Mindesttitelanzahl von _____ / _____ Titeln aus.
- (2) Die Tonträgerfirma wird unverzüglich nach Ablieferung des Mastertonträgers erklären, ob sie die Produktion in der vorgelegten Form abnimmt. Sie darf die Abnahme nur verweigern, wenn der abgelieferte Mastertonträger dem aktuellen produktions- und aufnahmetechnischen Standard nicht entspricht.
- (3) Die Auswahl des Producers obliegt dem Produzenten. Die Auswahl der Titel erfolgt - soweit nicht bereits in § 1 dieses Vertrages festgelegt - in gegenseitigem Einvernehmen. Das Letztentscheidungsrecht liegt beim Produzenten.

§ 6 NAME UND ABBILDUNG DES KÜNSTLERS

- (1) Solange die Vertragsaufnahmen ausgewertet werden, darf die Tonträgerfirma den/die Namen bzw. Künstlernamen, ggf. auch frühere oder künftige Künstlernamen, Abbildungen, Faksimiles, Logos, Warenzeichen, Geschäftszeichen, Symbole, biographisches Material sowie sonstige werbewirksame Kennzeichen des/der Interpreten zum Zwecke der Werbung und Promotion für die vertragsgegenständlichen Aufnahmen auf nicht-exklusiver Basis kostenlos benutzen oder benutzen lassen.

- (2) Der Produzent wird der Tonträgerfirma auf Anforderung, soweit vorhanden, geeignetes Text- und Bildmaterial frei von Rechten Dritter gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten liefern und darauf hinwirken, daß der Künstler für Fotoaufnahmen unentgeltlich zur Verfügung steht.
- (3) Der Produzent wird darauf hinwirken, daß der Künstler die werbliche Nutzung seines Namens, Künstlernamens oder seiner Abbildung durch Dritte, die mit der Tonträgerfirma konkurrieren oder Tonträger in Verbindung mit Bildern in Verkehr bringen, nur nach Abstimmung mit der Tonträgerfirma zuläßt.
- (4) Der Produzent wird ebenfalls darauf hinwirken, daß der Künstler die Tonträgerfirma ermächtigt, gegen die unbefugte Verwendung seines Abbildes, seines Namens, seines Künstlernamens oder seiner biographischen Daten durch Dritte in Verbindung mit Tonträgerauswertungen gerichtlich und außergerichtlich vorzugehen und ihr auf Anforderung gesondert Prozeßvollmacht erteilt.

§ 7 WERBUNG UND PROMOTION

- (1) Der Produzent erkennt die besondere Bedeutung von Werbe- und Promotionmaßnahmen im gemeinsamen Interesse an einer erfolgreichen Verwertung der Vertragsaufnahmen an. Er wird daher Werbe- und Promotionmaßnahmen der Tonträgerfirma nach besten Kräften unterstützen.
- (2) Der Produzent wird insbesondere darauf hinwirken, daß der Künstler während der Vertragsdauer unentgeltlich für solche Werbe- und Promotionmaßnahmen zur Verfügung steht, deren Durchführung von der Tonträgerfirma und dem Produzenten als zweckdienlich erachtet wird; dies sind insbesondere Video- und Fernsehaufnahmen, Interviews und vergleichbare Promotionauftritte. Ist der Interpret aus Krankheitsgründen gehindert, an abgesprochenen Werbemaßnahmen teilzunehmen, so ist dies der Tonträgerfirma unverzüglich anzuzeigen.
- (3) Des weiteren wird der Produzent sich bemühen, daß die Tonträgerfirma rechtzeitig über Tourneen, Gastspiele, Film- und Fernsehauftritte informiert wird.
- (4) Sofern der Künstler auf Veranlassung der Tonträgerfirma zu Veranstaltungen, Aufnahmetermenen u.ä. anreist, erstattet die Tonträgerfirma dem Produzenten die Reise- und Übernachtungs- und Verpflegungskosten gegen Beleg und zwar in Höhe der Kosten für Bahnfahrten 1. Klasse bzw. bei Flugreisen der Touristenklasse und zur Abgeltung der anfallenden Tagesspesen sowie der Kosten für die Hotelunterkunft (vier Sterne soweit vor Ort verfügbar) in Höhe des jeweiligen steuerrechtlich zulässigen Pauschalbetrages. Die Erstattung sämtlicher Reisekosten findet jedoch nur in dem Umfange statt, in dem diese nicht vom Veranstalter oder von Dritten getragen werden. Etwaige Honorare für Auftritte werden mit den Erstattungsbeträgen verrechnet.

§ 8 VERGÜTUNG

- (1) Der Produzent erhält für die Übertragung seiner Rechte und für seine

sonstigen Leistungen nach diesem Vertrag für jeden verkauften Tonträger mit der Vertragsaufnahme eine Umsatzbeteiligung (Lizenzzahlung) auf der Preisbasis des jeweiligen Verkaufslandes, falls diese nicht bekannt ist, auf der Preisbasis des jeweiligen Herstellerlandes. Die Umsatzbeteiligung beträgt:

1. a) Für jeden innerhalb Deutschlands, Österreichs und der Schweiz verkauften Tonträger

___ % (___ Prozent);

___ % (___ Prozent) ab ___ verkauften Einheiten ;

b) bei Verkauf von Tonträgern außerhalb Deutschlands, Österreichs und der Schweiz zwei Drittel des unter a) vereinbarten Prozentsatzes ;
des Händlerabgabepreises (nachfolgend definiert unter Abs. 3) des Tonträgers.

2. für über Sondervertriebswege (z.B. Clubs, Mailorder [Direktversandhandel]) abgesetzte Tonträger erhält der Produzent zwei Drittel der unter Ziffer 1. genannten Umsatzbeteiligung ;

3. Für den Verkauf von Tonträgern, deren Listenabgabepreis um mindestens 25 % (fünfundzwanzig Prozent) unter denen der Normalpreisserie in der jeweiligen Tonträgerkategorie liegt (Mid-Price), erhält der Produzent ___(75)___ % der unter Ziffern 1. und 2. genannten Umsatzbeteiligung.

Für den Verkauf von Tonträgern, deren Listenabgabepreis um mindestens 35 % (fünfunddreißig Prozent) unter denen der Normalpreisserie in der jeweiligen Tonträgerkategorie liegt (Low-Price), erhält der Produzent ___(50)___ % der unter Ziffern 1. und 2. genannten Umsatzbeteiligung.

4. Für den Verkauf von fernseh- und/oder hörfunkbeworbenen Tonträgern, bezüglich derer die Tonträgerfirma, bzw. deren Lizenznehmer einen besonderen Werbeaufwand von nachgewiesenermaßen mindestens DM 150.000,00 (tatsächlich geflossener Betrag laut Rechnung) je Kampagne trägt, erhält der Produzent zwei Drittel der unter Ziffern 1. und 2. genannten Umsatzbeteiligung, beschränkt auf die Dauer der Werbekampagne zuzüglich einer Abrechnungsperiode.

5. Die vorgenannten Lizenzreduzierungen dürfen nur einfach in Anwendung gebracht werden. Mehrfachabzüge sind nicht zulässig.

- (2) Enthält ein Tonträger auch andere als die Vertragsaufnahmen, so erfolgt die Umsatzbeteiligung titelanteilig (pro rata titulis), d.h. nach der Anzahl der

vertragsgegenständlichen Titel im Verhältnis zur Gesamttitelanzahl des Tonträgers.

- (3) Händlerabgabepreis (HAP) ist der jeweilige Preis abzüglich Verkaufs- und Umsatzsteuern, der von der Tonträgerfirma oder ihrem Lizenznehmer für die Abgabe des Tonträgers an den Einzelhandel laut jeweils gültiger Preisliste zugrundegelegt wird. Die Belastung des Produzenten mit sogenannten "Handling Fees", "Handling Charges", "Service Charges" oder vergleichbaren Kosten ist nicht zulässig.

Die Kosten der Tonträgerumhüllung und die Technikkosten werden vom Händlerabgabepreis (HAP) vor der Lizenzberechnung in Abzug gebracht. Sie werden mit 10% für Vinyltonträger und für Musikkassetten, mit 20% für CDs und mit 20% für Digital-Kassetten pauschaliert.

- (4) Die Abrechnungsbasis beträgt 100 % der an den Handel abgegebenen

Tonträger. Abzüge für beschädigte oder verlorengegangene sowie für retournierte Tonträger dürfen nur effektiv und nicht pauschal in Abzug gebracht werden. Die Tonträgerfirma ist ferner berechtigt, Rückstellungen (Retourenreserven) in Höhe von bis zu 10 % bei Longplay-Tonträgern und in Höhe bis zu 20 % bei Kopplungen und Single-Tonträgern zu bilden. Die rückständigen Rückstellungen sind spätestens zu der jeweils folgenden Abrechnungsperiode aufzulösen.

- (5) Tonträger, die unentgeltlich zum Zwecke der Promotion oder der sonstigen Verkaufsförderung in Form von Naturalrabatten oder sogenannter "free goods" bis zu einer Stückzahl von maximal 10% der Auflage oder die nach Streichung der Vertragsaufnahmen aus dem Vertriebsrepertoire zu Ausverkaufszwecken abgegeben werden, sowie Ausschnitte aus den Vertragsaufnahmen, die für Werbezwecke zugunsten des jeweiligen Tonträgers veröffentlicht werden, unterliegen nicht der Umsatzbeteiligung. Das gleiche gilt für Tonträger, die als Bemusterungs- oder Rezensionsexemplare abgegeben werden.
- (6) Die Umsatzbeteiligung steht dem Produzenten solange zu, als die Tonträgerfirma die Vertragsaufnahmen auswertet, begrenzt jedoch auf die gesetzliche Schutzfrist der Vertragsaufnahmen.
- 7 Für sonstige Verwertungen der sogenannten Nebenrechte, bei denen die Erhebung eines Pauschalentgeltes üblich ist (z.B. Filmsynchronisation, Werbelizenzierung), werden die bei der Tonträgerfirma eingehenden Bruttoeinkünfte (ohne Umsatzsteuer) im Verhältnis 50 zu 50 geteilt.

§ 9 VORAUSZAHLUNG

- (1) Die Tonträgerfirma verpflichtet sich gegenüber dem Produzenten zur Leistung einer nicht rückzahlbaren, jedoch mit sämtlichen Lizenzbeteiligungen voll verrechenbaren Vorauszahlung in Höhe von
DM _____
zzgl. Umsatzsteuer,
fällig mit Unterzeichnung dieses Vertrages.
- (2) Die Tonträgerfirma verpflichtet sich im Falle der Ausübung der Single-Option gegenüber dem Produzenten zur Leistung einer nicht rückzahlbaren, jedoch mit sämtlichen Lizenzbeteiligungen voll verrechenbaren Vorauszahlung in Höhe von
DM _____
zzgl. Umsatzsteuer,
fällig mit Optionsausübung.
- (3) Die Tonträgerfirma verpflichtet sich im Falle der Ausübung der LP-Option gegenüber dem Produzenten zur Leistung einer nicht rückzahlbaren, jedoch mit sämtlichen Lizenzbeteiligungen voll verrechenbaren Vorauszahlung in Höhe von
DM _____
zzgl. Umsatzsteuer,
fällig mit Optionsausübung.
- (4) Zum Zwecke der Verrechenbarkeit tritt der Produzent der Tonträgerfirma

bereits jetzt seine Ansprüche auf Umsatzbeteiligung in Höhe des Vorauszahlungssaldos ab. Die Tonträgerfirma nimmt die Abtretung an.

§ 10 ABRECHNUNG UND ZAHLUNG

- (1) Die Tonträgerfirma rechnet ab und zahlt im Falle eines Lizenzguthabens halbjährlich innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf des Kalenderhalbjahres (30.06. und 31.12.). Von Lizenznehmern an die Tonträgerfirma abgerechnete und gezahlte Umsatzbeteiligungen werden innerhalb von zwei Monaten seit Eingang der entsprechenden Abrechnung und Zahlung bei der Tonträgerfirma, gegebenenfalls unter Abzug hierauf entfallender Steuern, abgerechnet und im Falle eines Lizenzguthabens gezahlt. Die Abrechnung hat folgende Mindestanforderungen aufzuweisen :
Katalognummer, Titel des Tonträgers, Verkaufsland
Listenabgabepreis
Lizenzsatz
Abzüge
Lizenzwert
Stückzahl
Anzahl der Promotion-, Beleg-, Rabattexemplare
Retourenreserve, Retouren, aufgelöste Retouren.
- (2) Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark der Deutschen Bundesbank. Die Tonträgerfirma ist berechtigt, ab Inkrafttreten der Umwidmung der deutschen Währung in die einheitliche Währung der europäischen Währungsunion ("Euro"), Zahlungen ausschließlich in Euro zu leisten. Der Produzent hat sicherzustellen, daß er entsprechende unbare Zahlungen in Euro entgegennehmen kann.
Ab dem Zeitpunkt, zu dem der Euro alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland ist, ist die Tonträgerfirma verpflichtet, Zahlungen - unbeschadet nachfolgender besonderer Regelungen - ausschließlich in Euro zu leisten.
- (3) Von Lizenznehmern der Tonträgerfirma in ausländischer Währung gezahlte

Lizenzen werden unverzüglich nach Zahlungseingang bei der Tonträgerfirma gegebenenfalls unter Abzug von Quellen- oder ähnlichen Steuern, welche in Verbindung mit dem Transfer aufgrund Gesetzes, Verordnung aus sonstigen rechtlichen Gründen zu zahlen sind, zum Tageskurs in Deutsche Mark, bzw. Euro umgerechnet. Die Tonträgerfirma haftet nicht für verspätete Abrechnung ihrer Lizenznehmer, sofern es sich nicht um konzernverbundene Unternehmen handelt. Wertminderungen als Folge von Transferschwierigkeiten, Wechselkursänderungen und Zahlungseinstellungen aus ähnlichen Gründen sind von der Tonträgerfirma nicht zu vertreten.
Falls aufgrund von Beschränkungen der Valutaaus- oder der Deviseneinfuhr Umsatzbeteiligungen aus einem bestimmten Land nicht gezahlt werden können, wird das Guthaben des Produzenten dort auf einem zu seinen Gunsten laufenden Konto angesammelt. Mit dem Nachweis der Einzahlung auf dieses Konto ist die Zahlungspflicht der Tonträgerfirma erfüllt.
- (4) Steuern und etwaige andere gesetzliche Abgaben, die in der Person des Produzenten als Schuldner entstehen, gehen zu Lasten des Produzenten. Der Produzent erkennt seine Verpflichtung an, die sich aus diesem Vertrag für ihn

ergebenden Einkünfte selbst zu versteuern.

- (5) Empfangsberechtigt für alle Zahlungen ist der Produzent selbst. Für den Produzenten bestimmte Zahlungen und Mitteilungen erfolgen mit befreiender Wirkung an die der Tonträgerfirma zuletzt schriftlich mitgeteilte Anschrift bzw. Bankverbindung.

- (6) Der Produzent kann (innerhalb einer Frist von 3 Jahren) nach Eingang der betreffenden Abrechnung nach Vereinbarung eines Termins auf seine Kosten die Abrechnungsunterlagen der Tonträgerfirma an deren Sitz durch einen zur

Berufsverschwiegenheit verpflichteten Buchprüfer oder Wirtschaftsprüfer einsehen lassen und gegebenenfalls Einspruch gegen die Richtigkeit der Abrechnung erheben. Ergibt die Buchprüfung eine Abweichung zuungunsten des Produzenten von mehr als 5 %, so trägt die Tonträgerfirma die Kosten der Buchprüfung. Darüber hinaus ist sie verpflichtet, die Differenzsumme unverzüglich auszugleichen und mit einem Zinssatz von 3% über dem Diskontsatz der Deutschen Bundesbank seit Verzugsbeginn zu verzinsen.

- (7) Die Tonträgerfirma ist berechtigt, die Zahlungen aus Rationalisierungsgründen vorübergehend einzustellen, wenn die beteiligungspflichtigen Verkäufe in einer Abrechnungsperiode die Abrechnungssumme von 100,- DM nicht überschreitet. Die Zahlungen werden im Zuge der darauffolgenden Abrechnungsperiode nachgeholt.

§ 11 VERÖFFENTLICHUNG

- (1) Die Tonträgerfirma darf die Vertragsaufnahme unter jedem Kennzeichen veröffentlichen oder veröffentlichen lassen. Vorbehaltlich der schriftlichen Einwilligung des Produzenten kann die Tonträgerfirma die Vertragsaufnahmen
- mit anderen Aufnahmen koppeln, auch wenn diese nicht unter diesen Vertrag fallen (z.B. "Best Of")

- mit anderen Aufnahmen koppeln, wenn diese von einem anderen Interpreten stammen

- sowie einzelne Vertragsaufnahmen als Singles auskoppeln.

- auch in Verbindung mit Werbung für sogenannte "Special Product"-

Veröffentlichungen mit Werbeaufdruck auf Etikett und/oder Hülle) auswerten

- im Zusammenhang mit Werbespots vermarkten.

Eine Telefaxkopie gilt als schriftformwährend.

- (2) Die Erstveröffentlichung findet in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Einzelhandel bis zum _____ statt. Die Tonträgerfirma darf die Vertragsaufnahmen in Form von Ton- und/oder Bildtonträgern auch in Nichthochpreisklassen, im Mail Order-Geschäft, über Club- oder sonstige Sondervertriebswege und in Sonderfertigungen (Shaped CD, Sonderausstattung, etc.) auswerten. Eine solche Veröffentlichung bedarf jedoch der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Produzenten. Telefaxkopie gilt als schriftformwährend.

Das Preisbestimmungsrecht liegt jedoch grundsätzlich allein im Ermessen der Tonträgerfirma.

- (3) Die Tonträgerfirma ist verpflichtet, die Aufmachung und Ausstattung von

Ton- /Bildtonträgern im Einvernehmen mit dem Produzenten zu bestimmen und festzulegen. Die Kosten des Masterings und des Artworks trägt die Tonträgerfirma.

§ 12 VERTRAGSGEBIET

- (1) Die Rechteübertragung erfolgt beschränkt auf das Gebiet _____.
- (2) Hat die Tonträgerfirma die Vertragsaufnahmen innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der Veröffentlichung im Inland nicht im Ausland veröffentlicht, so fallen alle vertragsgegenständlichen Rechte hinsichtlich des Gebietes, in dem keine Veröffentlichung erfolgt ist, mit Fristablauf an den Produzenten zurück.

§ 13 LAUFZEIT

- (1) Die Vertrag beginnt am _____ und erfolgt für die Dauer von einem Vertragsjahr - mindestens jedoch für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten seit Veröffentlichung des letzten vertragsgegenständlichen Tonträgers.
- (2) Der Tonträgerfirma wird jedoch das Recht eingeräumt, den Vertrag durch Ausübung einer Single-Option auf weitere Aufnahmen desselben Künstlers, ausreichend für jeweils eine Maxi-Single, zu erweitern. Das Optionsrecht ist spätestens drei Monate nach Veröffentlichung der jeweils vorhergehenden Produktion durch schriftliche Erklärung auszuüben.
- (3) Der Tonträgerfirma wird weiterhin das Recht eingeräumt, den Vertrag durch

Ausübung einer LP- Option auf weitere Aufnahmen desselben Künstlers, ausreichend für jeweils ein Studio-Album, zu erweitern. Das Optionsrecht ist spätestens sechs Monate nach Veröffentlichung der jeweils vorhergehenden Produktion durch schriftliche Erklärung auszuüben.

- (4) Im Falle der Optionswahrnehmung gelten die Bedingungen dieses Vertrages auch für die Options-Aufnahmen.
- (5) Dem Produzenten steht ein außerordentliches Recht zur fristlosen Kündigung dieses Vertrages zu,
 1. wenn die Tonträgerfirma mit ihrer Pflicht zur Abrechnung und Zahlung aus diesem Vertrag länger als einen Monat in Verzug gerät und eine vom Produzenten in schriftlicher Form gesetzte Nachfrist von zwei Wochen bei gleichzeitigem Hinweis auf das vereinbarte Kündigungsrecht ergebnislos verstreicht;
 - oder
 2. wenn über das Vermögen der Tonträgerfirma ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren eröffnet oder die Einleitung des Konkursverfahrens mangels Masse abgelehnt oder die Tonträgerfirma liquidiert wird.Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund in sonstigen Fällen bleibt durch diese Regelung unberührt.

§ 14 BILDTONTRÄGER-PRODUKTION

- (1) Die Tonträgerfirma verpflichtet sich, hinsichtlich jeder Single-Veröffentlichung eine Bildtonträger-Produktion (Videoclip) mit einem Mindestbudget von DM _____ herzustellen und zu veröffentlichen. Der Produzent erklärt sich bereit, den Künstler für die Durchführung von Aufnahmen seiner Darbietungen auf Bildtonträger zur Verfügung zu stellen. Der Produzent überträgt hiermit der Tonträgerfirma in entsprechender Anwendung der §§ 2, 3 und 4 (Rechteübertragung, Gewährleistung und Exklusivität) seine sämtlichen Rechte und jene des Künstlers an diesen Bildtonaufnahmen. Der Produzent garantiert, daß er über die vorstehend genannten Rechte frei verfügen kann.
- (2) Soweit die Tonträgerfirma Bildtonaufnahmen durchführt und diese für Werbe- und Promotionszwecke oder im Zusammenhang mit solchen Zwecken verwendet, steht dem Produzenten eine Vergütung nicht zu. Die Tonträger-

firma ist berechtigt, 50% der für die Erstellung eines Promotion-Bildtonträgers (z.B. Videoclip) entstandenen Kosten mit sämtlichen Lizenzbeteiligungen aus der Tonträgerauswertung zu verrechnen.

Sollte eine kommerzielle Verwertung der Bildtonaufnahmen in Form von Videokassetten, Videoplatten, Laser-Discs, CD-ROM, CD-I und dergleichen durch Vertrieb an Endverbraucher nach Art von Tonträgern erfolgen, erhält der Produzent eine Lizenzbeteiligung in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des § 13 nach vorheriger Abdeckung der im Zusammenhang mit der Herstellung der Bildtonaufnahmen aufgewendeten Kosten .

§ 15 BELEGEXEMPLARE

Die Tonträgerfirma stellt dem Produzenten nach Veröffentlichung jeweils ____ (20) ____ Stück Belegexemplare von jedem unter einer eigenen Katalognummer veröffentlichten Tonträger kostenlos zur Verfügung.

§ 16 GRUPPENKLAUSEL

- (1) Falls der vertragsgegenständliche Künstler aus eine Personenmehrheit bildet und während der Vertragsdauer ein oder mehrere Mitglieder der Künstlergruppe aus der Gruppe ausscheiden, wird der Produzent der Tonträgerfirma dies unverzüglich mitteilen.
Im Falle des Ausscheidens eines Gruppenmitglieds ist die Tonträgerfirma berechtigt, diesen Vertrag mit Wirkung zum Ende des laufenden Vertragsjahres zu kündigen. Im Falle der Kündigung endet die persönliche Exklusivbindung. Alle übrigen Rechte und Pflichten, insbesondere das Recht der weiteren, exklusiven Auswertung der Vertragsaufnahmen, die Titelexklusivität und die Verpflichtung zur Abrechnung und Zahlung bleiben unberührt. Die Kündigung ist schriftlich spätestens innerhalb von vier Wochen nach dem personellen Wechsel auszusprechen.
- (2) Im Falle des Ausscheidens eines Gruppenmitglieds ist der Tonträgerfirma hiermit die Option eingeräumt, mit dem Produzenten im Hinblick auf das

ausscheidende Gruppenmitglied einen mit dieser Vereinbarung deckungsgleichen Vertrag abzuschließen - sofern die Tonträgerfirma von ihrem Kündigungsrecht gemäß Absatz (1) keinen Gebrauch gemacht hat.. Die Option ist schriftlich innerhalb einer Frist von sechs Wochen seit der schriftlichen Kundgabe des Ausscheidens auszuüben.

§ 17 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- (1) Dieser Vertrag gibt alle getroffenen Vereinbarungen erschöpfend wieder. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, auf die mündlich auch weder ausdrücklich noch konkludent verzichtet werden kann.
- (2) Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Vertrages als unwirksam erweisen, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Die Parteien werden in diesem Falle die weggefallene Bestimmung in beiderseitigem Einvernehmen durch eine solche zulässige Bestimmung ersetzen, die dem ursprünglich angestrebten Zweck nach wirtschaftlicher Betrachtungsweise am nächsten kommt. Letzteres gilt auch für den Fall einer Vertragslücke.
- (3) Für die Auslegung dieses Vertrages ist auch bei Vorliegen eines Auslandsbezugs ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland heranzuziehen.
- (4) Erfüllungsort ist der Sitz des Produzenten. Soweit beide Parteien Kaufleute sind oder aus sonstigem Grunde eine Gerichtsstandsvereinbarung gesetzlich zulässig ist, ist ausschließlicher Gerichtsstand _____. In allen übrigen Fällen ist _____ der Gerichtsstand des Mahnverfahrens.

Ort, Datum

Ort, Datum

Produzent

Tonträgerfirma

III. Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)

Ausfertigungsdatum: 09.09.1965

Vollzitat:

"Urheberrechtsgesetz vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 83 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 83 G v. 17.12.2008 I 2586

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht

Teil 1

Urheberrecht

Abschnitt 1

Allgemeines

§ 1 Allgemeines

Abschnitt 2

Das Werk

§ 2 Geschützte Werke

§ 3 Bearbeitungen

§ 4 Sammelwerke und Datenbankwerke

§ 5 Amtliche Werke

§ 6 Veröffentlichte und erschienene Werke

Abschnitt 3

Der Urheber

§ 7 Urheber

§ 8 Miturheber

§ 9 Urheber verbundener Werke

§ 10 Vermutung der Urheber- oder Rechtsinhaberschaft

Abschnitt 4

Inhalt des Urheberrechts

Unterabschnitt 1

Allgemeines

§ 11 Allgemeines

Unterabschnitt 2

Urheberpersönlichkeitsrecht

§ 12 Veröffentlichungsrecht

§ 13 Anerkennung der Urheberschaft

§ 14 Entstellung des Werkes

Unterabschnitt 3

Verwertungsrechte

§ 15 Allgemeines

§ 16 Vervielfältigungsrecht

§ 17 Verbreitungsrecht

§ 18 Ausstellungsrecht

§ 19 Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht

§ Recht der öffentlichen Zugänglichmachung
19a

§ 20 Senderecht

§ Europäische Satellitensendung
20a

§ Kabelweitersendung
20b

§ 21 Recht der Wiedergabe durch Bild- oder Tonträger

§ 22 Recht der Wiedergabe von Funksendungen und von öffentlicher
Zugänglichmachung

§ 23 Bearbeitungen und Umgestaltungen

§ 24 Freie Benutzung

Unterabschnitt 4

Sonstige Rechte des Urhebers

§ 25 Zugang zu Werkstücken

§ 26 Folgerecht

§ 27 Vergütung für Vermietung und Verleihen

Abschnitt 5

Rechtsverkehr im Urheberrecht

Unterabschnitt 1

Rechtsnachfolge in das Urheberrecht

§ 28 Vererbung des Urheberrechts

§ 29 Rechtsgeschäfte über das Urheberrecht

§ 30 Rechtsnachfolger des Urhebers

Unterabschnitt 2

Nutzungsrechte

§ 31 Einräumung von Nutzungsrechten

§ 31a Verträge über unbekannte Nutzungsarten

§ 32 Angemessene Vergütung

§ 32a Weitere Beteiligung des Urhebers

§ 32b Zwingende Anwendung

§ 32c Vergütung für später bekannte Nutzungsarten

§ 33 Weiterwirkung von Nutzungsrechten

§ 34 Übertragung von Nutzungsrechten

§ 35 Einräumung weiterer Nutzungsrechte

§ 36 Gemeinsame Vergütungsregeln

§ 36a Schlichtungsstelle

§ 37 Verträge über die Einräumung von Nutzungsrechten

§ 38 Beiträge zu Sammlungen

§ 39 Änderungen des Werkes

§ 40 Verträge über künftige Werke

§ 41 Rückrufsrecht wegen Nichtausübung

§ 42 Rückrufsrecht wegen gewandelter Überzeugung

§ 42a Zwangslizenz zur Herstellung von Tonträgern

§ 43 Urheber in Arbeits- oder Dienstverhältnissen

§ 44 Veräußerung des Originals des Werkes

Abschnitt 6

Schranken des Urheberrechts

- § Vorübergehende Vervielfältigungshandlungen
44a
- § 45 Rechtspflege und öffentliche Sicherheit
- § Behinderte Menschen
45a
- § 46 Sammlungen für Kirchen-, Schul- oder Unterrichtsgebrauch
- § 47 Schulfunksendungen
- § 48 Öffentliche Reden
- § 49 Zeitungsartikel und Rundfunkkommentare
- § 50 Berichterstattung über Tagesereignisse
- § 51 Zitate
- § 52 Öffentliche Wiedergabe
- § Öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung
52a
- § Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen in öffentlichen
52b Bibliotheken, Museen und Archiven
- § 53 Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch
- § Kopienversand auf Bestellung
53a
- § 54 Vergütungspflicht
- § Vergütungshöhe
54a
- § Vergütungspflicht des Händlers oder Importeurs
54b
- § Vergütungspflicht des Betreibers von Ablichtungsgeräten
54c
- § Hinweispflicht
54d
- § Meldepflicht
54e
- § Auskunftspflicht
54f
- § Kontrollbesuch
54g
- § Verwertungsgesellschaften; Handhabung der Mitteilungen
54h
- § 55 Vervielfältigung durch Sendeunternehmen
- § Benutzung eines Datenbankwerkes
55a
- § 56 Vervielfältigung und öffentliche Wiedergabe in Geschäftsbetrieben
- § 57 Unwesentliches Beiwerk
- § 58 Werke in Ausstellungen, öffentlichem Verkauf und öffentlich zugänglichen
Einrichtungen
- § 59 Werke an öffentlichen Plätzen
- § 60 Bildnisse
- § 61 (weggefallen)
- § 62 Änderungsverbot
- § 63 Quellenangabe

§ Gesetzliche Vergütungsansprüche

63a

Abschnitt 7

Dauer des Urheberrechts

§ 64 Allgemeines

§ 65 Miturheber, Filmwerke

§ 66 Anonyme und pseudonyme Werke

§ 67 Lieferungswerke

§ 68 (weggefallen)

§ 69 Berechnung der Fristen

Abschnitt 8

Besondere

Bestimmungen für Computerprogramme

§ 69a Gegenstand des Schutzes

§ 69b Urheber in Arbeits- und Dienstverhältnissen

§ 69c Zustimmungsbefürftige Handlungen

§ 69d Ausnahmen von den zustimmungsbefürftigen Handlungen

§ 69e Dekompilierung

§ 69f Rechtsverletzungen

§ 69g Anwendung sonstiger Rechtsvorschriften; Vertragsrecht

Teil 2

Verwandte Schutzrechte

Abschnitt 1

Schutz bestimmter Ausgaben

§ 70 Wissenschaftliche Ausgaben

§ 71 Nachgelassene Werke

Abschnitt 2

Schutz der Lichtbilder

§ 72 Lichtbilder

Abschnitt 3

Schutz des ausübenden Künstlers

§ 73 Ausübender Künstler

§ 74 Anerkennung als ausübender Künstler

§ 75 Beeinträchtigungen der Darbietung

§ 76 Dauer der Persönlichkeitsrechte

§ 77 Aufnahme, Vervielfältigung und Verbreitung

§ 78 Öffentliche Wiedergabe

§ 79 Nutzungsrechte

§ 80 Gemeinsame Darbietung mehrerer ausübender Künstler

§ 81 Schutz des Veranstalters

§ 82 Dauer der Verwertungsrechte

§ 83 Schranken der Verwertungsrechte

§ 84 (weggefallen)

Abschnitt 4

Schutz des Herstellers von Tonträgern

§ 85 Verwertungsrechte

§ 86 Anspruch auf Beteiligung

Abschnitt 5

Schutz des Sendeunternehmens

§ 87 Sendeunternehmen

Abschnitt 6

Schutz des Datenbankherstellers

§ 87a Begriffsbestimmungen

§ 87b Rechte des Datenbankherstellers

§ 87c Schranken des Rechts des Datenbankherstellers

§ 87d Dauer der Rechte

§ 87e Verträge über die Benutzung einer Datenbank

Teil 3

Besondere Bestimmungen für Filme

Abschnitt 1

Filmwerke

§ 88 Recht zur Verfilmung

§ 89 Rechte am Filmwerk

§ 90 Einschränkung der Rechte

§ 91 (weggefallen)

§ 92 Ausübende Künstler

§ 93 Schutz gegen Entstellung; Namensnennung

§ 94 Schutz des Filmherstellers

Abschnitt 2

Laufbilder

§ 95 Laufbilder

Teil 4

Gemeinsame Bestimmungen für

Urheberrecht und verwandte Schutzrechte

Abschnitt 1

Ergänzende Schutzbestimmungen

§ 95a Schutz technischer Maßnahmen

§ 95b Durchsetzung von Schrankenbestimmungen

§ 95c Schutz der zur Rechtewahrnehmung erforderlichen Informationen

§ 95d Kennzeichnungspflichten

§ 96 Verwertungsverbot

Abschnitt 2

Rechtsverletzungen

Unterabschnitt 1

Bürgerlich-rechtliche Vorschriften; Rechtsweg

§ 97 Anspruch auf Unterlassung und Schadensersatz

§ 97a Abmahnung

§ 98 Anspruch auf Vernichtung, Rückruf und Überlassung

§ 99 Haftung des Inhabers eines Unternehmens

§ 100 Entschädigung

§ 101 Anspruch auf Auskunft

§ 101a Anspruch auf Vorlage und Besichtigung

§ 101b Sicherung von Schadensersatzansprüchen

§ 102 Verjährung

§ 102a Ansprüche aus anderen gesetzlichen Vorschriften

§ 103 Bekanntmachung des Urteils

§ 104 Rechtsweg
§ 105 Gerichte für Urheberrechtsstreitsachen
Unterabschnitt 2
Straf- und Bußgeldvorschriften
§ 106 Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke
§ 107 Unzulässiges Anbringen der Urheberbezeichnung
§ 108 Unerlaubte Eingriffe in verwandte Schutzrechte
§ Gewerbsmäßige unerlaubte Verwertung
108a
§ Unerlaubte Eingriffe in technische Schutzmaßnahmen und zur
108b Rechtewahrnehmung erforderliche Informationen
§ 109 Strafantrag
§ 110 Einziehung
§ 111 Bekanntgabe der Verurteilung
§ Bußgeldvorschriften
111a
Unterabschnitt 3
Vorschriften über Maßnahmen der Zollbehörde
§ 111b Verfahren nach deutschem Recht
§ 111c Verfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003
Abschnitt 3
Zwangsvollstreckung
Unterabschnitt 1
Allgemeines
§ 112 Allgemeines
Unterabschnitt 2
Zwangsvollstreckung wegen
Geldforderungen gegen den Urheber
§ 113 Urheberrecht
§ 114 Originale von Werken
Unterabschnitt 3
Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen
gegen den Rechtsnachfolger des Urhebers
§ 115 Urheberrecht
§ 116 Originale von Werken
§ 117 Testamentsvollstrecker
Unterabschnitt 4
Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen
gegen den Verfasser wissenschaftlicher
Ausgaben und gegen den Lichtbildner
§ 118 Entsprechende Anwendung
Unterabschnitt 5
Zwangsvollstreckung wegen
Geldforderungen in bestimmte Vorrichtungen
§ 119 Zwangsvollstreckung in bestimmte Vorrichtungen
Teil 5
Anwendungsbereich,
Übergangs- und Schlussbestimmungen
Abschnitt 1

Anwendungsbereich des Gesetzes

Unterabschnitt 1

Urheberrecht

§ Deutsche Staatsangehörige und Staatsangehörige anderer EU-Staaten und
120 EWR-Staaten

§ Ausländische Staatsangehörige
121

§ Staatenlose
122

§ Ausländische Flüchtlinge
123

Unterabschnitt 2

Verwandte Schutzrechte

§ 124 Wissenschaftliche Ausgaben und Lichtbilder

§ 125 Schutz des ausübenden Künstlers

§ 126 Schutz des Herstellers von Tonträgern

§ 127 Schutz des Sendeunternehmens

§ 127a Schutz des Datenbankherstellers

§ 128 Schutz des Filmherstellers

Abschnitt 2

Übergangsbestimmungen

§ 129 Werke

§ 130 Übersetzungen

§ 131 Vertonte Sprachwerke

§ 132 Verträge

§ 133 (weggefallen)

§ 134 Urheber

§ 135 Inhaber verwandter Schutzrechte

§ Berechnung der Schutzfrist

135a

§ 136 Vervielfältigung und Verbreitung

§ 137 Übertragung von Rechten

§ Lichtbildwerke

137a

§ Bestimmte Ausgaben

137b

§ Ausübende Künstler

137c

§ Computerprogramme

137d

§ Übergangsregelung bei Umsetzung der Richtlinie 92/100/EWG

137e

§ 137f Übergangsregelung bei Umsetzung der Richtlinie 93/98/EWG

§ Übergangsregelung bei Umsetzung der Richtlinie 96/9/EG

137g

§ Übergangsregelung bei Umsetzung der Richtlinie 93/83/EWG

137h

§ 137i Übergangsregelung zum Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts

§ 137j Übergangsregelung aus Anlass der Umsetzung der Richtlinie 2001/29/EG
§ Übergangsregelung zur öffentlichen Zugänglichmachung für Unterricht und
137k Forschung

§ 137l Übergangsregelung für neue Nutzungsarten

Abschnitt 3

Schlussbestimmungen

§ Register anonymer und pseudonymer Werke

138

§ Änderung der Strafprozessordnung

139

§ Änderung des Gesetzes über das am 6. September 1952 unterzeichnete

140 Welturheberrechtsabkommen

§ Aufgehobene Vorschriften

141

§ (weggefallen)

142

§ Inkrafttreten

143

Teil 1

Urheberrecht

Abschnitt 1

Allgemeines

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 1 Allgemeines

Die Urheber von Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst genießen für ihre Werke Schutz nach Maßgabe dieses Gesetzes.

Abschnitt 2

Das Werk

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 2 Geschützte Werke

(1) Zu den geschützten Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst gehören insbesondere:

1.

Sprachwerke, wie Schriftwerke, Reden und Computerprogramme;

2.

Werke der Musik;

3.

pantomimische Werke einschließlich der Werke der Tanzkunst;

4.

Werke der bildenden Künste einschließlich der Werke der Baukunst und der angewandten Kunst und Entwürfe solcher Werke;

5.

Lichtbildwerke einschließlich der Werke, die ähnlich wie Lichtbildwerke geschaffen werden;

6.

Filmwerke einschließlich der Werke, die ähnlich wie Filmwerke geschaffen werden;

7.

Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art, wie Zeichnungen, Pläne, Karten, Skizzen, Tabellen und plastische Darstellungen.

(2) Werke im Sinne dieses Gesetzes sind nur persönliche geistige Schöpfungen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 3 Bearbeitungen

Übersetzungen und andere Bearbeitungen eines Werkes, die persönliche geistige Schöpfungen des Bearbeiters sind, werden unbeschadet des Urheberrechts am bearbeiteten Werk wie selbständige Werke geschützt. Die nur unwesentliche Bearbeitung eines nicht geschützten Werkes der Musik wird nicht als selbständiges Werk geschützt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 4 Sammelwerke und Datenbankwerke

(1) Sammlungen von Werken, Daten oder anderen unabhängigen Elementen, die aufgrund der Auswahl oder Anordnung der Elemente eine persönliche geistige Schöpfung sind (Sammelwerke), werden, unbeschadet eines an den einzelnen Elementen gegebenenfalls bestehenden Urheberrechts oder verwandten Schutzrechts, wie selbständige Werke geschützt.

(2) Datenbankwerk im Sinne dieses Gesetzes ist ein Sammelwerk, dessen Elemente systematisch oder methodisch angeordnet und einzeln mit Hilfe elektronischer Mittel oder auf andere Weise zugänglich sind. Ein zur Schaffung des Datenbankwerkes oder zur Ermöglichung des Zugangs zu dessen Elementen verwendetes Computerprogramm (§ 69a) ist nicht Bestandteil des Datenbankwerkes.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 5 Amtliche Werke

(1) Gesetze, Verordnungen, amtliche Erlasse und Bekanntmachungen sowie Entscheidungen und amtlich verfaßte Leitsätze zu Entscheidungen genießen keinen urheberrechtlichen Schutz.

(2) Das gleiche gilt für andere amtliche Werke, die im amtlichen Interesse zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht worden sind, mit der Einschränkung, daß die Bestimmungen über Änderungsverbot und Quellenangabe in § 62 Abs. 1 bis 3 und § 63 Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden sind.

(3) Das Urheberrecht an privaten Normwerken wird durch die Absätze 1 und 2 nicht berührt, wenn Gesetze, Verordnungen, Erlasse oder amtliche Bekanntmachungen auf sie verweisen, ohne ihren Wortlaut wiederzugeben. In diesem Fall ist der Urheber verpflichtet, jedem Verleger zu angemessenen Bedingungen ein Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung einzuräumen. Ist ein Dritter Inhaber des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung und Verbreitung, so ist dieser zur Einräumung des Nutzungsrechts nach Satz 2 verpflichtet.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 6 Veröffentlichte und erschienene Werke

(1) Ein Werk ist veröffentlicht, wenn es mit Zustimmung des Berechtigten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist.

(2) Ein Werk ist erschienen, wenn mit Zustimmung des Berechtigten Vervielfältigungsstücke des Werkes nach ihrer Herstellung in genügender Anzahl der Öffentlichkeit angeboten oder in Verkehr gebracht worden sind. Ein Werk der bildenden Künste gilt auch dann als erschienen, wenn das Original oder ein Vervielfältigungsstück des Werkes mit Zustimmung des Berechtigten bleibend der Öffentlichkeit zugänglich ist.

Abschnitt 3

Der Urheber

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 7 Urheber

Urheber ist der Schöpfer des Werkes.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 8 Miturheber

(1) Haben mehrere ein Werk gemeinsam geschaffen, ohne daß sich ihre Anteile gesondert verwerten lassen, so sind sie Miturheber des Werkes.

(2) Das Recht zur Veröffentlichung und zur Verwertung des Werkes steht den Miturhebern zur gesamten Hand zu; Änderungen des Werkes sind nur mit Einwilligung der Miturheber zulässig. Ein Miturheber darf jedoch seine Einwilligung zur Veröffentlichung, Verwertung oder Änderung nicht wider Treu und Glauben verweigern. Jeder Miturheber ist berechtigt, Ansprüche aus Verletzungen des gemeinsamen Urheberrechts geltend zu machen; er kann jedoch nur Leistung an alle Miturheber verlangen.

(3) Die Erträgnisse aus der Nutzung des Werkes gebühren den Miturhebern nach dem Umfang ihrer Mitwirkung an der Schöpfung des Werkes, wenn nichts anderes zwischen den Miturhebern vereinbart ist.

(4) Ein Miturheber kann auf seinen Anteil an den Verwertungsrechten (§ 15) verzichten. Der Verzicht ist den anderen Miturhebern gegenüber zu erklären. Mit der Erklärung wächst der Anteil den anderen Miturhebern zu.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 9 Urheber verbundener Werke

Haben mehrere Urheber ihre Werke zu gemeinsamer Verwertung miteinander verbunden, so kann jeder vom anderen die Einwilligung zur Veröffentlichung, Verwertung und Änderung der verbundenen Werke verlangen, wenn die Einwilligung dem anderen nach Treu und Glauben zuzumuten ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 10 Vermutung der Urheber- oder Rechtsinhaberschaft

(1) Wer auf den Vervielfältigungsstücken eines erschienenen Werkes oder auf dem Original eines Werkes der bildenden Künste in der üblichen Weise als Urheber bezeichnet ist, wird bis zum Beweis des Gegenteils als Urheber des Werkes angesehen; dies gilt auch für eine Bezeichnung, die als Deckname oder Künstlerzeichen des Urhebers bekannt ist.

(2) Ist der Urheber nicht nach Absatz 1 bezeichnet, so wird vermutet, daß derjenige ermächtigt ist, die Rechte des Urhebers geltend zu machen, der auf den Vervielfältigungsstücken des Werkes als Herausgeber bezeichnet ist. Ist kein Herausgeber angegeben, so wird vermutet, daß der Verleger ermächtigt ist.

(3) Für die Inhaber ausschließlicher Nutzungsrechte gilt die Vermutung des Absatzes 1 entsprechend, soweit es sich um Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes handelt oder Unterlassungsansprüche geltend gemacht werden. Die Vermutung gilt nicht im Verhältnis zum Urheber oder zum ursprünglichen Inhaber des verwandten Schutzrechts.

Abschnitt 4

Inhalt des Urheberrechts

Unterabschnitt 1

Allgemeines

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 11 Allgemeines

Das Urheberrecht schützt den Urheber in seinen geistigen und persönlichen Beziehungen zum Werk und in der Nutzung des Werkes. Es dient zugleich der Sicherung einer angemessenen Vergütung für die Nutzung des Werkes.

Unterabschnitt 2

Urheberpersönlichkeitsrecht

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 12 Veröffentlichungsrecht

(1) Der Urheber hat das Recht zu bestimmen, ob und wie sein Werk zu veröffentlichen ist.

(2) Dem Urheber ist es vorbehalten, den Inhalt seines Werkes öffentlich mitzuteilen oder zu beschreiben, solange weder das Werk noch der wesentliche Inhalt oder eine Beschreibung des Werkes mit seiner Zustimmung veröffentlicht ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 13 Anerkennung der Urheberschaft

Der Urheber hat das Recht auf Anerkennung seiner Urheberschaft am Werk. Er kann bestimmen, ob das Werk mit einer Urheberbezeichnung zu versehen und welche Bezeichnung zu verwenden ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 14 Entstellung des Werkes

Der Urheber hat das Recht, eine Entstellung oder eine andere Beeinträchtigung seines Werkes zu verbieten, die geeignet ist, seine berechtigten geistigen oder persönlichen Interessen am Werk zu gefährden.

Unterabschnitt 3

Verwertungsrechte

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 15 Allgemeines

(1) Der Urheber hat das ausschließliche Recht, sein Werk in körperlicher Form zu verwerten; das Recht umfaßt insbesondere

1.

das Vervielfältigungsrecht (§ 16),

2.

das Verbreitungsrecht (§ 17),

3.

das Ausstellungsrecht (§ 18).

(2) Der Urheber hat ferner das ausschließliche Recht, sein Werk in unkörperlicher Form öffentlich wiederzugeben (Recht der öffentlichen Wiedergabe). Das Recht der öffentlichen Wiedergabe umfaßt insbesondere

1.

das Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht (§ 19),

2.

das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung (§ 19a),

3.

das Senderecht (§ 20),

4.

das Recht der Wiedergabe durch Bild- oder Tonträger (§ 21),

5.

das Recht der Wiedergabe von Funksendungen und von öffentlicher

Zugänglichmachung (§ 22).

(3) Die Wiedergabe ist öffentlich, wenn sie für eine Mehrzahl von Mitgliedern der Öffentlichkeit bestimmt ist. Zur Öffentlichkeit gehört jeder, der nicht mit demjenigen, der das Werk verwertet, oder mit den anderen Personen, denen das Werk in unkörperlicher Form wahrnehmbar oder zugänglich gemacht wird, durch persönliche Beziehungen verbunden ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 16 Vervielfältigungsrecht

(1) Das Vervielfältigungsrecht ist das Recht, Vervielfältigungsstücke des Werkes herzustellen, gleichviel ob vorübergehend oder dauerhaft, in welchem Verfahren und in welcher Zahl.

(2) Eine Vervielfältigung ist auch die Übertragung des Werkes auf Vorrichtungen zur wiederholbaren Wiedergabe von Bild- oder Tonfolgen (Bild- oder Tonträger), gleichviel, ob es sich um die Aufnahme einer Wiedergabe des Werkes auf einen Bild- oder Tonträger oder um die Übertragung des Werkes von einem Bild- oder Tonträger auf einen anderen handelt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 17 Verbreitungsrecht

(1) Das Verbreitungsrecht ist das Recht, das Original oder Vervielfältigungsstücke des Werkes der Öffentlichkeit anzubieten oder in Verkehr zu bringen.

(2) Sind das Original oder Vervielfältigungsstücke des Werkes mit Zustimmung des zur Verbreitung Berechtigten im Gebiet der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum im Wege der Veräußerung in Verkehr gebracht worden, so ist ihre Weiterverbreitung mit Ausnahme der Vermietung zulässig.

(3) Vermietung im Sinne der Vorschriften dieses Gesetzes ist die zeitlich begrenzte, unmittelbar oder mittelbar Erwerbszwecken dienende Gebrauchsüberlassung. Als Vermietung gilt jedoch nicht die Überlassung von Originalen oder Vervielfältigungsstücken

1.

von Bauwerken und Werken der angewandten Kunst oder

2.

im Rahmen eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses zu dem ausschließlichen Zweck, bei der Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis benutzt zu werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 18 Ausstellungsrecht

Das Ausstellungsrecht ist das Recht, das Original oder Vervielfältigungsstücke eines unveröffentlichten Werkes der bildenden Künste oder eines unveröffentlichten Lichtbildwerkes öffentlich zur Schau zu stellen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 19 Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht

(1) Das Vortragsrecht ist das Recht, ein Sprachwerk durch persönliche Darbietung öffentlich zu Gehör zu bringen.

(2) Das Aufführungsrecht ist das Recht, ein Werk der Musik durch persönliche Darbietung öffentlich zu Gehör zu bringen oder ein Werk öffentlich bühnenmäßig darzustellen.

(3) Das Vortrags- und das Aufführungsrecht umfassen das Recht, Vorträge und Aufführungen außerhalb des Raumes, in dem die persönliche Darbietung stattfindet, durch Bildschirm, Lautsprecher oder ähnliche technische Einrichtungen öffentlich wahrnehmbar zu machen.

(4) Das Vorführungsrecht ist das Recht, ein Werk der bildenden Künste, ein Lichtbildwerk, ein Filmwerk oder Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art durch technische Einrichtungen öffentlich wahrnehmbar zu machen. Das Vorführungsrecht umfaßt nicht das Recht, die Funksendung oder öffentliche Zugänglichmachung solcher Werke öffentlich wahrnehmbar zu machen (§ 22).

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 19a Recht der öffentlichen Zugänglichmachung

Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung ist das Recht, das Werk drahtgebunden oder drahtlos der Öffentlichkeit in einer Weise zugänglich zu machen, dass es Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 20 Senderecht

Das Senderecht ist das Recht, das Werk durch Funk, wie Ton- und Fernseh Rundfunk, Satellitenrundfunk, Kabelfunk oder ähnliche technische Mittel, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 20a Europäische Satellitensendung

(1) Wird eine Satellitensendung innerhalb des Gebietes eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ausgeführt, so gilt sie ausschließlich als in diesem Mitgliedstaat oder Vertragsstaat erfolgt.

(2) Wird eine Satellitensendung im Gebiet eines Staates ausgeführt, der weder Mitgliedstaat der Europäischen Union noch Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist und in dem für das Recht der Satellitensendung das in Kapitel II der Richtlinie 93/83/EWG des Rates vom 27. September 1993 zur Koordinierung bestimmter urheber- und leistungsschutzrechtlicher Vorschriften betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung (ABl. EG Nr. L 248 S. 15) vorgesehene Schutzniveau nicht gewährleistet ist, so gilt sie als in dem Mitgliedstaat oder Vertragsstaat erfolgt,

1.

in dem die Erdfunkstation liegt, von der aus die programmtragenden Signale zum Satelliten geleitet werden, oder

2.

in dem das Sendeunternehmen seine Niederlassung hat, wenn die Voraussetzung nach Nummer 1 nicht gegeben ist.

Das Senderecht ist im Fall der Nummer 1 gegenüber dem Betreiber der Erdfunkstation, im Fall der Nummer 2 gegenüber dem Sendeunternehmen geltend zu machen.

(3) Satellitensendung im Sinne von Absatz 1 und 2 ist die unter der Kontrolle und Verantwortung des Sendeunternehmens stattfindende Eingabe der für den öffentlichen Empfang bestimmten programmtragenden Signale in eine ununterbrochene Übertragungskette, die zum Satelliten und zurück zur Erde führt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 20b Kabelweitersendung

(1) Das Recht, ein gesendetes Werk im Rahmen eines zeitgleich, unverändert und vollständig weiterübertragenen Programms durch Kabelsysteme oder Mikrowellensysteme weiterzusenden (Kabelweitersendung), kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden. Dies gilt nicht für Rechte, die ein Sendeunternehmen in Bezug auf seine Sendungen geltend macht.

(2) Hat der Urheber das Recht der Kabelweitersendung einem Sendeunternehmen oder einem Tonträger- oder Filmhersteller eingeräumt, so hat das Kabelunternehmen gleichwohl dem Urheber eine angemessene Vergütung für die Kabelweitersendung zu zahlen. Auf den Vergütungsanspruch kann nicht verzichtet werden. Er kann im voraus nur an eine Verwertungsgesellschaft abgetreten und nur durch eine solche geltend gemacht werden. Diese Regelung steht Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und gemeinsamen Vergütungsregeln von Sendeunternehmen nicht entgegen, soweit dadurch dem Urheber eine angemessene Vergütung für jede Kabelweitersendung eingeräumt wird.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 21 Recht der Wiedergabe durch Bild- oder Tonträger

Das Recht der Wiedergabe durch Bild- oder Tonträger ist das Recht, Vorträge oder Aufführungen des Werkes mittels Bild- oder Tonträger öffentlich wahrnehmbar zu machen. § 19 Abs. 3 gilt entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 22 Recht der Wiedergabe von Funksendungen und von öffentlicher Zugänglichmachung

Das Recht der Wiedergabe von Funksendungen und der Wiedergabe von öffentlicher Zugänglichmachung ist das Recht, Funksendungen und auf öffentlicher Zugänglichmachung beruhende Wiedergaben des Werkes durch Bildschirm, Lautsprecher oder ähnliche technische Einrichtungen öffentlich wahrnehmbar zu machen. § 19 Abs. 3 gilt entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 23 Bearbeitungen und Umgestaltungen

Bearbeitungen oder andere Umgestaltungen des Werkes dürfen nur mit Einwilligung des Urhebers des bearbeiteten oder umgestalteten Werkes veröffentlicht oder verwertet werden. Handelt es sich um eine Verfilmung des Werkes, um die Ausführung von Plänen und Entwürfen eines Werkes der bildenden Künste, um den Nachbau eines Werkes der Baukunst oder um die Bearbeitung oder Umgestaltung eines Datenbankwerkes, so bedarf bereits das Herstellen der Bearbeitung oder Umgestaltung der Einwilligung des Urhebers.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 24 Freie Benutzung

(1) Ein selbständiges Werk, das in freier Benutzung des Werkes eines anderen geschaffen worden ist, darf ohne Zustimmung des Urhebers des benutzten Werkes veröffentlicht und verwertet werden.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Benutzung eines Werkes der Musik, durch welche eine Melodie erkennbar dem Werk entnommen und einem neuen Werk zugrunde gelegt wird.

Unterabschnitt 4

Sonstige Rechte des Urhebers

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 25 Zugang zu Werkstücken

(1) Der Urheber kann vom Besitzer des Originals oder eines Vervielfältigungsstückes seines Werkes verlangen, daß er ihm das Original oder das Vervielfältigungsstück zugänglich macht, soweit dies zur Herstellung von Vervielfältigungsstücken oder Bearbeitungen des Werkes erforderlich ist und nicht berechnete Interessen des Besitzers entgegenstehen.

(2) Der Besitzer ist nicht verpflichtet, das Original oder das Vervielfältigungsstück dem Urheber herauszugeben.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 26 Folgerecht

(1) Wird das Original eines Werkes der bildenden Künste oder eines Lichtbildwerkes weiterveräußert und ist hieran ein Kunsthändler oder Versteigerer als Erwerber, Veräußerer oder Vermittler beteiligt, so hat der Veräußerer dem Urheber einen Anteil des Veräußerungserlöses zu entrichten. Als Veräußerungserlös im Sinne des Satzes 1 gilt der Verkaufspreis ohne Steuern. Ist der Veräußerer eine Privatperson, so haftet der als Erwerber oder Vermittler beteiligte Kunsthändler oder Versteigerer neben ihm als Gesamtschuldner; im Verhältnis zueinander ist der Veräußerer allein verpflichtet. Die Verpflichtung nach Satz 1 entfällt, wenn der Veräußerungserlös weniger als 400 Euro beträgt.

(2) Die Höhe des Anteils des Veräußerungserlöses beträgt:

1.

4 Prozent für den Teil des Veräußerungserlöses bis zu 50.000 Euro,

2.

3 Prozent für den Teil des Veräußerungserlöses von 50.000,01 bis 200.000 Euro,

3.

1 Prozent für den Teil des Veräußerungserlöses von 200.000,01 bis 350.000 Euro,

4.

0,5 Prozent für den Teil des Veräußerungserlöses von 350.000,01 bis 500.000 Euro,

5.

0,25 Prozent für den Teil des Veräußerungserlöses über 500.000 Euro.

Der Gesamtbetrag der Folgerechtsvergütung aus einer Weiterveräußerung beträgt höchstens 12.500 Euro.

(3) Das Folgerecht ist unveräußerlich. Der Urheber kann auf seinen Anteil im Voraus nicht verzichten.

(4) Der Urheber kann von einem Kunsthändler oder Versteigerer Auskunft darüber verlangen, welche Originale von Werken des Urhebers innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Auskunftersuchen unter Beteiligung des Kunsthändlers oder Versteigerers weiterveräußert wurden.

(5) Der Urheber kann, soweit dies zur Durchsetzung seines Anspruchs gegen den Veräußerer erforderlich ist, von dem Kunsthändler oder Versteigerer Auskunft über den Namen und die Anschrift des Veräußerers sowie über die Höhe des Veräußerungserlöses verlangen. Der Kunsthändler oder Versteigerer darf die Auskunft über Namen und Anschrift des Veräußerers verweigern, wenn er dem Urheber den Anteil entrichtet.

(6) Die Ansprüche nach den Absätzen 4 und 5 können nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

(7) Bestehen begründete Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit einer Auskunft nach Absatz 4 oder 5, so kann die Verwertungsgesellschaft verlangen, dass nach Wahl des Auskunftspflichtigen ihr oder einem von ihm zu bestimmenden Wirtschaftsprüfer oder vereidigten Buchprüfer Einsicht in die Geschäftsbücher oder sonstige Urkunden so weit gewährt wird, wie dies zur Feststellung der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Auskunft erforderlich ist. Erweist sich die Auskunft als unrichtig oder unvollständig, so hat der Auskunftspflichtige die Kosten der Prüfung zu erstatten.

(8) Die vorstehenden Bestimmungen sind auf Werke der Baukunst und der angewandten Kunst nicht anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 27 Vergütung für Vermietung und Verleihen

(1) Hat der Urheber das Vermietrecht (§ 17) an einem Bild- oder Tonträger dem Tonträger- oder Filmhersteller eingeräumt, so hat der Vermieter gleichwohl dem Urheber eine angemessene Vergütung für die Vermietung zu zahlen. Auf den Vergütungsanspruch kann nicht verzichtet werden. Er kann im voraus nur an eine Verwertungsgesellschaft abgetreten werden.

(2) Für das Verleihen von Originalen oder Vervielfältigungsstücken eines Werkes, deren Weiterverbreitung nach § 17 Abs. 2 zulässig ist, ist dem Urheber eine angemessene Vergütung zu zahlen, wenn die Originale oder Vervielfältigungsstücke durch eine der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung (Bücherei, Sammlung von Bild- oder Tonträgern oder anderer Originale oder Vervielfältigungsstücke) verliehen werden. Verleihen im Sinne von Satz 1 ist die zeitlich begrenzte, weder unmittelbar noch mittelbar Erwerbszwecken dienende Gebrauchsüberlassung; § 17 Abs. 3 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

(3) Die Vergütungsansprüche nach den Absätzen 1 und 2 können nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Abschnitt 5

Rechtsverkehr im Urheberrecht

Unterabschnitt 1

Rechtsnachfolge in das Urheberrecht

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 28 Vererbung des Urheberrechts

(1) Das Urheberrecht ist vererblich.

(2) Der Urheber kann durch letztwillige Verfügung die Ausübung des Urheberrechts einem Testamentsvollstrecker übertragen. § 2210 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist nicht anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 29 Rechtsgeschäfte über das Urheberrecht

(1) Das Urheberrecht ist nicht übertragbar, es sei denn, es wird in Erfüllung einer Verfügung von Todes wegen oder an Miterben im Wege der Erbauseinandersetzung übertragen.

(2) Zulässig sind die Einräumung von Nutzungsrechten (§ 31), schuldrechtliche Einwilligungen und Vereinbarungen zu Verwertungsrechten sowie die in § 39 geregelten Rechtsgeschäfte über Urheberpersönlichkeitsrechte.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 30 Rechtsnachfolger des Urhebers

Der Rechtsnachfolger des Urhebers hat die dem Urheber nach diesem Gesetz zustehenden Rechte, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Unterabschnitt 2

Nutzungsrechte

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 31 Einräumung von Nutzungsrechten

(1) Der Urheber kann einem anderen das Recht einräumen, das Werk auf einzelne oder alle Nutzungsarten zu nutzen (Nutzungsrecht). Das Nutzungsrecht kann als einfaches oder ausschließliches Recht sowie räumlich, zeitlich oder inhaltlich beschränkt eingeräumt werden.

(2) Das einfache Nutzungsrecht berechtigt den Inhaber, das Werk auf die erlaubte Art zu nutzen, ohne dass eine Nutzung durch andere ausgeschlossen ist.

(3) Das ausschließliche Nutzungsrecht berechtigt den Inhaber, das Werk unter

Ausschluss aller anderen Personen auf die ihm erlaubte Art zu nutzen und Nutzungsrechte einzuräumen. Es kann bestimmt werden, dass die Nutzung durch den Urheber vorbehalten bleibt. § 35 bleibt unberührt.

(4) (weggefallen)

(5) Sind bei der Einräumung eines Nutzungsrechts die Nutzungsarten nicht ausdrücklich einzeln bezeichnet, so bestimmt sich nach dem von beiden Partnern zugrunde gelegten Vertragszweck, auf welche Nutzungsarten es sich erstreckt. Entsprechendes gilt für die Frage, ob ein Nutzungsrecht eingeräumt wird, ob es sich um ein einfaches oder ausschließliches Nutzungsrecht handelt, wie weit Nutzungsrecht und Verbotsrecht reichen und welchen Einschränkungen das Nutzungsrecht unterliegt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 31a Verträge über unbekannte Nutzungsarten

(1) Ein Vertrag, durch den der Urheber Rechte für unbekannte Nutzungsarten einräumt oder sich dazu verpflichtet, bedarf der Schriftform. Der Schriftform bedarf es nicht, wenn der Urheber unentgeltlich ein einfaches Nutzungsrecht für jedermann einräumt. Der Urheber kann diese Rechtseinräumung oder die Verpflichtung hierzu widerrufen. Das Widerrufsrecht erlischt nach Ablauf von drei Monaten, nachdem der andere die Mitteilung über die beabsichtigte Aufnahme der neuen Art der Werknutzung an den Urheber unter der ihm zuletzt bekannten Anschrift abgesendet hat.

(2) Das Widerrufsrecht entfällt, wenn sich die Parteien nach Bekanntwerden der neuen Nutzungsart auf eine Vergütung nach § 32c Abs. 1 geeinigt haben. Das Widerrufsrecht entfällt auch, wenn die Parteien die Vergütung nach einer gemeinsamen Vergütungsregel vereinbart haben. Es erlischt mit dem Tod des Urhebers.

(3) Sind mehrere Werke oder Werkbeiträge zu einer Gesamtheit zusammengefasst, die sich in der neuen Nutzungsart in angemessener Weise nur unter Verwendung sämtlicher Werke oder Werkbeiträge verwerten lässt, so kann der Urheber das Widerrufsrecht nicht wider Treu und Glauben ausüben.

(4) Auf die Rechte nach den Absätzen 1 bis 3 kann im Voraus nicht verzichtet werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 32 Angemessene Vergütung

(1) Der Urheber hat für die Einräumung von Nutzungsrechten und die Erlaubnis zur Werknutzung Anspruch auf die vertraglich vereinbarte Vergütung. Ist die Höhe der Vergütung nicht bestimmt, gilt die angemessene Vergütung als vereinbart. Soweit die vereinbarte Vergütung nicht angemessen ist, kann der Urheber von seinem Vertragspartner die Einwilligung in die Änderung des Vertrages verlangen, durch die dem Urheber die angemessene Vergütung gewährt wird.

(2) Eine nach einer gemeinsamen Vergütungsregel (§ 36) ermittelte Vergütung ist angemessen. Im Übrigen ist die Vergütung angemessen, wenn sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses dem entspricht, was im Geschäftsverkehr nach Art und Umfang der eingeräumten Nutzungsmöglichkeit, insbesondere nach Dauer und Zeitpunkt der Nutzung, unter Berücksichtigung aller Umstände üblicher- und redlicherweise zu leisten ist.

(3) Auf eine Vereinbarung, die zum Nachteil des Urhebers von den Absätzen 1 und 2 abweicht, kann der Vertragspartner sich nicht berufen. Die in Satz 1 bezeichneten Vorschriften finden auch Anwendung, wenn sie durch anderweitige Gestaltungen umgangen werden. Der Urheber kann aber unentgeltlich ein einfaches Nutzungsrecht für jedermann einräumen.

(4) Der Urheber hat keinen Anspruch nach Absatz 1 Satz 3, soweit die Vergütung für die Nutzung seiner Werke tarifvertraglich bestimmt ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 32a Weitere Beteiligung des Urhebers

(1) Hat der Urheber einem anderen ein Nutzungsrecht zu Bedingungen eingeräumt, die dazu führen, dass die vereinbarte Gegenleistung unter Berücksichtigung der gesamten Beziehungen des Urhebers zu dem anderen in einem auffälligen Missverhältnis zu den Erträgen und Vorteilen aus der Nutzung des Werkes steht, so ist der andere auf Verlangen des Urhebers verpflichtet, in eine Änderung des Vertrages einzuwilligen, durch die dem Urheber eine den Umständen nach weitere angemessene Beteiligung gewährt wird. Ob die Vertragspartner die Höhe der erzielten Erträge oder Vorteile vorhergesehen haben oder hätten vorhersehen können, ist unerheblich.

(2) Hat der andere das Nutzungsrecht übertragen oder weitere Nutzungsrechte eingeräumt und ergibt sich das auffällige Missverhältnis aus den Erträgen oder Vorteilen eines Dritten, so haftet dieser dem Urheber unmittelbar nach Maßgabe des Absatzes 1 unter Berücksichtigung der vertraglichen Beziehungen in der Lizenzkette. Die Haftung des anderen entfällt.

(3) Auf die Ansprüche nach den Absätzen 1 und 2 kann im Voraus nicht verzichtet werden. Die Anwartschaft hierauf unterliegt nicht der Zwangsvollstreckung; eine Verfügung über die Anwartschaft ist unwirksam. Der Urheber kann aber unentgeltlich ein einfaches Nutzungsrecht für jedermann einräumen.

(4) Der Urheber hat keinen Anspruch nach Absatz 1, soweit die Vergütung nach einer gemeinsamen Vergütungsregel (§ 36) oder tarifvertraglich bestimmt worden ist und ausdrücklich eine weitere angemessene Beteiligung für den Fall des Absatzes 1 vorsieht.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 32b Zwingende Anwendung

Die §§ 32 und 32a finden zwingend Anwendung

1.

wenn auf den Nutzungsvertrag mangels einer Rechtswahl deutsches Recht anzuwenden wäre oder

2.

soweit Gegenstand des Vertrages maßgebliche Nutzungshandlungen im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes sind.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 32c Vergütung für später bekannte Nutzungsarten

(1) Der Urheber hat Anspruch auf eine gesonderte angemessene Vergütung, wenn der Vertragspartner eine neue Art der Werknutzung nach § 31a aufnimmt, die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses vereinbart, aber noch unbekannt war. § 32 Abs. 2 und 4 gilt entsprechend. Der Vertragspartner hat den Urheber über die Aufnahme der neuen Art der Werknutzung unverzüglich zu unterrichten.

(2) Hat der Vertragspartner das Nutzungsrecht einem Dritten übertragen, haftet der Dritte mit der Aufnahme der neuen Art der Werknutzung für die Vergütung nach Absatz 1. Die Haftung des Vertragspartners entfällt.

(3) Auf die Rechte nach den Absätzen 1 und 2 kann im Voraus nicht verzichtet werden. Der Urheber kann aber unentgeltlich ein einfaches Nutzungsrecht für jedermann einräumen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 33 Weiterwirkung von Nutzungsrechten

Ausschließliche und einfache Nutzungsrechte bleiben gegenüber später

eingräumten Nutzungsrechten wirksam. Gleiches gilt, wenn der Inhaber des Rechts, der das Nutzungsrecht eingeräumt hat, wechselt oder wenn er auf sein Recht verzichtet.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 34 Übertragung von Nutzungsrechten

(1) Ein Nutzungsrecht kann nur mit Zustimmung des Urhebers übertragen werden. Der Urheber darf die Zustimmung nicht wider Treu und Glauben verweigern.

(2) Werden mit dem Nutzungsrecht an einem Sammelwerk (§ 4) Nutzungsrechte an den in das Sammelwerk aufgenommenen einzelnen Werken übertragen, so genügt die Zustimmung des Urhebers des Sammelwerkes.

(3) Ein Nutzungsrecht kann ohne Zustimmung des Urhebers übertragen werden, wenn die Übertragung im Rahmen der Gesamtveräußerung eines Unternehmens oder der Veräußerung von Teilen eines Unternehmens geschieht. Der Urheber kann das Nutzungsrecht zurückrufen, wenn ihm die Ausübung des Nutzungsrechts durch den Erwerber nach Treu und Glauben nicht zuzumuten ist. Satz 2 findet auch dann Anwendung, wenn sich die Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen des Inhabers des Nutzungsrechts wesentlich ändern.

(4) Der Erwerber des Nutzungsrechts haftet gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der sich aus dem Vertrag mit dem Urheber ergebenden Verpflichtungen des Veräußerers, wenn der Urheber der Übertragung des Nutzungsrechts nicht im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt hat.

(5) Der Urheber kann auf das Rückrufsrecht und die Haftung des Erwerbers im Voraus nicht verzichten. Im Übrigen können der Inhaber des Nutzungsrechts und der Urheber Abweichendes vereinbaren.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 35 Einräumung weiterer Nutzungsrechte

(1) Der Inhaber eines ausschließlichen Nutzungsrechts kann weitere Nutzungsrechte nur mit Zustimmung des Urhebers einräumen. Der Zustimmung bedarf es nicht, wenn das ausschließliche Nutzungsrecht nur zur Wahrnehmung der Belange des Urhebers eingeräumt ist.

(2) Die Bestimmungen in § 34 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und Absatz 5 Satz 2 sind entsprechend anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 36 Gemeinsame Vergütungsregeln

(1) Zur Bestimmung der Angemessenheit von Vergütungen nach § 32 stellen Vereinigungen von Urhebern mit Vereinigungen von Werknutzern oder einzelnen Werknutzern gemeinsame Vergütungsregeln auf. Die gemeinsamen Vergütungsregeln sollen die Umstände des jeweiligen Regelungsbereichs berücksichtigen, insbesondere die Struktur und Größe der Verwerter. In Tarifverträgen enthaltene Regelungen gehen gemeinsamen Vergütungsregeln vor.

(2) Vereinigungen nach Absatz 1 müssen repräsentativ, unabhängig und zur Aufstellung gemeinsamer Vergütungsregeln ermächtigt sein.

(3) Ein Verfahren zur Aufstellung gemeinsamer Vergütungsregeln vor der Schlichtungsstelle (§ 36a) findet statt, wenn die Parteien dies vereinbaren. Das Verfahren findet auf schriftliches Verlangen einer Partei statt, wenn

1.

die andere Partei nicht binnen drei Monaten, nachdem eine Partei schriftlich die Aufnahme von Verhandlungen verlangt hat, Verhandlungen über gemeinsame Vergütungsregeln beginnt,

2.

Verhandlungen über gemeinsame Vergütungsregeln ein Jahr, nachdem schriftlich

ihre Aufnahme verlangt worden ist, ohne Ergebnis bleiben oder

3.

eine Partei die Verhandlungen endgültig für gescheitert erklärt hat.

(4) Die Schlichtungsstelle hat den Parteien einen begründeten Einigungsvorschlag zu machen, der den Inhalt der gemeinsamen Vergütungsregeln enthält. Er gilt als angenommen, wenn ihm nicht innerhalb von drei Monaten nach Empfang des Vorschlages schriftlich widersprochen wird.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 36a Schlichtungsstelle

(1) Zur Aufstellung gemeinsamer Vergütungsregeln bilden Vereinigungen von Urhebern mit Vereinigungen von Werknutzern oder einzelnen Werknutzern eine Schlichtungsstelle, wenn die Parteien dies vereinbaren oder eine Partei die Durchführung des Schlichtungsverfahrens verlangt.

(2) Die Schlichtungsstelle besteht aus einer gleichen Anzahl von Beisitzern, die jeweils von einer Partei bestellt werden, und einem unparteiischen Vorsitzenden, auf dessen Person sich beide Parteien einigen sollen.

(3) Kommt eine Einigung über die Person des Vorsitzenden nicht zustande, so bestellt ihn das nach § 1062 der Zivilprozessordnung zuständige Oberlandesgericht. Das Oberlandesgericht entscheidet auch, wenn keine Einigung über die Zahl der Beisitzer erzielt wird. Für das Verfahren vor dem Oberlandesgericht gelten die §§ 1063, 1065 der Zivilprozessordnung entsprechend.

(4) Das Verlangen auf Durchführung des Schlichtungsverfahrens gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 muss einen Vorschlag über die Aufstellung gemeinsamer Vergütungsregeln enthalten.

(5) Die Schlichtungsstelle fasst ihren Beschluss nach mündlicher Beratung mit Stimmenmehrheit. Die Beschlussfassung erfolgt zunächst unter den Beisitzern; kommt eine Stimmenmehrheit nicht zustande, so nimmt der Vorsitzende nach weiterer Beratung an der erneuten Beschlussfassung teil. Benennt eine Partei keine Mitglieder oder bleiben die von einer Partei genannten Mitglieder trotz rechtzeitiger Einladung der Sitzung fern, so entscheiden der Vorsitzende und die erschienenen Mitglieder nach Maßgabe der Sätze 1 und 2 allein. Der Beschluss der Schlichtungsstelle ist schriftlich niederzulegen, vom Vorsitzenden zu unterschreiben und beiden Parteien zuzuleiten.

(6) Die Parteien tragen ihre eigenen Kosten sowie die Kosten der von ihnen bestellten Beisitzer. Die sonstigen Kosten tragen die Parteien jeweils zur Hälfte. Die Parteien haben als Gesamtschuldner auf Anforderung des Vorsitzenden zu dessen Händen einen für die Tätigkeit der Schlichtungsstelle erforderlichen Vorschuss zu leisten.

(7) Die Parteien können durch Vereinbarung die Einzelheiten des Verfahrens vor der Schlichtungsstelle regeln.

(8) Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die weiteren Einzelheiten des Verfahrens vor der Schlichtungsstelle zu regeln sowie weitere Vorschriften über die Kosten des Verfahrens und die Entschädigung der Mitglieder der Schlichtungsstelle zu erlassen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 37 Verträge über die Einräumung von Nutzungsrechten

(1) Räumt der Urheber einem anderen ein Nutzungsrecht am Werk ein, so verbleibt ihm im Zweifel das Recht der Einwilligung zur Veröffentlichung oder Verwertung einer Bearbeitung des Werkes.

(2) Räumt der Urheber einem anderen ein Nutzungsrecht zur Vervielfältigung des Werkes ein, so verbleibt ihm im Zweifel das Recht, das Werk auf Bild- oder Tonträger zu übertragen.

(3) Räumt der Urheber einem anderen ein Nutzungsrecht zu einer öffentlichen Wiedergabe des Werkes ein, so ist dieser im Zweifel nicht berechtigt, die Wiedergabe außerhalb der Veranstaltung, für die sie bestimmt ist, durch Bildschirm, Lautsprecher oder ähnliche technische Einrichtungen öffentlich wahrnehmbar zu machen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 38 Beiträge zu Sammlungen

(1) Gestattet der Urheber die Aufnahme des Werkes in eine periodisch erscheinende Sammlung, so erwirbt der Verleger oder Herausgeber im Zweifel ein ausschließliches Nutzungsrecht zur Vervielfältigung und Verbreitung. Jedoch darf der Urheber das Werk nach Ablauf eines Jahres seit Erscheinen anderweit vervielfältigen und verbreiten, wenn nichts anderes vereinbart ist.

(2) Absatz 1 Satz 2 gilt auch für einen Beitrag zu einer nicht periodisch erscheinenden Sammlung, für dessen Überlassung dem Urheber kein Anspruch auf Vergütung zusteht.

(3) Wird der Beitrag einer Zeitung überlassen, so erwirbt der Verleger oder Herausgeber ein einfaches Nutzungsrecht, wenn nichts anderes vereinbart ist. Räumt der Urheber ein ausschließliches Nutzungsrecht ein, so ist er sogleich nach Erscheinen des Beitrags berechtigt, ihn anderweit zu vervielfältigen und zu verbreiten, wenn nichts anderes vereinbart ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 39 Änderungen des Werkes

(1) Der Inhaber eines Nutzungsrechts darf das Werk, dessen Titel oder Urheberbezeichnung (§ 10 Abs. 1) nicht ändern, wenn nichts anderes vereinbart ist.

(2) Änderungen des Werkes und seines Titels, zu denen der Urheber seine Einwilligung nach Treu und Glauben nicht versagen kann, sind zulässig.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 40 Verträge über künftige Werke

(1) Ein Vertrag, durch den sich der Urheber zur Einräumung von Nutzungsrechten an künftigen Werken verpflichtet, die überhaupt nicht näher oder nur der Gattung nach bestimmt sind, bedarf der schriftlichen Form. Er kann von beiden Vertragsteilen nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Abschluß des Vertrages gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate, wenn keine kürzere Frist vereinbart ist.

(2) Auf das Kündigungsrecht kann im voraus nicht verzichtet werden. Andere vertragliche oder gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

(3) Wenn in Erfüllung des Vertrages Nutzungsrechte an künftigen Werken eingeräumt worden sind, wird mit Beendigung des Vertrages die Verfügung hinsichtlich der Werke unwirksam, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeliefert sind.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 41 Rückrufsrecht wegen Nichtausübung

(1) Übt der Inhaber eines ausschließlichen Nutzungsrechts das Recht nicht oder nur unzureichend aus und werden dadurch berechnigte Interessen des Urhebers erheblich verletzt, so kann dieser das Nutzungsrecht zurückrufen. Dies gilt nicht, wenn die Nichtausübung oder die unzureichende Ausübung des Nutzungsrechts überwiegend auf Umständen beruht, deren Behebung dem Urheber zuzumuten

ist.

(2) Das Rückrufsrecht kann nicht vor Ablauf von zwei Jahren seit Einräumung oder Übertragung des Nutzungsrechts oder, wenn das Werk später abgeliefert wird, seit der Ablieferung geltend gemacht werden. Bei einem Beitrag zu einer Zeitung beträgt die Frist drei Monate, bei einem Beitrag zu einer Zeitschrift, die monatlich oder in kürzeren Abständen erscheint, sechs Monate und bei einem Beitrag zu anderen Zeitschriften ein Jahr.

(3) Der Rückruf kann erst erklärt werden, nachdem der Urheber dem Inhaber des Nutzungsrechts unter Ankündigung des Rückrufs eine angemessene Nachfrist zur zureichenden Ausübung des Nutzungsrechts bestimmt hat. Der Bestimmung der Nachfrist bedarf es nicht, wenn die Ausübung des Nutzungsrechts seinem Inhaber unmöglich ist oder von ihm verweigert wird oder wenn durch die Gewährung einer Nachfrist überwiegende Interessen des Urhebers gefährdet würden.

(4) Auf das Rückrufsrecht kann im voraus nicht verzichtet werden. Seine Ausübung kann im voraus für mehr als fünf Jahre nicht ausgeschlossen werden.

(5) Mit Wirksamwerden des Rückrufs erlischt das Nutzungsrecht.

(6) Der Urheber hat den Betroffenen zu entschädigen, wenn und soweit es der Billigkeit entspricht.

(7) Rechte und Ansprüche der Beteiligten nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleiben unberührt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 42 Rückrufsrecht wegen gewandelter Überzeugung

(1) Der Urheber kann ein Nutzungsrecht gegenüber dem Inhaber zurückrufen, wenn das Werk seiner Überzeugung nicht mehr entspricht und ihm deshalb die Verwertung des Werkes nicht mehr zugemutet werden kann. Der Rechtsnachfolger des Urhebers (§ 30) kann den Rückruf nur erklären, wenn er nachweist, daß der Urheber vor seinem Tode zum Rückruf berechtigt gewesen wäre und an der Erklärung des Rückrufs gehindert war oder diese letztwillig verfügt hat.

(2) Auf das Rückrufsrecht kann im voraus nicht verzichtet werden. Seine Ausübung kann nicht ausgeschlossen werden.

(3) Der Urheber hat den Inhaber des Nutzungsrechts angemessen zu entschädigen. Die Entschädigung muß mindestens die Aufwendungen decken, die der Inhaber des Nutzungsrechts bis zur Erklärung des Rückrufs gemacht hat; jedoch bleiben hierbei Aufwendungen, die auf bereits gezogene Nutzungen entfallen, außer Betracht. Der Rückruf wird erst wirksam, wenn der Urheber die Aufwendungen ersetzt oder Sicherheit dafür geleistet hat. Der Inhaber des Nutzungsrechts hat dem Urheber binnen einer Frist von drei Monaten nach Erklärung des Rückrufs die Aufwendungen mitzuteilen; kommt er dieser Pflicht nicht nach, so wird der Rückruf bereits mit Ablauf dieser Frist wirksam.

(4) Will der Urheber nach Rückruf das Werk wieder verwerten, so ist er verpflichtet, dem früheren Inhaber des Nutzungsrechts ein entsprechendes Nutzungsrecht zu angemessenen Bedingungen anzubieten.

(5) Die Bestimmungen in § 41 Abs. 5 und 7 sind entsprechend anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 42a Zwangslizenz zur Herstellung von Tonträgern

(1) Ist einem Hersteller von Tonträgern ein Nutzungsrecht an einem Werk der Musik eingeräumt worden mit dem Inhalt, das Werk zu gewerblichen Zwecken auf Tonträger zu übertragen und diese zu vervielfältigen und zu verbreiten, so ist der Urheber verpflichtet, jedem anderen Hersteller von Tonträgern, der im Geltungsbereich dieses Gesetzes seine Hauptniederlassung oder seinen

Wohnsitz hat, nach Erscheinen des Werkes gleichfalls ein Nutzungsrecht mit diesem Inhalt zu angemessenen Bedingungen einzuräumen; dies gilt nicht, wenn das bezeichnete Nutzungsrecht erlaubterweise von einer Verwertungsgesellschaft wahrgenommen wird oder wenn das Werk der Überzeugung des Urhebers nicht mehr entspricht, ihm deshalb die Verwertung des Werkes nicht mehr zugemutet werden kann und er ein etwa bestehendes Nutzungsrecht aus diesem Grunde zurückgerufen hat. § 63 ist entsprechend anzuwenden. Der Urheber ist nicht verpflichtet, die Benutzung des Werkes zur Herstellung eines Filmes zu gestatten.

(2) Gegenüber einem Hersteller von Tonträgern, der weder seine Hauptniederlassung noch seinen Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat, besteht die Verpflichtung nach Absatz 1, soweit in dem Staat, in dem er seine Hauptniederlassung oder seinen Wohnsitz hat, den Herstellern von Tonträgern, die ihre Hauptniederlassung oder ihren Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, nach einer Bekanntmachung des Bundesministeriums der Justiz im Bundesgesetzblatt ein entsprechendes Recht gewährt wird.

(3) Das nach den vorstehenden Bestimmungen einzuräumende Nutzungsrecht wirkt nur im Geltungsbereich dieses Gesetzes und für die Ausfuhr nach Staaten, in denen das Werk keinen Schutz gegen die Übertragung auf Tonträger genießt.

(4) Hat der Urheber einem anderen das ausschließliche Nutzungsrecht eingeräumt mit dem Inhalt, das Werk zu gewerblichen Zwecken auf Tonträger zu übertragen und diese zu vervielfältigen und zu verbreiten, so gelten die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe, dass der Inhaber des ausschließlichen Nutzungsrechts zur Einräumung des in Absatz 1 bezeichneten Nutzungsrechts verpflichtet ist.

(5) Auf ein Sprachwerk, das als Text mit einem Werk der Musik verbunden ist, sind die vorstehenden Bestimmungen entsprechend anzuwenden, wenn einem Hersteller von Tonträgern ein Nutzungsrecht eingeräumt worden ist mit dem Inhalt, das Sprachwerk in Verbindung mit dem Werk der Musik auf Tonträger zu übertragen und diese zu vervielfältigen und zu verbreiten.

(6) Für Klagen, durch die ein Anspruch auf Einräumung des Nutzungsrechts geltend gemacht wird, sind, sofern der Urheber oder im Fall des Absatzes 4 der Inhaber des ausschließlichen Nutzungsrechts im Geltungsbereich dieses Gesetzes keinen allgemeinen Gerichtsstand hat, die Gerichte zuständig, in deren Bezirk das Patentamt seinen Sitz hat. Einstweilige Verfügungen können erlassen werden, auch wenn die in den §§ 935 und 940 der Zivilprozessordnung bezeichneten Voraussetzungen nicht zutreffen.

(7) Die vorstehenden Bestimmungen sind nicht anzuwenden, wenn das in Absatz 1 bezeichnete Nutzungsrecht lediglich zur Herstellung eines Filmes eingeräumt worden ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 43 Urheber in Arbeits- oder Dienstverhältnissen

Die Vorschriften dieses Unterabschnitts sind auch anzuwenden, wenn der Urheber das Werk in Erfüllung seiner Verpflichtungen aus einem Arbeits- oder Dienstverhältnis geschaffen hat, soweit sich aus dem Inhalt oder dem Wesen des Arbeits- oder Dienstverhältnisses nichts anderes ergibt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 44 Veräußerung des Originals des Werkes

(1) Veräußert der Urheber das Original des Werkes, so räumt er damit im Zweifel dem Erwerber ein Nutzungsrecht nicht ein.

(2) Der Eigentümer des Originals eines Werkes der bildenden Künste oder eines Lichtbildwerkes ist berechtigt, das Werk öffentlich auszustellen, auch wenn es

noch nicht veröffentlicht ist, es sei denn, daß der Urheber dies bei der Veräußerung des Originals ausdrücklich ausgeschlossen hat.

Abschnitt 6

Schranken des Urheberrechts

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 44a Vorübergehende Vervielfältigungshandlungen

Zulässig sind vorübergehende Vervielfältigungshandlungen, die flüchtig oder begleitend sind und einen integralen und wesentlichen Teil eines technischen Verfahrens darstellen und deren alleiniger Zweck es ist,

1.

eine Übertragung in einem Netz zwischen Dritten durch einen Vermittler oder

2.

eine rechtmäßige Nutzung

eines Werkes oder sonstigen Schutzgegenstands zu ermöglichen, und die keine eigenständige wirtschaftliche Bedeutung haben.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 45 Rechtspflege und öffentliche Sicherheit

(1) Zulässig ist, einzelne Vervielfältigungsstücke von Werken zur Verwendung in Verfahren vor einem Gericht, einem Schiedsgericht oder einer Behörde herzustellen oder herstellen zu lassen.

(2) Gerichte und Behörden dürfen für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit Bildnisse vervielfältigen oder vervielfältigen lassen.

(3) Unter den gleichen Voraussetzungen wie die Vervielfältigung ist auch die Verbreitung, öffentliche Ausstellung und öffentliche Wiedergabe der Werke zulässig.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 45a Behinderte Menschen

(1) Zulässig ist die nicht Erwerbszwecken dienende Vervielfältigung eines Werkes für und deren Verbreitung ausschließlich an Menschen, soweit diesen der Zugang zu dem Werk in einer bereits verfügbaren Art der sinnlichen Wahrnehmung auf Grund einer Behinderung nicht möglich oder erheblich erschwert ist, soweit es zur Ermöglichung des Zugangs erforderlich ist.

(2) Für die Vervielfältigung und Verbreitung ist dem Urheber eine angemessene Vergütung zu zahlen; ausgenommen ist die Herstellung lediglich einzelner Vervielfältigungsstücke. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 46 Sammlungen für Kirchen-, Schul- oder Unterrichtsgebrauch

(1) Nach der Veröffentlichung zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung von Teilen eines Werkes, von Sprachwerken oder von Werken der Musik von geringem Umfang, von einzelnen Werken der bildenden Künste oder einzelnen Lichtbildwerken als Element einer Sammlung, die Werke einer größeren Anzahl von Urhebern vereinigt und die nach ihrer Beschaffenheit nur für den Unterrichtsgebrauch in Schulen, in nichtgewerblichen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung oder in Einrichtungen der Berufsbildung oder für den Kirchengebrauch bestimmt ist. Die öffentliche Zugänglichmachung eines für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werkes ist stets nur mit Einwilligung des Berechtigten zulässig. In den Vervielfältigungsstücken oder bei der öffentlichen Zugänglichmachung ist deutlich anzugeben, wozu die Sammlung bestimmt ist.

(2) Absatz 1 gilt für Werke der Musik nur, wenn diese Elemente einer Sammlung sind, die für den Gebrauch im Musikunterricht in Schulen mit Ausnahme der Musikschulen bestimmt ist.

(3) Mit der Vervielfältigung oder der öffentlichen Zugänglichmachung darf erst begonnen werden, wenn die Absicht, von der Berechtigung nach Absatz 1 Gebrauch zu machen, dem Urheber oder, wenn sein Wohnort oder Aufenthaltsort unbekannt ist, dem Inhaber des ausschließlichen Nutzungsrechts durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt worden ist und seit Absendung des Briefes zwei Wochen verstrichen sind. Ist auch der Wohnort oder Aufenthaltsort des Inhabers des ausschließlichen Nutzungsrechts unbekannt, so kann die Mitteilung durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger bewirkt werden.

(4) Für die nach den Absätzen 1 und 2 zulässige Verwertung ist dem Urheber eine angemessene Vergütung zu zahlen.

(5) Der Urheber kann die nach den Absätzen 1 und 2 zulässige Verwertung verbieten, wenn das Werk seiner Überzeugung nicht mehr entspricht, ihm deshalb die Verwertung des Werkes nicht mehr zugemutet werden kann und er ein etwa bestehendes Nutzungsrecht aus diesem Grunde zurückgerufen hat (§ 42). Die Bestimmungen in § 136 Abs. 1 und 2 sind entsprechend anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 47 Schulfunksendungen

(1) Schulen sowie Einrichtungen der Lehrerbildung und der Lehrerfortbildung dürfen einzelne Vervielfältigungsstücke von Werken, die innerhalb einer Schulfunksendung gesendet werden, durch Übertragung der Werke auf Bild- oder Tonträger herstellen. Das gleiche gilt für Heime der Jugendhilfe und die staatlichen Landesbildstellen oder vergleichbare Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft.

(2) Die Bild- oder Tonträger dürfen nur für den Unterricht verwendet werden. Sie sind spätestens am Ende des auf die Übertragung der Schulfunksendung folgenden Schuljahrs zu löschen, es sei denn, daß dem Urheber eine angemessene Vergütung gezahlt wird.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 48 Öffentliche Reden

(1) Zulässig ist

1.

die Vervielfältigung und Verbreitung von Reden über Tagesfragen in Zeitungen, Zeitschriften sowie in anderen Druckschriften oder sonstigen Datenträgern, die im Wesentlichen den Tagesinteressen Rechnung tragen, wenn die Reden bei öffentlichen Versammlungen gehalten oder durch öffentliche Wiedergabe im Sinne von § 19a oder § 20 veröffentlicht worden sind, sowie die öffentliche Wiedergabe solcher Reden,

2.

die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Wiedergabe von Reden, die bei öffentlichen Verhandlungen vor staatlichen, kommunalen oder kirchlichen Organen gehalten worden sind.

(2) Unzulässig ist jedoch die Vervielfältigung und Verbreitung der in Absatz 1 Nr. 2 bezeichneten Reden in Form einer Sammlung, die überwiegend Reden desselben Urhebers enthält.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 49 Zeitungsartikel und Rundfunkkommentare

(1) Zulässig ist die Vervielfältigung und Verbreitung einzelner

Rundfunkkommentare und einzelner Artikel sowie mit ihnen im Zusammenhang veröffentlichter Abbildungen aus Zeitungen und anderen lediglich Tagesinteressen

dienenden Informationsblättern in anderen Zeitungen und Informationsblättern dieser Art sowie die öffentliche Wiedergabe solcher Kommentare, Artikel und Abbildungen, wenn sie politische, wirtschaftliche oder religiöse Tagesfragen betreffen und nicht mit einem Vorbehalt der Rechte versehen sind. Für die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Wiedergabe ist dem Urheber eine angemessene Vergütung zu zahlen, es sei denn, daß es sich um eine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe kurzer Auszüge aus mehreren Kommentaren oder Artikeln in Form einer Übersicht handelt. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

(2) Unbeschränkt zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Wiedergabe von vermischten Nachrichten tatsächlichen Inhalts und von Tagesneuigkeiten, die durch Presse oder Funk veröffentlicht worden sind; ein durch andere gesetzliche Vorschriften gewährter Schutz bleibt unberührt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 50 Berichterstattung über Tagesereignisse

Zur Berichterstattung über Tagesereignisse durch Funk oder durch ähnliche technische Mittel, in Zeitungen, Zeitschriften und in anderen Druckschriften oder sonstigen Datenträgern, die im Wesentlichen Tagesinteressen Rechnung tragen, sowie im Film, ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Wiedergabe von Werken, die im Verlauf dieser Ereignisse wahrnehmbar werden, in einem durch den Zweck gebotenen Umfang zulässig.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 51 Zitate

Zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Wiedergabe eines veröffentlichten Werkes zum Zweck des Zitats, sofern die Nutzung in ihrem Umfang durch den besonderen Zweck gerechtfertigt ist. Zulässig ist dies insbesondere, wenn

1.

einzelne Werke nach der Veröffentlichung in ein selbständiges wissenschaftliches Werk zur Erläuterung des Inhalts aufgenommen werden,

2.

Stellen eines Werkes nach der Veröffentlichung in einem selbständigen Sprachwerk angeführt werden,

3.

einzelne Stellen eines erschienenen Werkes der Musik in einem selbständigen Werk der Musik angeführt werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 52 Öffentliche Wiedergabe

(1) Zulässig ist die öffentliche Wiedergabe eines veröffentlichten Werkes, wenn die Wiedergabe keinem Erwerbszweck des Veranstalters dient, die Teilnehmer ohne Entgelt zugelassen werden und im Falle des Vortrags oder der Aufführung des Werkes keiner der ausübenden Künstler (§ 73) eine besondere Vergütung erhält. Für die Wiedergabe ist eine angemessene Vergütung zu zahlen. Die Vergütungspflicht entfällt für Veranstaltungen der Jugendhilfe, der Sozialhilfe, der Alten- und Wohlfahrtspflege, der Gefangenenbetreuung sowie für Schulveranstaltungen, sofern sie nach ihrer sozialen oder erzieherischen Zweckbestimmung nur einem bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen zugänglich sind. Dies gilt nicht, wenn die Veranstaltung dem Erwerbszweck eines Dritten dient; in diesem Fall hat der Dritte die Vergütung zu zahlen.

(2) Zulässig ist die öffentliche Wiedergabe eines erschienenen Werkes auch bei einem Gottesdienst oder einer kirchlichen Feier der Kirchen oder

Religionsgemeinschaften. Jedoch hat der Veranstalter dem Urheber eine angemessene Vergütung zu zahlen.

(3) Öffentliche bühnenmäßige Darstellungen, öffentliche Zugänglichmachungen und Funksendungen eines Werkes sowie öffentliche Vorführungen eines Filmwerks sind stets nur mit Einwilligung des Berechtigten zulässig.

Fußnote

§ 52 Abs. 1 Satz 3: Mit GG (100-1) vereinbar, soweit die Vergütungspflicht für Veranstaltungen der Gefangenenbetreuung entfällt; BVerfGE v. 11.10.1988 I 187 (1 BvR 743/86)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 52a Öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung

(1) Zulässig ist,

1.

veröffentlichte kleine Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften zur Veranschaulichung im Unterricht an Schulen, Hochschulen, nichtgewerblichen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sowie an Einrichtungen der Berufsbildung ausschließlich für den bestimmt abgegrenzten Kreis von Unterrichtsteilnehmern oder

2.

veröffentlichte Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften ausschließlich für einen bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen für deren eigene wissenschaftliche Forschung öffentlich zugänglich zu machen, soweit dies zu dem jeweiligen Zweck geboten und zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist.

(2) Die öffentliche Zugänglichmachung eines für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werkes ist stets nur mit Einwilligung des Berechtigten zulässig. Die öffentliche Zugänglichmachung eines Filmwerkes ist vor Ablauf von zwei Jahren nach Beginn der üblichen regulären Auswertung in Filmtheatern im Geltungsbereich dieses Gesetzes stets nur mit Einwilligung des Berechtigten zulässig.

(3) Zulässig sind in den Fällen des Absatzes 1 auch die zur öffentlichen Zugänglichmachung erforderlichen Vervielfältigungen.

(4) Für die öffentliche Zugänglichmachung nach Absatz 1 ist eine angemessene Vergütung zu zahlen. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Fußnote

(+++ § 52a: Nicht mehr anzuwenden gem. § 137k (F 2008-12-07) mWv 1.1.2013 + ++)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 52b Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen in öffentlichen Bibliotheken, Museen und Archiven

Zulässig ist, veröffentlichte Werke aus dem Bestand öffentlich zugänglicher Bibliotheken, Museen oder Archive, die keinen unmittelbar oder mittelbar wirtschaftlichen oder Erwerbszweck verfolgen, ausschließlich in den Räumen der jeweiligen Einrichtung an eigens dafür eingerichteten elektronischen Leseplätzen zur Forschung und für private Studien zugänglich zu machen, soweit dem keine vertraglichen Regelungen entgegenstehen. Es dürfen grundsätzlich nicht mehr Exemplare eines Werkes an den eingerichteten elektronischen Leseplätzen gleichzeitig zugänglich gemacht werden, als der Bestand der Einrichtung umfasst. Für die Zugänglichmachung ist eine angemessene Vergütung zu zahlen. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 53 Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch

(1) Zulässig sind einzelne Vervielfältigungen eines Werkes durch eine natürliche Person zum privaten Gebrauch auf beliebigen Trägern, sofern sie weder unmittelbar noch mittelbar Erwerbszwecken dienen, soweit nicht zur Vervielfältigung eine offensichtlich rechtswidrig hergestellte oder öffentlich zugänglich gemachte Vorlage verwendet wird. Der zur Vervielfältigung Befugte darf die Vervielfältigungsstücke auch durch einen anderen herstellen lassen, sofern dies unentgeltlich geschieht oder es sich um Vervielfältigungen auf Papier oder einem ähnlichen Träger mittels beliebiger photomechanischer Verfahren oder anderer Verfahren mit ähnlicher Wirkung handelt.

(2) Zulässig ist, einzelne Vervielfältigungsstücke eines Werkes herzustellen oder herstellen zu lassen

1.

zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist und sie keinen gewerblichen Zwecken dient,

2.

zur Aufnahme in ein eigenes Archiv, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist und als Vorlage für die Vervielfältigung ein eigenes Werkstück benutzt wird,

3.

zur eigenen Unterrichtung über Tagesfragen, wenn es sich um ein durch Funk gesendetes Werk handelt,

4.

zum sonstigen eigenen Gebrauch,

a)

wenn es sich um kleine Teile eines erschienenen Werkes oder um einzelne Beiträge handelt, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen sind,

b)

wenn es sich um ein seit mindestens zwei Jahren vergriffenes Werk handelt. Dies gilt im Fall des Satzes 1 Nr. 2 nur, wenn zusätzlich

1.

die Vervielfältigung auf Papier oder einem ähnlichen Träger mittels beliebiger photomechanischer Verfahren oder anderer Verfahren mit ähnlicher Wirkung vorgenommen wird oder

2.

eine ausschließlich analoge Nutzung stattfindet oder

3.

das Archiv im öffentlichen Interesse tätig ist und keinen unmittelbar oder mittelbar wirtschaftlichen oder Erwerbszweck verfolgt.

Dies gilt in den Fällen des Satzes 1 Nr. 3 und 4 nur, wenn zusätzlich eine der Voraussetzungen des Satzes 2 Nr. 1 oder 2 vorliegt.

(3) Zulässig ist, Vervielfältigungsstücke von kleinen Teilen eines Werkes, von Werken von geringem Umfang oder von einzelnen Beiträgen, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen oder öffentlich zugänglich gemacht worden sind, zum eigenen Gebrauch

1.

zur Veranschaulichung des Unterrichts in Schulen, in nichtgewerblichen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sowie in Einrichtungen der Berufsbildung in der für die Unterrichtsteilnehmer erforderlichen Anzahl oder

2.

für staatliche Prüfungen und Prüfungen in Schulen, Hochschulen, in nichtgewerblichen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sowie in der Berufsbildung in der erforderlichen Anzahl herzustellen oder herstellen zu lassen, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist. Die Vervielfältigung eines Werkes, das für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmt ist, ist stets nur mit Einwilligung des Berechtigten zulässig.

(4) Die Vervielfältigung

a)

graphischer Aufzeichnungen von Werken der Musik,

b)

eines Buches oder einer Zeitschrift, wenn es sich um eine im wesentlichen vollständige Vervielfältigung handelt,

ist, soweit sie nicht durch Abschreiben vorgenommen wird, stets nur mit Einwilligung des Berechtigten zulässig oder unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 2 oder zum eigenen Gebrauch, wenn es sich um ein seit mindestens zwei Jahren vergriffenes Werk handelt.

(5) Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 bis 4 sowie Absatz 3 Nr. 2 finden keine Anwendung auf Datenbankwerke, deren Elemente einzeln mit Hilfe elektronischer Mittel zugänglich sind. Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 sowie Absatz 3 Nr. 1 finden auf solche Datenbankwerke mit der Maßgabe Anwendung, dass der wissenschaftliche Gebrauch sowie der Gebrauch im Unterricht nicht zu gewerblichen Zwecken erfolgen.

(6) Die Vervielfältigungsstücke dürfen weder verbreitet noch zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Zulässig ist jedoch, rechtmäßig hergestellte Vervielfältigungsstücke von Zeitungen und vergriffenen Werken sowie solche Werkstücke zu verleihen, bei denen kleine beschädigte oder abhanden gekommene Teile durch Vervielfältigungsstücke ersetzt worden sind.

(7) Die Aufnahme öffentlicher Vorträge, Aufführungen oder Vorführungen eines Werkes auf Bild- oder Tonträger, die Ausführung von Plänen und Entwürfen zu Werken der bildenden Künste und der Nachbau eines Werkes der Baukunst sind stets nur mit Einwilligung des Berechtigten zulässig.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 53a Kopienversand auf Bestellung

(1) Zulässig ist auf Einzelbestellung die Vervielfältigung und Übermittlung einzelner in Zeitungen und Zeitschriften erschienener Beiträge sowie kleiner Teile eines erschienenen Werkes im Wege des Post- oder Faxversands durch öffentliche Bibliotheken, sofern die Nutzung durch den Besteller nach § 53 zulässig ist. Die Vervielfältigung und Übermittlung in sonstiger elektronischer Form ist ausschließlich als grafische Datei und zur Veranschaulichung des Unterrichts oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung zulässig, soweit dies zur Verfolgung nicht gewerblicher Zwecke gerechtfertigt ist. Die Vervielfältigung und Übermittlung in sonstiger elektronischer Form ist ferner nur dann zulässig, wenn der Zugang zu den Beiträgen oder kleinen Teilen eines Werkes den Mitgliedern der Öffentlichkeit nicht offensichtlich von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl mittels einer vertraglichen Vereinbarung zu angemessenen Bedingungen ermöglicht wird.

(2) Für die Vervielfältigung und Übermittlung ist dem Urheber eine angemessene Vergütung zu zahlen. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54 Vergütungspflicht

(1) Ist nach der Art eines Werkes zu erwarten, dass es nach § 53 Abs. 1 bis 3 vervielfältigt wird, so hat der Urheber des Werkes gegen den Hersteller von Geräten und von Speichermedien, deren Typ allein oder in Verbindung mit anderen Geräten, Speichermedien oder Zubehör zur Vornahme solcher Vervielfältigungen benutzt wird, Anspruch auf Zahlung einer angemessenen Vergütung.

(2) Der Anspruch nach Absatz 1 entfällt, soweit nach den Umständen erwartet werden kann, dass die Geräte oder Speichermedien im Geltungsbereich dieses Gesetzes nicht zu Vervielfältigungen benutzt werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54a Vergütungshöhe

(1) Maßgebend für die Vergütungshöhe ist, in welchem Maß die Geräte und Speichermedien als Typen tatsächlich für Vervielfältigungen nach § 53 Abs. 1 bis 3 genutzt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, inwieweit technische Schutzmaßnahmen nach § 95a auf die betreffenden Werke angewendet werden.

(2) Die Vergütung für Geräte ist so zu gestalten, dass sie auch mit Blick auf die Vergütungspflicht für in diesen Geräten enthaltene Speichermedien oder andere, mit diesen funktionell zusammenwirkende Geräte oder Speichermedien insgesamt angemessen ist.

(3) Bei der Bestimmung der Vergütungshöhe sind die nutzungsrelevanten Eigenschaften der Geräte und Speichermedien, insbesondere die Leistungsfähigkeit von Geräten sowie die Speicherkapazität und Mehrfachbeschreibbarkeit von Speichermedien, zu berücksichtigen.

(4) Die Vergütung darf Hersteller von Geräten und Speichermedien nicht unzumutbar beeinträchtigen; sie muss in einem wirtschaftlich angemessenen Verhältnis zum Preisniveau des Geräts oder des Speichermediums stehen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54b Vergütungspflicht des Händlers oder Importeurs

(1) Neben dem Hersteller haftet als Gesamtschuldner, wer die Geräte oder Speichermedien in den Geltungsbereich dieses Gesetzes gewerblich einführt oder wiedereinführt oder wer mit ihnen handelt.

(2) Einführer ist, wer die Geräte oder Speichermedien in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt oder verbringen lässt. Liegt der Einfuhr ein Vertrag mit einem Gebietsfremden zugrunde, so ist Einführer nur der im Geltungsbereich dieses Gesetzes ansässige Vertragspartner, soweit er gewerblich tätig wird. Wer lediglich als Spediteur oder Frachtführer oder in einer ähnlichen Stellung bei dem Verbringen der Waren tätig wird, ist nicht Einführer. Wer die Gegenstände aus Drittländern in eine Freizone oder in ein Freilager nach Artikel 166 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. EG Nr. L 302 S. 1) verbringt oder verbringen lässt, ist als Einführer nur anzusehen, wenn die Gegenstände in diesem Bereich gebraucht oder wenn sie in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt werden.

(3) Die Vergütungspflicht des Händlers entfällt,

1.

soweit ein zur Zahlung der Vergütung Verpflichteter, von dem der Händler die Geräte oder die Speichermedien bezieht, an einen Gesamtvertrag über die Vergütung gebunden ist oder

2.

wenn der Händler Art und Stückzahl der bezogenen Geräte und Speichermedien und seine Bezugsquelle der nach § 54h Abs. 3 bezeichneten Empfangsstelle jeweils zum 10. Januar und 10. Juli für das vorangegangene Kalenderhalbjahr

schriftlich mitteilt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54c Vergütungspflicht des Betreibers von Ablichtungsgeräten

(1) Werden Geräte der in § 54 Abs. 1 genannten Art, die im Weg der Ablichtung oder in einem Verfahren vergleichbarer Wirkung vervielfältigen, in Schulen, Hochschulen sowie Einrichtungen der Berufsbildung oder der sonstigen Aus- und Weiterbildung (Bildungseinrichtungen), Forschungseinrichtungen, öffentlichen Bibliotheken oder in Einrichtungen betrieben, die Geräte für die entgeltliche Herstellung von Ablichtungen bereithalten, so hat der Urheber auch gegen den Betreiber des Geräts einen Anspruch auf Zahlung einer angemessenen Vergütung.

(2) Die Höhe der von dem Betreiber insgesamt geschuldeten Vergütung bemisst sich nach der Art und dem Umfang der Nutzung des Geräts, die nach den Umständen, insbesondere nach dem Standort und der üblichen Verwendung, wahrscheinlich ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54d Hinweispflicht

Soweit nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 des Umsatzsteuergesetzes eine Verpflichtung zur Erteilung einer Rechnung besteht, ist in Rechnungen über die Veräußerung oder ein sonstiges Inverkehrbringen der in § 54 Abs. 1 genannten Geräte oder Speichermedien auf die auf das Gerät oder Speichermedium entfallende Urhebervergütung hinzuweisen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54e Meldepflicht

(1) Wer Geräte oder Speichermedien in den Geltungsbereich dieses Gesetzes gewerblich einführt oder wiedereinführt, ist dem Urheber gegenüber verpflichtet, Art und Stückzahl der eingeführten Gegenstände der nach § 54h Abs. 3 bezeichneten Empfangsstelle monatlich bis zum zehnten Tag nach Ablauf jedes Kalendermonats schriftlich mitzuteilen.

(2) Kommt der Meldepflichtige seiner Meldepflicht nicht, nur unvollständig oder sonst unrichtig nach, kann der doppelte Vergütungssatz verlangt werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54f Auskunftspflicht

(1) Der Urheber kann von dem nach § 54 oder § 54b zur Zahlung der Vergütung Verpflichteten Auskunft über Art und Stückzahl der im Geltungsbereich dieses Gesetzes veräußerten oder in Verkehr gebrachten Geräte und Speichermedien verlangen. Die Auskunftspflicht des Händlers erstreckt sich auch auf die Benennung der Bezugsquellen; sie besteht auch im Fall des § 54b Abs. 3 Nr. 1. § 26 Abs. 7 gilt entsprechend.

(2) Der Urheber kann von dem Betreiber eines Geräts in einer Einrichtung im Sinne des § 54c Abs. 1 die für die Bemessung der Vergütung erforderliche Auskunft verlangen.

(3) Kommt der zur Zahlung der Vergütung Verpflichtete seiner Auskunftspflicht nicht, nur unvollständig oder sonst unrichtig nach, so kann der doppelte Vergütungssatz verlangt werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54g Kontrollbesuch

Soweit dies für die Bemessung der vom Betreiber nach § 54c geschuldeten Vergütung erforderlich ist, kann der Urheber verlangen, dass ihm das Betreten der Betriebs- und Geschäftsräume des Betreibers, der Geräte für die entgeltliche Herstellung von Ablichtungen bereithält, während der üblichen Betriebs- oder

Geschäftszeit gestattet wird. Der Kontrollbesuch muss so ausgeübt werden, dass vermeidbare Betriebsstörungen unterbleiben.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 54h Verwertungsgesellschaften; Handhabung der Mitteilungen

(1) Die Ansprüche nach den §§ 54 bis 54c, 54e Abs. 2, §§ 54f und 54g können nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

(2) Jedem Berechtigten steht ein angemessener Anteil an den nach den §§ 54 bis 54c gezahlten Vergütungen zu. Soweit Werke mit technischen Maßnahmen gemäß § 95a geschützt sind, werden sie bei der Verteilung der Einnahmen nicht berücksichtigt.

(3) Für Mitteilungen nach § 54b Abs. 3 und § 54e haben die Verwertungsgesellschaften dem Deutschen Patent- und Markenamt eine gemeinsame Empfangsstelle zu bezeichnen. Das Deutsche Patent- und Markenamt gibt diese im Bundesanzeiger bekannt.

(4) Das Deutsche Patent- und Markenamt kann Muster für die Mitteilungen nach § 54b Abs. 3 Nr. 2 und § 54e im Bundesanzeiger oder im elektronischen Bundesanzeiger bekannt machen. Werden Muster bekannt gemacht, sind diese zu verwenden.

(5) Die Verwertungsgesellschaften und die Empfangsstelle dürfen die gemäß § 54b Abs. 3 Nr. 2, den §§ 54e und 54f erhaltenen Angaben nur zur Geltendmachung der Ansprüche nach Absatz 1 verwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 55 Vervielfältigung durch Sendeunternehmen

(1) Ein Sendeunternehmen, das zur Funksendung eines Werkes berechtigt ist, darf das Werk mit eigenen Mitteln auf Bild- oder Tonträger übertragen, um diese zur Funksendung über jeden seiner Sender oder Richtstrahler je einmal zu benutzen. Die Bild- oder Tonträger sind spätestens einen Monat nach der ersten Funksendung des Werkes zu löschen.

(2) Bild- oder Tonträger, die außergewöhnlichen dokumentarischen Wert haben, brauchen nicht gelöscht zu werden, wenn sie in ein amtliches Archiv aufgenommen werden. Von der Aufnahme in das Archiv ist der Urheber unverzüglich zu benachrichtigen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 55a Benutzung eines Datenbankwerkes

Zulässig ist die Bearbeitung sowie die Vervielfältigung eines Datenbankwerkes durch den Eigentümer eines mit Zustimmung des Urhebers durch Veräußerung in Verkehr gebrachten Vervielfältigungsstücks des Datenbankwerkes, den in sonstiger Weise zu dessen Gebrauch Berechtigten oder denjenigen, dem ein Datenbankwerk aufgrund eines mit dem Urheber oder eines mit dessen Zustimmung mit einem Dritten geschlossenen Vertrags zugänglich gemacht wird, wenn und soweit die Bearbeitung oder Vervielfältigung für den Zugang zu den Elementen des Datenbankwerkes und für dessen übliche Benutzung erforderlich ist. Wird aufgrund eines Vertrags nach Satz 1 nur ein Teil des Datenbankwerkes zugänglich gemacht, so ist nur die Bearbeitung sowie die Vervielfältigung dieses Teils zulässig. Entgegenstehende vertragliche Vereinbarungen sind nichtig.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 56 Vervielfältigung und öffentliche Wiedergabe in Geschäftsbetrieben

(1) In Geschäftsbetrieben, in denen Geräte zur Herstellung oder zur Wiedergabe von Bild- oder Tonträgern, zum Empfang von Funksendungen oder zur elektronischen Datenverarbeitung vertrieben oder instand gesetzt werden, ist die Übertragung von Werken auf Bild-, Ton- oder Datenträger, die öffentliche

Wahrnehmbarmachung von Werken mittels Bild-, Ton- oder Datenträger sowie die öffentliche Wahrnehmbarmachung von Funksendungen und öffentliche Zugänglichmachungen von Werken zulässig, soweit dies notwendig ist, um diese Geräte Kunden vorzuführen oder instand zu setzen.

(2) Nach Absatz 1 hergestellte Bild-, Ton- oder Datenträger sind unverzüglich zu löschen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 57 Unwesentliches Beiwerk

Zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Wiedergabe von Werken, wenn sie als unwesentliches Beiwerk neben dem eigentlichen Gegenstand der Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentlichen Wiedergabe anzusehen sind.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 58 Werke in Ausstellungen, öffentlichem Verkauf und öffentlich zugänglichen Einrichtungen

(1) Zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung von öffentlich ausgestellten oder zur öffentlichen Ausstellung oder zum öffentlichen Verkauf bestimmten Werken der bildenden Künste und Lichtbildwerken durch den Veranstalter zur Werbung, soweit dies zur Förderung der Veranstaltung erforderlich ist.

(2) Zulässig ist ferner die Vervielfältigung und Verbreitung der in Absatz 1 genannten Werke in Verzeichnissen, die von öffentlich zugänglichen Bibliotheken, Bildungseinrichtungen oder Museen in inhaltlichem und zeitlichem Zusammenhang mit einer Ausstellung oder zur Dokumentation von Beständen herausgegeben werden und mit denen kein eigenständiger Erwerbszweck verfolgt wird.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 59 Werke an öffentlichen Plätzen

(1) Zulässig ist, Werke, die sich bleibend an öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befinden, mit Mitteln der Malerei oder Graphik, durch Lichtbild oder durch Film zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben. Bei Bauwerken erstrecken sich diese Befugnisse nur auf die äußere Ansicht.

(2) Die Vervielfältigungen dürfen nicht an einem Bauwerk vorgenommen werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 60 Bildnisse

(1) Zulässig ist die Vervielfältigung sowie die unentgeltliche und nicht zu gewerblichen Zwecken vorgenommene Verbreitung eines Bildnisses durch den Besteller des Bildnisses oder seinen Rechtsnachfolger oder bei einem auf Bestellung geschaffenen Bildnis durch den Abgebildeten oder nach dessen Tod durch seine Angehörigen oder durch einen im Auftrag einer dieser Personen handelnden Dritten. Handelt es sich bei dem Bildnis um ein Werk der bildenden Künste, so ist die Verwertung nur durch Lichtbild zulässig.

(2) Angehörige im Sinne von Absatz 1 Satz 1 sind der Ehegatte oder der Lebenspartner und die Kinder oder, wenn weder ein Ehegatte oder Lebenspartner noch Kinder vorhanden sind, die Eltern.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 61 (weggefallen)

-

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 62 Änderungsverbot

(1) Soweit nach den Bestimmungen dieses Abschnitts die Benutzung eines

Werkes zulässig ist, dürfen Änderungen an dem Werk nicht vorgenommen werden. § 39 gilt entsprechend.

(2) Soweit der Benutzungszweck es erfordert, sind Übersetzungen und solche Änderungen des Werkes zulässig, die nur Auszüge oder Übertragungen in eine andere Tonart oder Stimmlage darstellen.

(3) Bei Werken der bildenden Künste und Lichtbildwerken sind Übertragungen des Werkes in eine andere Größe und solche Änderungen zulässig, die das für die Vervielfältigung angewendete Verfahren mit sich bringt.

(4) Bei Sammlungen für Kirchen-, Schul- oder Unterrichtsgebrauch (§ 46) sind außer den nach den Absätzen 1 bis 3 erlaubten Änderungen solche Änderungen von Sprachwerken zulässig, die für den Kirchen-, Schul- oder Unterrichtsgebrauch erforderlich sind. Diese Änderungen bedürfen jedoch der Einwilligung des Urhebers, nach seinem Tode der Einwilligung seines Rechtsnachfolgers (§ 30), wenn dieser Angehöriger (§ 60 Abs. 2) des Urhebers ist oder das Urheberrecht auf Grund letztwilliger Verfügung des Urhebers erworben hat. Die Einwilligung gilt als erteilt, wenn der Urheber oder der Rechtsnachfolger nicht innerhalb eines Monats, nachdem ihm die beabsichtigte Änderung mitgeteilt worden ist, widerspricht und er bei der Mitteilung der Änderung auf diese Rechtsfolge hingewiesen worden ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 63 Quellenangabe

(1) Wenn ein Werk oder ein Teil eines Werkes in den Fällen des § 45 Abs. 1, der §§ 45a bis 48, 50, 51, 53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 3 Nr. 1 sowie der §§ 58 und 59 vervielfältigt wird, ist stets die Quelle deutlich anzugeben. Bei der Vervielfältigung ganzer Sprachwerke oder ganzer Werke der Musik ist neben dem Urheber auch der Verlag anzugeben, in dem das Werk erschienen ist, und außerdem kenntlich zu machen, ob an dem Werk Kürzungen oder andere Änderungen vorgenommen worden sind. Die Verpflichtung zur Quellenangabe entfällt, wenn die Quelle weder auf dem benutzten Werkstück oder bei der benutzten Werkwiedergabe genannt noch dem zur Vervielfältigung Befugten anderweit bekannt ist.

(2) Soweit nach den Bestimmungen dieses Abschnitts die öffentliche Wiedergabe eines Werkes zulässig ist, ist die Quelle deutlich anzugeben, wenn und soweit die Verkehrssitte es erfordert. In den Fällen der öffentlichen Wiedergabe nach den §§ 46, 48, 51 und 52a ist die Quelle einschließlich des Namens des Urhebers stets anzugeben, es sei denn, dass dies nicht möglich ist.

(3) Wird ein Artikel aus einer Zeitung oder einem anderen Informationsblatt nach § 49 Abs. 1 in einer anderen Zeitung oder in einem anderen Informationsblatt abgedruckt oder durch Funk gesendet, so ist stets außer dem Urheber, der in der benutzten Quelle bezeichnet ist, auch die Zeitung oder das Informationsblatt anzugeben, woraus der Artikel entnommen ist; ist dort eine andere Zeitung oder ein anderes Informationsblatt als Quelle angeführt, so ist diese Zeitung oder dieses Informationsblatt anzugeben. Wird ein Rundfunkkommentar nach § 49 Abs. 1 in einer Zeitung oder einem anderen Informationsblatt abgedruckt oder durch Funk gesendet, so ist stets außer dem Urheber auch das Sendeunternehmen anzugeben, das den Kommentar gesendet hat.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 63a Gesetzliche Vergütungsansprüche

Auf gesetzliche Vergütungsansprüche nach diesem Abschnitt kann der Urheber im Voraus nicht verzichten. Sie können im Voraus nur an eine Verwertungsgesellschaft oder zusammen mit der Einräumung des Verlagsrechts dem Verleger abgetreten werden, wenn dieser sie durch eine

Verwertungsgesellschaft wahrnehmen lässt, die Rechte von Verlegern und Urhebern gemeinsam wahrnimmt.

Abschnitt 7

Dauer des Urheberrechts

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 64 Allgemeines

Das Urheberrecht erlischt siebenzig Jahre nach dem Tode des Urhebers.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 65 Miturheber, Filmwerke

(1) Steht das Urheberrecht mehreren Miturhebern (§ 8) zu, so erlischt es siebenzig Jahre nach dem Tode des längstlebenden Miturhebers.

(2) Bei Filmwerken und Werken, die ähnlich wie Filmwerke hergestellt werden, erlischt das Urheberrecht siebenzig Jahre nach dem Tod des Längstlebenden der folgenden Personen: Hauptregisseur, Urheber des Drehbuchs, Urheber der Dialoge, Komponist der für das betreffende Filmwerk komponierten Musik.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 66 Anonyme und pseudonyme Werke

(1) Bei anonymen und pseudonymen Werken erlischt das Urheberrecht siebenzig Jahre nach der Veröffentlichung. Es erlischt jedoch bereits siebenzig Jahre nach der Schaffung des Werkes, wenn das Werk innerhalb dieser Frist nicht veröffentlicht worden ist.

(2) Offenbart der Urheber seine Identität innerhalb der in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Frist oder lässt das vom Urheber angenommene Pseudonym keinen Zweifel an seiner Identität zu, so berechnet sich die Dauer des Urheberrechts nach den §§ 64 und 65. Dasselbe gilt, wenn innerhalb der in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Frist der wahre Name des Urhebers zur Eintragung in das Register anonymer und pseudonymer Werke (§ 138) angemeldet wird.

(3) Zu den Handlungen nach Absatz 2 sind der Urheber, nach seinem Tode sein Rechtsnachfolger (§ 30) oder der Testamentsvollstrecker (§ 28 Abs. 2) berechtigt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 67 Lieferungswerke

Bei Werken, die in inhaltlich nicht abgeschlossenen Teilen (Lieferungen) veröffentlicht werden, berechnet sich im Falle des § 66 Abs. 1 Satz 1 die Schutzfrist einer jeden Lieferung gesondert ab dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 68 (weggefallen)

-

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 69 Berechnung der Fristen

Die Fristen dieses Abschnitts beginnen mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem das für den Beginn der Frist maßgebende Ereignis eingetreten ist.

Abschnitt 8

Besondere Bestimmungen für Computerprogramme

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 69a Gegenstand des Schutzes

(1) Computerprogramme im Sinne dieses Gesetzes sind Programme in jeder Gestalt, einschließlich des Entwurfsmaterials.

(2) Der gewährte Schutz gilt für alle Ausdrucksformen eines Computerprogramms.

Ideen und Grundsätze, die einem Element eines Computerprogramms zugrunde liegen, einschließlich der den Schnittstellen zugrundeliegenden Ideen und Grundsätze, sind nicht geschützt.

(3) Computerprogramme werden geschützt, wenn sie individuelle Werke in dem Sinne darstellen, daß sie das Ergebnis der eigenen geistigen Schöpfung ihres Urhebers sind. Zur Bestimmung ihrer Schutzfähigkeit sind keine anderen Kriterien, insbesondere nicht qualitative oder ästhetische, anzuwenden.

(4) Auf Computerprogramme finden die für Sprachwerke geltenden Bestimmungen Anwendung, soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist.

(5) Die Vorschriften der §§ 95a bis 95d finden auf Computerprogramme keine Anwendung.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 69b Urheber in Arbeits- und Dienstverhältnissen

(1) Wird ein Computerprogramm von einem Arbeitnehmer in Wahrnehmung seiner Aufgaben oder nach den Anweisungen seines Arbeitgebers geschaffen, so ist ausschließlich der Arbeitgeber zur Ausübung aller vermögensrechtlichen Befugnisse an dem Computerprogramm berechtigt, sofern nichts anderes vereinbart ist.

(2) Absatz 1 ist auf Dienstverhältnisse entsprechend anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 69c Zustimmungsbedürftige Handlungen

Der Rechtsinhaber hat das ausschließliche Recht, folgende Handlungen vorzunehmen oder zu gestatten:

1.

die dauerhafte oder vorübergehende Vervielfältigung, ganz oder teilweise, eines Computerprogramms mit jedem Mittel und in jeder Form. Soweit das Laden, Anzeigen, Ablaufen, Übertragen oder Speichern des Computerprogramms eine Vervielfältigung erfordert, bedürfen diese Handlungen der Zustimmung des Rechtsinhabers;

2.

die Übersetzung, die Bearbeitung, das Arrangement und andere Umarbeitungen eines Computerprogramms sowie die Vervielfältigung der erzielten Ergebnisse. Die Rechte derjenigen, die das Programm bearbeiten, bleiben unberührt;

3.

jede Form der Verbreitung des Originals eines Computerprogramms oder von Vervielfältigungsstücken, einschließlich der Vermietung. Wird ein Vervielfältigungsstück eines Computerprogramms mit Zustimmung des Rechtsinhabers im Gebiet der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum im Wege der Veräußerung in Verkehr gebracht, so erschöpft sich das Verbreitungsrecht in bezug auf dieses Vervielfältigungsstück mit Ausnahme des Vermietrechts;

4.

die drahtgebundene oder drahtlose öffentliche Wiedergabe eines Computerprogramms einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung in der Weise, dass es Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 69d Ausnahmen von den zustimmungsbedürftigen Handlungen

(1) Soweit keine besonderen vertraglichen Bestimmungen vorliegen, bedürfen die in § 69c Nr. 1 und 2 genannten Handlungen nicht der Zustimmung des

Rechtsinhabers, wenn sie für eine bestimmungsgemäße Benutzung des Computerprogramms einschließlich der Fehlerberichtigung durch jeden zur Verwendung eines Vervielfältigungsstücks des Programms Berechtigten notwendig sind.

(2) Die Erstellung einer Sicherungskopie durch eine Person, die zur Benutzung des Programms berechtigt ist, darf nicht vertraglich untersagt werden, wenn sie für die Sicherung künftiger Benutzung erforderlich ist.

(3) Der zur Verwendung eines Vervielfältigungsstücks eines Programms Berechtigte kann ohne Zustimmung des Rechtsinhabers das Funktionieren dieses Programms beobachten, untersuchen oder testen, um die einem Programmelement zugrundeliegenden Ideen und Grundsätze zu ermitteln, wenn dies durch Handlungen zum Laden, Anzeigen, Ablaufen, Übertragen oder Speichern des Programms geschieht, zu denen er berechtigt ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 69e Dekompilierung

(1) Die Zustimmung des Rechtsinhabers ist nicht erforderlich, wenn die Vervielfältigung des Codes oder die Übersetzung der Codeform im Sinne des § 69c Nr. 1 und 2 unerlässlich ist, um die erforderlichen Informationen zur Herstellung der Interoperabilität eines unabhängig geschaffenen Computerprogramms mit anderen Programmen zu erhalten, sofern folgende Bedingungen erfüllt sind:

1.

Die Handlungen werden von dem Lizenznehmer oder von einer anderen zur Verwendung eines Vervielfältigungsstücks des Programms berechtigten Person oder in deren Namen von einer hierzu ermächtigten Person vorgenommen;

2.

die für die Herstellung der Interoperabilität notwendigen Informationen sind für die in Nummer 1 genannten Personen noch nicht ohne weiteres zugänglich gemacht;

3.

die Handlungen beschränken sich auf die Teile des ursprünglichen Programms, die zur Herstellung der Interoperabilität notwendig sind.

(2) Bei Handlungen nach Absatz 1 gewonnene Informationen dürfen nicht

1.

zu anderen Zwecken als zur Herstellung der Interoperabilität des unabhängig geschaffenen Programms verwendet werden,

2.

an Dritte weitergegeben werden, es sei denn, daß dies für die Interoperabilität des unabhängig geschaffenen Programms notwendig ist,

3.

für die Entwicklung, Herstellung oder Vermarktung eines Programms mit im wesentlichen ähnlicher Ausdrucksform oder für irgendwelche anderen das Urheberrecht verletzenden Handlungen verwendet werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind so auszulegen, daß ihre Anwendung weder die normale Auswertung des Werkes beeinträchtigt noch die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers unzumutbar verletzt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 69f Rechtsverletzungen

(1) Der Rechtsinhaber kann von dem Eigentümer oder Besitzer verlangen, daß alle rechtswidrig hergestellten, verbreiteten oder zur rechtswidrigen Verbreitung bestimmten Vervielfältigungsstücke vernichtet werden. § 98 Abs. 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.

(2) Absatz 1 ist entsprechend auf Mittel anzuwenden, die allein dazu bestimmt

sind, die unerlaubte Beseitigung oder Umgehung technischer Programmschutzmechanismen zu erleichtern.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 69g Anwendung sonstiger Rechtsvorschriften, Vertragsrecht

(1) Die Bestimmungen dieses Abschnitts lassen die Anwendung sonstiger Rechtsvorschriften auf Computerprogramme, insbesondere über den Schutz von Erfindungen, Topographien von Halbleitererzeugnissen, Marken und den Schutz gegen unlauteren Wettbewerb einschließlich des Schutzes von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, sowie schuldrechtliche Vereinbarungen unberührt.

(2) Vertragliche Bestimmungen, die in Widerspruch zu § 69d Abs. 2 und 3 und § 69e stehen, sind nichtig.

Teil 2

Verwandte Schutzrechte

Abschnitt 1

Schutz bestimmter Ausgaben

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 70 Wissenschaftliche Ausgaben

(1) Ausgaben urheberrechtlich nicht geschützter Werke oder Texte werden in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Teils 1 geschützt, wenn sie das Ergebnis wissenschaftlich sichtender Tätigkeit darstellen und sich wesentlich von den bisher bekannten Ausgaben der Werke oder Texte unterscheiden.

(2) Das Recht steht dem Verfasser der Ausgabe zu.

(3) Das Recht erlischt fünfundzwanzig Jahre nach dem Erscheinen der Ausgabe, jedoch bereits fünfundzwanzig Jahre nach der Herstellung, wenn die Ausgabe innerhalb dieser Frist nicht erschienen ist. Die Frist ist nach § 69 zu berechnen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 71 Nachgelassene Werke

(1) Wer ein nicht erschienenes Werk nach Erlöschen des Urheberrechts erlaubterweise erstmals erscheinen läßt oder erstmals öffentlich wiedergibt, hat das ausschließliche Recht, das Werk zu verwerten. Das gleiche gilt für nicht erschienene Werke, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes niemals geschützt waren, deren Urheber aber schon länger als siebenzig Jahre tot ist. Die §§ 5 und 10 Abs. 1 sowie die §§ 15 bis 24, 26, 27, 44a bis 63 und 88 sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Das Recht ist übertragbar.

(3) Das Recht erlischt fünfundzwanzig Jahre nach dem Erscheinen des Werkes oder, wenn seine erste öffentliche Wiedergabe früher erfolgt ist, nach dieser. Die Frist ist nach § 69 zu berechnen.

Abschnitt 2

Schutz der Lichtbilder

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 72 Lichtbilder

(1) Lichtbilder und Erzeugnisse, die ähnlich wie Lichtbilder hergestellt werden, werden in entsprechender Anwendung der für Lichtbildwerke geltenden Vorschriften des Teils 1 geschützt.

(2) Das Recht nach Absatz 1 steht dem Lichtbildner zu.

(3) Das Recht nach Absatz 1 erlischt fünfzig Jahre nach dem Erscheinen des Lichtbildes oder, wenn seine erste erlaubte öffentliche Wiedergabe früher erfolgt

ist, nach dieser, jedoch bereits fünfzig Jahre nach der Herstellung, wenn das Lichtbild innerhalb dieser Frist nicht erschienen oder erlaubterweise öffentlich wiedergegeben worden ist. Die Frist ist nach § 69 zu berechnen.

Abschnitt 3

Schutz des ausübenden Künstlers

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 73 Ausübender Künstler

Ausübender Künstler im Sinne dieses Gesetzes ist, wer ein Werk oder eine Ausdrucksform der Volkskunst aufführt, singt, spielt oder auf eine andere Weise darbietet oder an einer solchen Darbietung künstlerisch mitwirkt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 74 Anerkennung als ausübender Künstler

(1) Der ausübende Künstler hat das Recht, in Bezug auf seine Darbietung als solcher anerkannt zu werden. Er kann dabei bestimmen, ob und mit welchem Namen er genannt wird.

(2) Haben mehrere ausübende Künstler gemeinsam eine Darbietung erbracht und erfordert die Nennung jedes einzelnen von ihnen einen unverhältnismäßigen Aufwand, so können sie nur verlangen, als Künstlergruppe genannt zu werden. Hat die Künstlergruppe einen gewählten Vertreter (Vorstand), so ist dieser gegenüber Dritten allein zur Vertretung befugt. Hat eine Gruppe keinen Vorstand, so kann das Recht nur durch den Leiter der Gruppe, mangels eines solchen nur durch einen von der Gruppe zu wählenden Vertreter geltend gemacht werden. Das Recht eines beteiligten ausübenden Künstlers auf persönliche Nennung bleibt bei einem besonderen Interesse unberührt.

(3) § 10 Abs. 1 gilt entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 75 Beeinträchtigungen der Darbietung

Der ausübende Künstler hat das Recht, eine Entstellung oder eine andere Beeinträchtigung seiner Darbietung zu verbieten, die geeignet ist, sein Ansehen oder seinen Ruf als ausübender Künstler zu gefährden. Haben mehrere ausübende Künstler gemeinsam eine Darbietung erbracht, so haben sie bei der Ausübung des Rechts aufeinander angemessene Rücksicht zu nehmen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 76 Dauer der Persönlichkeitsrechte

Die in den §§ 74 und 75 bezeichneten Rechte erlöschen mit dem Tode des ausübenden Künstlers, jedoch erst 50 Jahre nach der Darbietung, wenn der ausübende Künstler vor Ablauf dieser Frist verstorben ist, sowie nicht vor Ablauf der für die Verwertungsrechte nach § 82 geltenden Frist. Die Frist ist nach § 69 zu berechnen. Haben mehrere ausübende Künstler gemeinsam eine Darbietung erbracht, so ist der Tod des letzten der beteiligten ausübenden Künstler maßgeblich. Nach dem Tod des ausübenden Künstlers stehen die Rechte seinen Angehörigen (§ 60 Abs. 2) zu.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 77 Aufnahme, Vervielfältigung und Verbreitung

(1) Der ausübende Künstler hat das ausschließliche Recht, seine Darbietung auf Bild- oder Tonträger aufzunehmen.

(2) Der ausübende Künstler hat das ausschließliche Recht, den Bild- oder Tonträger, auf den seine Darbietung aufgenommen worden ist, zu vervielfältigen und zu verbreiten. § 27 ist entsprechend anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 78 Öffentliche Wiedergabe

(1) Der ausübende Künstler hat das ausschließliche Recht, seine Darbietung

1.

öffentlich zugänglich zu machen (§ 19a),

2.

zu senden, es sei denn, dass die Darbietung erlaubterweise auf Bild- oder Tonträger aufgenommen worden ist, die erschienen oder erlaubterweise öffentlich zugänglich gemacht worden sind,

3.

außerhalb des Raumes, in dem sie stattfindet, durch Bildschirm, Lautsprecher oder ähnliche technische Einrichtungen öffentlich wahrnehmbar zu machen.

(2) Dem ausübenden Künstler ist eine angemessene Vergütung zu zahlen, wenn

1.

die Darbietung nach Absatz 1 Nr. 2 erlaubterweise gesendet,

2.

die Darbietung mittels Bild- oder Tonträger öffentlich wahrnehmbar gemacht oder

3.

die Sendung oder die auf öffentlicher Zugänglichmachung beruhende Wiedergabe der Darbietung öffentlich wahrnehmbar gemacht wird.

(3) Auf Vergütungsansprüche nach Absatz 2 kann der ausübende Künstler im Voraus nicht verzichten. Sie können im Voraus nur an eine Verwertungsgesellschaft abgetreten werden.

(4) § 20b gilt entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 79 Nutzungsrechte

(1) Der ausübende Künstler kann seine Rechte und Ansprüche aus den §§ 77 und 78 übertragen. § 78 Abs. 3 und 4 bleibt unberührt.

(2) Der ausübende Künstler kann einem anderen das Recht einräumen, die Darbietung auf einzelne oder alle der ihm vorbehaltenen Nutzungsarten zu nutzen. Die §§ 31, 32 bis 32b, 33 bis 42 und 43 sind entsprechend anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 80 Gemeinsame Darbietung mehrerer ausübender Künstler

(1) Erbringen mehrere ausübende Künstler gemeinsam eine Darbietung, ohne dass sich ihre Anteile gesondert verwerten lassen, so steht ihnen das Recht zur Verwertung zur gesamten Hand zu. Keiner der beteiligten ausübenden Künstler darf seine Einwilligung zur Verwertung wider Treu und Glauben verweigern. § 8 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.

(2) Für die Geltendmachung der sich aus den §§ 77 und 78 ergebenden Rechte und Ansprüche gilt § 74 Abs. 2 Satz 2 und 3 entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 81 Schutz des Veranstalters

Wird die Darbietung des ausübenden Künstlers von einem Unternehmen veranstaltet, so stehen die Rechte nach § 77 Abs. 1 und 2 Satz 1 sowie § 78 Abs. 1 neben dem ausübenden Künstler auch dem Inhaber des Unternehmens zu. § 10 Abs. 1, § 31 sowie die §§ 33 und 38 gelten entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 82 Dauer der Verwertungsrechte

Ist die Darbietung des ausübenden Künstlers auf einen Bild- oder Tonträger aufgenommen worden, so erlöschen die in den §§ 77 und 78 bezeichneten Rechte des ausübenden Künstlers 50 Jahre, die in § 81 bezeichneten Rechte des Veranstalters 25 Jahre nach dem Erscheinen des Bild- oder Tonträgers oder, wenn

dessen erste erlaubte Benutzung zur öffentlichen Wiedergabe früher erfolgt ist, nach dieser. Die Rechte des ausübenden Künstlers erlöschen jedoch bereits 50 Jahre, diejenigen des Veranstalters 25 Jahre nach der Darbietung, wenn der Bild- oder Tonträger innerhalb dieser Frist nicht erschienen oder erlaubterweise zur öffentlichen Wiedergabe benutzt worden ist. Die Frist nach Satz 1 oder 2 ist nach § 69 zu berechnen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 83 Schranken der Verwertungsrechte

Auf die dem ausübenden Künstler nach den §§ 77 und 78 sowie die dem Veranstalter nach § 81 zustehenden Rechte sind die Vorschriften des Abschnitts 6 des Teils 1 entsprechend anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 84 (weggefallen)

-

Abschnitt 4

Schutz des Herstellers von Tonträgern

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 85 Verwertungsrechte

(1) Der Hersteller eines Tonträgers hat das ausschließliche Recht, den Tonträger zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich zugänglich zu machen. Ist der Tonträger in einem Unternehmen hergestellt worden, so gilt der Inhaber des Unternehmens als Hersteller. Das Recht entsteht nicht durch Vervielfältigung eines Tonträgers.

(2) Das Recht ist übertragbar. Der Tonträgerhersteller kann einem anderen das Recht einräumen, den Tonträger auf einzelne oder alle der ihm vorbehaltenen Nutzungsarten zu nutzen. § 31 und die §§ 33 und 38 gelten entsprechend.

(3) Das Recht erlischt 50 Jahre nach dem Erscheinen des Tonträgers. Ist der Tonträger innerhalb von 50 Jahren nach der Herstellung nicht erschienen, aber erlaubterweise zur öffentlichen Wiedergabe benutzt worden, so erlischt das Recht 50 Jahre nach dieser. Ist der Tonträger innerhalb dieser Frist nicht erschienen oder erlaubterweise zur öffentlichen Wiedergabe benutzt worden, so erlischt das Recht 50 Jahre nach der Herstellung des Tonträgers. Die Frist ist nach § 69 zu berechnen.

(4) § 10 Abs. 1 und § 27 Abs. 2 und 3 sowie die Vorschriften des Teils 1 Abschnitt 6 gelten entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 86 Anspruch auf Beteiligung

Wird ein erschienener oder erlaubterweise öffentlich zugänglich gemachter Tonträger, auf den die Darbietung eines ausübenden Künstlers aufgenommen ist, zur öffentlichen Wiedergabe der Darbietung benutzt, so hat der Hersteller des Tonträgers gegen den ausübenden Künstler einen Anspruch auf angemessene Beteiligung an der Vergütung, die dieser nach § 78 Abs. 2 erhält.

Abschnitt 5

Schutz des Sendeunternehmens

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 87 Sendeunternehmen

(1) Das Sendeunternehmen hat das ausschließliche Recht,

1.

seine Funksendung weiterzusenden und öffentlich zugänglich zu machen,

2.

seine Funksendung auf Bild- oder Tonträger aufzunehmen, Lichtbilder von seiner Funksendung herzustellen sowie die Bild- oder Tonträger oder Lichtbilder zu vervielfältigen und zu verbreiten, ausgenommen das Vermietrecht,

3.

an Stellen, die der Öffentlichkeit nur gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes zugänglich sind, seine Funksendung öffentlich wahrnehmbar zu machen.

(2) Das Recht ist übertragbar. Das Sendeunternehmen kann einem anderen das Recht einräumen, die Funksendung auf einzelne oder alle der ihm vorbehaltenen Nutzungsarten zu nutzen. § 31 und die §§ 33 und 38 gelten entsprechend.

(3) Das Recht erlischt 50 Jahre nach der ersten Funksendung. Die Frist ist nach § 69 zu berechnen.

(4) § 10 Abs. 1 sowie die Vorschriften des Teils 1 Abschnitt 6 mit Ausnahme des § 47 Abs. 2 Satz 2 und des § 54 Abs. 1 gelten entsprechend.

(5) Sendeunternehmen und Kabelunternehmen sind gegenseitig verpflichtet, einen Vertrag über die Kabelweisersendung im Sinne des § 20b Abs. 1 Satz 1 zu angemessenen Bedingungen abzuschließen, sofern nicht ein die Ablehnung des Vertragsabschlusses sachlich rechtfertigender Grund besteht; die Verpflichtung des Sendeunternehmens gilt auch für die ihm in bezug auf die eigene Sendung eingeräumten oder übertragenen Senderechte. Auf Verlangen des Kabelunternehmens oder des Sendeunternehmens ist der Vertrag gemeinsam mit den in Bezug auf die Kabelweisersendung anspruchsberechtigten Verwertungsgesellschaften zu schließen, sofern nicht ein die Ablehnung eines gemeinsamen Vertragsschlusses sachlich rechtfertigender Grund besteht.

Abschnitt 6

Schutz des Datenbankherstellers

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 87a Begriffsbestimmungen

(1) Datenbank im Sinne dieses Gesetzes ist eine Sammlung von Werken, Daten oder anderen unabhängigen Elementen, die systematisch oder methodisch angeordnet und einzeln mit Hilfe elektronischer Mittel oder auf andere Weise zugänglich sind und deren Beschaffung, Überprüfung oder Darstellung eine nach Art oder Umfang wesentliche Investition erfordert. Eine in ihrem Inhalt nach Art oder Umfang wesentlich geänderte Datenbank gilt als neue Datenbank, sofern die Änderung eine nach Art oder Umfang wesentliche Investition erfordert.

(2) Datenbankhersteller im Sinne dieses Gesetzes ist derjenige, der die Investition im Sinne des Absatzes 1 vorgenommen hat.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 87b Rechte des Datenbankherstellers

(1) Der Datenbankhersteller hat das ausschließliche Recht, die Datenbank insgesamt oder einen nach Art oder Umfang wesentlichen Teil der Datenbank zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben. Der Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentlichen Wiedergabe eines nach Art oder Umfang wesentlichen Teils der Datenbank steht die wiederholte und systematische Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe von nach Art und Umfang unwesentlichen Teilen der Datenbank gleich, sofern diese Handlungen einer normalen Auswertung der Datenbank zuwiderlaufen oder die berechtigten Interessen des Datenbankherstellers unzumutbar beeinträchtigen.

(2) § 10 Abs. 1, § 17 Abs. 2 und § 27 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 87c Schranken des Rechts des Datenbankherstellers

(1) Die Vervielfältigung eines nach Art oder Umfang wesentlichen Teils einer Datenbank ist zulässig

1.

zum privaten Gebrauch; dies gilt nicht für eine Datenbank, deren Elemente einzeln mit Hilfe elektronischer Mittel zugänglich sind,

2.

zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist und der wissenschaftliche Gebrauch nicht zu gewerblichen Zwecken erfolgt,

3.

für die Benutzung zur Veranschaulichung des Unterrichts, sofern sie nicht zu gewerblichen Zwecken erfolgt.

In den Fällen der Nummern 2 und 3 ist die Quelle deutlich anzugeben.

(2) Die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Wiedergabe eines nach Art oder Umfang wesentlichen Teils einer Datenbank ist zulässig zur Verwendung in Verfahren vor einem Gericht, einem Schiedsgericht oder einer Behörde sowie für Zwecke der öffentlichen Sicherheit.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 87d Dauer der Rechte

Die Rechte des Datenbankherstellers erlöschen fünfzehn Jahre nach der Veröffentlichung der Datenbank, jedoch bereits fünfzehn Jahre nach der Herstellung, wenn die Datenbank innerhalb dieser Frist nicht veröffentlicht worden ist. Die Frist ist nach § 69 zu berechnen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 87e Verträge über die Benutzung einer Datenbank

Eine vertragliche Vereinbarung, durch die sich der Eigentümer eines mit Zustimmung des Datenbankherstellers durch Veräußerung in Verkehr gebrachten Vervielfältigungsstücks der Datenbank, der in sonstiger Weise zu dessen Gebrauch Berechtigte oder derjenige, dem eine Datenbank aufgrund eines mit dem Datenbankhersteller oder eines mit dessen Zustimmung mit einem Dritten geschlossenen Vertrags zugänglich gemacht wird, gegenüber dem Datenbankhersteller verpflichtet, die Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe von nach Art und Umfang unwesentlichen Teilen der Datenbank zu unterlassen, ist insoweit unwirksam, als diese Handlungen weder einer normalen Auswertung der Datenbank zuwiderlaufen noch die berechtigten Interessen des Datenbankherstellers unzumutbar beeinträchtigen.

Teil 3

Besondere Bestimmungen für Filme

Abschnitt 1

Filmwerke

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 88 Recht zur Verfilmung

(1) Gestattet der Urheber einem anderen, sein Werk zu verfilmen, so liegt darin im Zweifel die Einräumung des ausschließlichen Rechts, das Werk unverändert oder unter Bearbeitung oder Umgestaltung zur Herstellung eines Filmwerkes zu benutzen und das Filmwerk sowie Übersetzungen und andere filmische Bearbeitungen auf alle Nutzungsarten zu nutzen. § 31a Abs. 1 Satz 3 und 4 und Abs. 2 bis 4 findet keine Anwendung.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Befugnisse berechtigen im Zweifel nicht zu einer Wiederverfilmung des Werkes. Der Urheber ist im Zweifel berechtigt, sein Werk nach Ablauf von zehn Jahren nach Vertragsabschluß anderweit filmisch zu verwerten.

(3) (weggefallen)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 89 Rechte am Filmwerk

(1) Wer sich zur Mitwirkung bei der Herstellung eines Filmes verpflichtet, räumt damit für den Fall, daß er ein Urheberrecht am Filmwerk erwirbt, dem Filmhersteller im Zweifel das ausschließliche Recht ein, das Filmwerk sowie Übersetzungen und andere filmische Bearbeitungen oder Umgestaltungen des Filmwerkes auf alle Nutzungsarten zu nutzen. § 31a Abs. 1 Satz 3 und 4 und Abs. 2 bis 4 findet keine Anwendung.

(2) Hat der Urheber des Filmwerkes das in Absatz 1 bezeichnete Nutzungsrecht im voraus einem Dritten eingeräumt, so behält er gleichwohl stets die Befugnis, dieses Recht beschränkt oder unbeschränkt dem Filmhersteller einzuräumen.

(3) Die Urheberrechte an den zur Herstellung des Filmwerkes benutzten Werken, wie Roman, Drehbuch und Filmmusik, bleiben unberührt.

(4) Für die Rechte zur filmischen Verwertung der bei der Herstellung eines Filmwerkes entstehenden Lichtbilder und Lichtbildwerke gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 90 Einschränkung der Rechte

Die Bestimmungen über die Übertragung von Nutzungsrechten (§ 34) und über die Einräumung weiterer Nutzungsrechte (§ 35) sowie über das Rückrufrecht wegen Nichtausübung (§ 41) und wegen gewandelter Überzeugung (§ 42) gelten nicht für die in § 88 Abs. 1 und § 89 Abs. 1 bezeichneten Rechte. Satz 1 findet bis zum Beginn der Dreharbeiten für das Recht zur Verfilmung keine Anwendung.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 91 (weggefallen)

-

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 92 Ausübende Künstler

(1) Schließt ein ausübender Künstler mit dem Filmhersteller einen Vertrag über seine Mitwirkung bei der Herstellung eines Filmwerks, so liegt darin im Zweifel hinsichtlich der Verwertung des Filmwerks die Einräumung des Rechts, die Darbietung auf eine der dem ausübenden Künstler nach § 77 Abs. 1 und 2 Satz 1 und § 78 Abs. 1 Nr. 1 und 2 vorbehaltenen Nutzungsarten zu nutzen.

(2) Hat der ausübende Künstler im Voraus ein in Absatz 1 genanntes Recht übertragen oder einem Dritten hieran ein Nutzungsrecht eingeräumt, so behält er gleichwohl die Befugnis, dem Filmhersteller dieses Recht hinsichtlich der Verwertung des Filmwerkes zu übertragen oder einzuräumen.

(3) § 90 gilt entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 93 Schutz gegen Entstellung; Namensnennung

(1) Die Urheber des Filmwerkes und der zu seiner Herstellung benutzten Werke sowie die Inhaber verwandter Schutzrechte, die bei der Herstellung des Filmwerkes mitwirken oder deren Leistungen zur Herstellung des Filmwerkes benutzt werden, können nach den §§ 14 und 75 hinsichtlich der Herstellung und Verwertung des Filmwerkes nur gröbliche Entstellungen oder andere gröbliche Beeinträchtigungen ihrer Werke oder Leistungen verbieten. Sie haben hierbei

aufeinander und auf den Filmhersteller angemessene Rücksicht zu nehmen.

(2) Die Nennung jedes einzelnen an einem Film mitwirkenden ausübenden Künstlers ist nicht erforderlich, wenn sie einen unverhältnismäßigen Aufwand bedeutet.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 94 Schutz des Filmherstellers

(1) Der Filmhersteller hat das ausschließliche Recht, den Bildträger oder Bild- und Tonträger, auf den das Filmwerk aufgenommen ist, zu vervielfältigen, zu verbreiten und zur öffentlichen Vorführung, Funksendung oder öffentlichen Zugänglichmachung zu benutzen. Der Filmhersteller hat ferner das Recht, jede Entstellung oder Kürzung des Bildträgers oder Bild- und Tonträgers zu verbieten, die geeignet ist, seine berechtigten Interessen an diesem zu gefährden.

(2) Das Recht ist übertragbar. Der Filmhersteller kann einem anderen das Recht einräumen, den Bildträger oder Bild- und Tonträger auf einzelne oder alle der ihm vorbehaltenen Nutzungsarten zu nutzen. § 31 und die §§ 33 und 38 gelten entsprechend.

(3) Das Recht erlischt fünfzig Jahre nach dem Erscheinen des Bildträgers oder Bild- und Tonträgers oder, wenn seine erste erlaubte Benutzung zur öffentlichen Wiedergabe früher erfolgt ist, nach dieser, jedoch bereits fünfzig Jahre nach der Herstellung, wenn der Bildträger oder Bild- und Tonträger innerhalb dieser Frist nicht erschienen oder erlaubterweise zur öffentlichen Wiedergabe benutzt worden ist.

(4) § 10 Abs. 1 und die §§ 20b und 27 Abs. 2 und 3 sowie die Vorschriften des Abschnitts 6 des Teils 1 sind entsprechend anzuwenden.

Abschnitt 2

Laufbilder

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 95 Laufbilder

Die §§ 88, 89 Abs. 4, 90, 93 und 94 sind auf Bildfolgen und Bild- und Tonfolgen, die nicht als Filmwerke geschützt sind, entsprechend anzuwenden.

Teil 4

Gemeinsame Bestimmungen für Urheberrecht und verwandte Schutzrechte

Abschnitt 1

Ergänzende Schutzbestimmungen

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 95a Schutz technischer Maßnahmen

(1) Wirksame technische Maßnahmen zum Schutz eines nach diesem Gesetz geschützten Werkes oder eines anderen nach diesem Gesetz geschützten Schutzgegenstandes dürfen ohne Zustimmung des Rechtsinhabers nicht umgangen werden, soweit dem Handelnden bekannt ist oder den Umständen nach bekannt sein muss, dass die Umgehung erfolgt, um den Zugang zu einem solchen Werk oder Schutzgegenstand oder deren Nutzung zu ermöglichen.

(2) Technische Maßnahmen im Sinne dieses Gesetzes sind Technologien, Vorrichtungen und Bestandteile, die im normalen Betrieb dazu bestimmt sind, geschützte Werke oder andere nach diesem Gesetz geschützte Schutzgegenstände betreffende Handlungen, die vom Rechtsinhaber nicht genehmigt sind, zu verhindern oder einzuschränken. Technische Maßnahmen sind wirksam, soweit durch sie die Nutzung eines geschützten Werkes oder eines

anderen nach diesem Gesetz geschützten Schutzgegenstandes von dem Rechtsinhaber durch eine Zugangskontrolle, einen Schutzmechanismus wie Verschlüsselung, Verzerrung oder sonstige Umwandlung oder einen Mechanismus zur Kontrolle der Vervielfältigung, die die Erreichung des Schutzziels sicherstellen, unter Kontrolle gehalten wird.

(3) Verboten sind die Herstellung, die Einfuhr, die Verbreitung, der Verkauf, die Vermietung, die Werbung im Hinblick auf Verkauf oder Vermietung und der gewerblichen Zwecken dienende Besitz von Vorrichtungen, Erzeugnissen oder Bestandteilen sowie die Erbringung von Dienstleistungen, die

1.

Gegenstand einer Verkaufsförderung, Werbung oder Vermarktung mit dem Ziel der Umgehung wirksamer technischer Maßnahmen sind oder

2.

abgesehen von der Umgehung wirksamer technischer Maßnahmen nur einen begrenzten wirtschaftlichen Zweck oder Nutzen haben oder

3.

hauptsächlich entworfen, hergestellt, angepasst oder erbracht werden, um die Umgehung wirksamer technischer Maßnahmen zu ermöglichen oder zu erleichtern.

(4) Von den Verboten der Absätze 1 und 3 unberührt bleiben Aufgaben und Befugnisse öffentlicher Stellen zum Zwecke des Schutzes der öffentlichen Sicherheit oder der Strafrechtspflege.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 95b Durchsetzung von Schrankenbestimmungen

(1) Soweit ein Rechtsinhaber technische Maßnahmen nach Maßgabe dieses Gesetzes anwendet, ist er verpflichtet, den durch eine der nachfolgend genannten Bestimmungen Begünstigten, soweit sie rechtmäßig Zugang zu dem Werk oder Schutzgegenstand haben, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um von diesen Bestimmungen in dem erforderlichen Maße Gebrauch machen zu können:

1.

§ 45 (Rechtspflege und öffentliche Sicherheit),

2.

§ 45a (Behinderte Menschen),

3.

§ 46 (Sammlungen für Kirchen-, Schul- oder Unterrichtsgebrauch), mit Ausnahme des Kirchengebrauchs,

4.

§ 47 (Schulfunksendungen),

5.

§ 52a (Öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung),

6.

§ 53 (Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch)

a)

Absatz 1, soweit es sich um Vervielfältigungen auf Papier oder einen ähnlichen Träger mittels beliebiger photomechanischer Verfahren oder anderer Verfahren mit ähnlicher Wirkung handelt,

b)

Absatz 2 Satz 1 Nr. 1,

c)

Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 in Verbindung mit Satz 2 Nr. 1 oder 3,

d)

Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und 4 jeweils in Verbindung mit Satz 2 Nr. 1 und Satz 3,

e)

Absatz 3,

7.

§ 55 (Vervielfältigung durch Sendeunternehmen).

Vereinbarungen zum Ausschluss der Verpflichtungen nach Satz 1 sind unwirksam.

(2) Wer gegen das Gebot nach Absatz 1 verstößt, kann von dem Begünstigten einer der genannten Bestimmungen darauf in Anspruch genommen werden, die zur Verwirklichung der jeweiligen Befugnis benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen. Entspricht das angebotene Mittel einer Vereinbarung zwischen Vereinigungen der Rechtsinhaber und der durch die Schrankenregelung Begünstigten, so wird vermutet, dass das Mittel ausreicht.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit Werke und sonstige Schutzgegenstände der Öffentlichkeit auf Grund einer vertraglichen Vereinbarung in einer Weise zugänglich gemacht werden, dass sie Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich sind.

(4) Zur Erfüllung der Verpflichtungen aus Absatz 1 angewandte technische Maßnahmen, einschließlich der zur Umsetzung freiwilliger Vereinbarungen angewandten Maßnahmen, genießen Rechtsschutz nach § 95a.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 95c Schutz der zur Rechtewahrnehmung erforderlichen Informationen

(1) Von Rechtsinhabern stammende Informationen für die Rechtewahrnehmung dürfen nicht entfernt oder verändert werden, wenn irgendeine der betreffenden Informationen an einem Vervielfältigungsstück eines Werkes oder eines sonstigen Schutzgegenstandes angebracht ist oder im Zusammenhang mit der öffentlichen Wiedergabe eines solchen Werkes oder Schutzgegenstandes erscheint und wenn die Entfernung oder Veränderung wissentlich unbefugt erfolgt und dem Handelnden bekannt ist oder den Umständen nach bekannt sein muss, dass er dadurch die Verletzung von Urheberrechten oder verwandter Schutzrechte veranlasst, ermöglicht, erleichtert oder verschleiert.

(2) Informationen für die Rechtewahrnehmung im Sinne dieses Gesetzes sind elektronische Informationen, die Werke oder andere Schutzgegenstände, den Urheber oder jeden anderen Rechtsinhaber identifizieren, Informationen über die Modalitäten und Bedingungen für die Nutzung der Werke oder Schutzgegenstände sowie die Zahlen und Codes, durch die derartige Informationen ausgedrückt werden.

(3) Werke oder sonstige Schutzgegenstände, bei denen Informationen für die Rechtewahrnehmung unbefugt entfernt oder geändert wurden, dürfen nicht wissentlich unbefugt verbreitet, zur Verbreitung eingeführt, gesendet, öffentlich wiedergegeben oder öffentlich zugänglich gemacht werden, wenn dem Handelnden bekannt ist oder den Umständen nach bekannt sein muss, dass er dadurch die Verletzung von Urheberrechten oder verwandter Schutzrechte veranlasst, ermöglicht, erleichtert oder verschleiert.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 95d Kennzeichnungspflichten

(1) Werke und andere Schutzgegenstände, die mit technischen Maßnahmen geschützt werden, sind deutlich sichtbar mit Angaben über die Eigenschaften der technischen Maßnahmen zu kennzeichnen.

(2) Wer Werke und andere Schutzgegenstände mit technischen Maßnahmen schützt, hat diese zur Ermöglichung der Geltendmachung von Ansprüchen nach §

95b Abs. 2 mit seinem Namen oder seiner Firma und der zustellungsfähigen Anschrift zu kennzeichnen. Satz 1 findet in den Fällen des § 95b Abs. 3 keine Anwendung.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 96 Verwertungsverbot

(1) Rechtswidrig hergestellte Vervielfältigungsstücke dürfen weder verbreitet noch zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden.

(2) Rechtswidrig veranstaltete Funksendungen dürfen nicht auf Bild- oder Tonträger aufgenommen oder öffentlich wiedergegeben werden.

Abschnitt 2

Rechtsverletzungen

Unterabschnitt 1

Bürgerlich-rechtliche Vorschriften; Rechtsweg

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 97 Anspruch auf Unterlassung und Schadensersatz

(1) Wer das Urheberrecht oder ein anderes nach diesem Gesetz geschütztes Recht widerrechtlich verletzt, kann von dem Verletzten auf Beseitigung der Beeinträchtigung, bei Wiederholungsgefahr auf Unterlassung in Anspruch genommen werden. Der Anspruch auf Unterlassung besteht auch dann, wenn eine Zuwiderhandlung erstmalig droht.

(2) Wer die Handlung vorsätzlich oder fahrlässig vornimmt, ist dem Verletzten zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Bei der Bemessung des Schadensersatzes kann auch der Gewinn, den der Verletzer durch die Verletzung des Rechts erzielt hat, berücksichtigt werden. Der Schadensersatzanspruch kann auch auf der Grundlage des Betrages berechnet werden, den der Verletzer als angemessene Vergütung hätte entrichten müssen, wenn er die Erlaubnis zur Nutzung des verletzten Rechts eingeholt hätte. Urheber, Verfasser wissenschaftlicher Ausgaben (§ 70), Lichtbildner (§ 72) und ausübende Künstler (§ 73) können auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine Entschädigung in Geld verlangen, wenn und soweit dies der Billigkeit entspricht.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 97a Abmahnung

(1) Der Verletzte soll den Verletzer vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens auf Unterlassung abmahnen und ihm Gelegenheit geben, den Streit durch Abgabe einer mit einer angemessenen Vertragsstrafe bewehrten

Unterlassungsverpflichtung beizulegen. Soweit die Abmahnung berechtigt ist, kann der Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangt werden.

(2) Der Ersatz der erforderlichen Aufwendungen für die Inanspruchnahme anwaltlicher Dienstleistungen für die erstmalige Abmahnung beschränkt sich in einfach gelagerten Fällen mit einer nur unerheblichen Rechtsverletzung außerhalb des geschäftlichen Verkehrs auf 100 Euro.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 98 Anspruch auf Vernichtung, Rückruf und Überlassung

(1) Wer das Urheberrecht oder ein anderes nach diesem Gesetz geschütztes Recht widerrechtlich verletzt, kann von dem Verletzten auf Vernichtung der im Besitz oder Eigentum des Verletzers befindlichen rechtswidrig hergestellten, verbreiteten oder zur rechtswidrigen Verbreitung bestimmten

Vervielfältigungsstücke in Anspruch genommen werden. Satz 1 ist entsprechend auf die im Eigentum des Verletzers stehenden Vorrichtungen anzuwenden, die

vorwiegend zur Herstellung dieser Vervielfältigungsstücke gedient haben.

(2) Wer das Urheberrecht oder ein anderes nach diesem Gesetz geschütztes Recht widerrechtlich verletzt, kann von dem Verletzten auf Rückruf von rechtswidrig hergestellten, verbreiteten oder zur rechtswidrigen Verbreitung bestimmten Vervielfältigungsstücken oder auf deren endgültiges Entfernen aus den Vertriebswegen in Anspruch genommen werden.

(3) Statt der in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen kann der Verletzte verlangen, dass ihm die Vervielfältigungsstücke, die im Eigentum des Verletzers stehen, gegen eine angemessene Vergütung, welche die Herstellungskosten nicht übersteigen darf, überlassen werden.

(4) Die Ansprüche nach den Absätzen 1 bis 3 sind ausgeschlossen, wenn die Maßnahme im Einzelfall unverhältnismäßig ist. Bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit sind auch die berechtigten Interessen Dritter zu berücksichtigen.

(5) Bauwerke sowie ausscheidbare Teile von Vervielfältigungsstücken und Vorrichtungen, deren Herstellung und Verbreitung nicht rechtswidrig ist, unterliegen nicht den in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehenen Maßnahmen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 99 Haftung des Inhabers eines Unternehmens

Ist in einem Unternehmen von einem Arbeitnehmer oder Beauftragten ein nach diesem Gesetz geschütztes Recht widerrechtlich verletzt worden, hat der Verletzte die Ansprüche aus § 97 Abs. 1 und § 98 auch gegen den Inhaber des Unternehmens.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 100 Entschädigung

Handelt der Verletzer weder vorsätzlich noch fahrlässig, kann er zur Abwendung der Ansprüche nach den §§ 97 und 98 den Verletzten in Geld entschädigen, wenn ihm durch die Erfüllung der Ansprüche ein unverhältnismäßig großer Schaden entstehen würde und dem Verletzten die Abfindung in Geld zuzumuten ist. Als Entschädigung ist der Betrag zu zahlen, der im Fall einer vertraglichen Einräumung des Rechts als Vergütung angemessen wäre. Mit der Zahlung der Entschädigung gilt die Einwilligung des Verletzten zur Verwertung im üblichen Umfang als erteilt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 101 Anspruch auf Auskunft

(1) Wer in gewerblichem Ausmaß das Urheberrecht oder ein anderes nach diesem Gesetz geschütztes Recht widerrechtlich verletzt, kann von dem Verletzten auf unverzügliche Auskunft über die Herkunft und den Vertriebsweg der rechtsverletzenden Vervielfältigungsstücke oder sonstigen Erzeugnisse in Anspruch genommen werden. Das gewerbliche Ausmaß kann sich sowohl aus der Anzahl der Rechtsverletzungen als auch aus der Schwere der Rechtsverletzung ergeben.

(2) In Fällen offensichtlicher Rechtsverletzung oder in Fällen, in denen der Verletzte gegen den Verletzer Klage erhoben hat, besteht der Anspruch unbeschadet von Absatz 1 auch gegen eine Person, die in gewerblichem Ausmaß

1.

rechtsverletzende Vervielfältigungsstücke in ihrem Besitz hatte,

2.

rechtsverletzende Dienstleistungen in Anspruch nahm,

3.

für rechtsverletzende Tätigkeiten genutzte Dienstleistungen erbrachte oder

4.

nach den Angaben einer in Nummer 1, 2 oder Nummer 3 genannten Person an der Herstellung, Erzeugung oder am Vertrieb solcher Vervielfältigungsstücke, sonstigen Erzeugnisse oder Dienstleistungen beteiligt war, es sei denn, die Person wäre nach den §§ 383 bis 385 der Zivilprozessordnung im Prozess gegen den Verletzer zur Zeugnisverweigerung berechtigt. Im Fall der gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs nach Satz 1 kann das Gericht den gegen den Verletzer anhängigen Rechtsstreit auf Antrag bis zur Erledigung des wegen des Auskunftsanspruchs geführten Rechtsstreits aussetzen. Der zur Auskunft Verpflichtete kann von dem Verletzten den Ersatz der für die Auskunftserteilung erforderlichen Aufwendungen verlangen.

(3) Der zur Auskunft Verpflichtete hat Angaben zu machen über

1.

Namen und Anschrift der Hersteller, Lieferanten und anderer Vorbesitzer der Vervielfältigungsstücke oder sonstigen Erzeugnisse, der Nutzer der Dienstleistungen sowie der gewerblichen Abnehmer und Verkaufsstellen, für die sie bestimmt waren, und

2.

die Menge der hergestellten, ausgelieferten, erhaltenen oder bestellten Vervielfältigungsstücke oder sonstigen Erzeugnisse sowie über die Preise, die für die betreffenden Vervielfältigungsstücke oder sonstigen Erzeugnisse bezahlt wurden.

(4) Die Ansprüche nach den Absätzen 1 und 2 sind ausgeschlossen, wenn die Inanspruchnahme im Einzelfall unverhältnismäßig ist.

(5) Erteilt der zur Auskunft Verpflichtete die Auskunft vorsätzlich oder grob fahrlässig falsch oder unvollständig, so ist er dem Verletzten zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

(6) Wer eine wahre Auskunft erteilt hat, ohne dazu nach Absatz 1 oder Absatz 2 verpflichtet gewesen zu sein, haftet Dritten gegenüber nur, wenn er wusste, dass er zur Auskunftserteilung nicht verpflichtet war.

(7) In Fällen offensichtlicher Rechtsverletzung kann die Verpflichtung zur Erteilung der Auskunft im Wege der einstweiligen Verfügung nach den §§ 935 bis 945 der Zivilprozessordnung angeordnet werden.

(8) Die Erkenntnisse dürfen in einem Strafverfahren oder in einem Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten wegen einer vor der Erteilung der Auskunft begangenen Tat gegen den Verpflichteten oder gegen einen in § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung bezeichneten Angehörigen nur mit Zustimmung des Verpflichteten verwertet werden.

(9) Kann die Auskunft nur unter Verwendung von Verkehrsdaten (§ 3 Nr. 30 des Telekommunikationsgesetzes) erteilt werden, ist für ihre Erteilung eine vorherige richterliche Anordnung über die Zulässigkeit der Verwendung der Verkehrsdaten erforderlich, die von dem Verletzten zu beantragen ist. Für den Erlass dieser Anordnung ist das Landgericht, in dessen Bezirk der zur Auskunft Verpflichtete seinen Wohnsitz, seinen Sitz oder eine Niederlassung hat, ohne Rücksicht auf den Streitwert ausschließlich zuständig. Die Entscheidung trifft die Zivilkammer. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. Die Kosten der richterlichen Anordnung trägt der Verletzte. Gegen die Entscheidung des Landgerichts ist die Beschwerde statthaft. Die Beschwerde ist binnen einer Frist von zwei Wochen einzulegen. Die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten bleiben im Übrigen unberührt.

(10) Durch Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 9 wird das Grundrecht des Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) eingeschränkt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 101a Anspruch auf Vorlage und Besichtigung

(1) Wer mit hinreichender Wahrscheinlichkeit das Urheberrecht oder ein anderes nach diesem Gesetz geschütztes Recht widerrechtlich verletzt, kann von dem Verletzten auf Vorlage einer Urkunde oder Besichtigung einer Sache in Anspruch genommen werden, die sich in seiner Verfügungsgewalt befindet, wenn dies zur Begründung von dessen Ansprüchen erforderlich ist. Besteht die hinreichende Wahrscheinlichkeit einer in gewerblichem Ausmaß begangenen Rechtsverletzung, erstreckt sich der Anspruch auch auf die Vorlage von Bank-, Finanz- oder Handelsunterlagen. Soweit der vermeintliche Verletzer geltend macht, dass es sich um vertrauliche Informationen handelt, trifft das Gericht die erforderlichen Maßnahmen, um den im Einzelfall gebotenen Schutz zu gewährleisten.

(2) Der Anspruch nach Absatz 1 ist ausgeschlossen, wenn die Inanspruchnahme im Einzelfall unverhältnismäßig ist.

(3) Die Verpflichtung zur Vorlage einer Urkunde oder zur Duldung der Besichtigung einer Sache kann im Wege der einstweiligen Verfügung nach den §§ 935 bis 945 der Zivilprozessordnung angeordnet werden. Das Gericht trifft die erforderlichen Maßnahmen, um den Schutz vertraulicher Informationen zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere in den Fällen, in denen die einstweilige Verfügung ohne vorherige Anhörung des Gegners erlassen wird.

(4) § 811 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie § 101 Abs. 8 gelten entsprechend.

(5) Wenn keine Verletzung vorlag oder drohte, kann der vermeintliche Verletzer von demjenigen, der die Vorlage oder Besichtigung nach Absatz 1 begehrt hat, den Ersatz des ihm durch das Begehren entstandenen Schadens verlangen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 101b Sicherung von Schadensersatzansprüchen

(1) Der Verletzte kann den Verletzer bei einer in gewerblichem Ausmaß begangenen Rechtsverletzung in den Fällen des § 97 Abs. 2 auch auf Vorlage von Bank-, Finanz- oder Handelsunterlagen oder einen geeigneten Zugang zu den entsprechenden Unterlagen in Anspruch nehmen, die sich in der Verfügungsgewalt des Verletzers befinden und die für die Durchsetzung des Schadensersatzanspruchs erforderlich sind, wenn ohne die Vorlage die Erfüllung des Schadensersatzanspruchs fraglich ist. Soweit der Verletzer geltend macht, dass es sich um vertrauliche Informationen handelt, trifft das Gericht die erforderlichen Maßnahmen, um den im Einzelfall gebotenen Schutz zu gewährleisten.

(2) Der Anspruch nach Absatz 1 ist ausgeschlossen, wenn die Inanspruchnahme im Einzelfall unverhältnismäßig ist.

(3) Die Verpflichtung zur Vorlage der in Absatz 1 bezeichneten Urkunden kann im Wege der einstweiligen Verfügung nach den §§ 935 bis 945 der Zivilprozessordnung angeordnet werden, wenn der Schadensersatzanspruch offensichtlich besteht. Das Gericht trifft die erforderlichen Maßnahmen, um den Schutz vertraulicher Informationen zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere in den Fällen, in denen die einstweilige Verfügung ohne vorherige Anhörung des Gegners erlassen wird.

(4) § 811 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie § 101 Abs. 8 gelten entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 102 Verjährung

Auf die Verjährung der Ansprüche wegen Verletzung des Urheberrechts oder

eines anderen nach diesem Gesetz geschützten Rechts finden die Vorschriften des Abschnitts 5 des Buches 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung. Hat der Verpflichtete durch die Verletzung auf Kosten des Berechtigten etwas erlangt, findet § 852 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 102a Ansprüche aus anderen gesetzlichen Vorschriften

Ansprüche aus anderen gesetzlichen Vorschriften bleiben unberührt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 103 Bekanntmachung des Urteils

Ist eine Klage auf Grund dieses Gesetzes erhoben worden, so kann der obsiegenden Partei im Urteil die Befugnis zugesprochen werden, das Urteil auf Kosten der unterliegenden Partei öffentlich bekannt zu machen, wenn sie ein berechtigtes Interesse darlegt. Art und Umfang der Bekanntmachung werden im Urteil bestimmt. Die Befugnis erlischt, wenn von ihr nicht innerhalb von drei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft des Urteils Gebrauch gemacht wird. Das Urteil darf erst nach Rechtskraft bekannt gemacht werden, wenn nicht das Gericht etwas anderes bestimmt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 104 Rechtsweg

Für alle Rechtsstreitigkeiten, durch die ein Anspruch aus einem der in diesem Gesetz geregelten Rechtsverhältnisse geltend gemacht wird, (Urheberrechtsstreitsachen) ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Für Urheberrechtsstreitsachen aus Arbeits- oder Dienstverhältnissen, die ausschließlich Ansprüche auf Leistung einer vereinbarten Vergütung zum Gegenstand haben, bleiben der Rechtsweg zu den Gerichten für Arbeitssachen und der Verwaltungsrechtsweg unberührt.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 105 Gerichte für Urheberrechtsstreitsachen

(1) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung Urheberrechtsstreitsachen, für die das Landgericht in erster Instanz oder in der Berufungsinstanz zuständig ist, für die Bezirke mehrerer Landgerichte einem von ihnen zuzuweisen, wenn dies der Rechtspflege dienlich ist.

(2) Die Landesregierungen werden ferner ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden Urheberrechtsstreitsachen für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte einem von ihnen zuzuweisen, wenn dies der Rechtspflege dienlich ist.

(3) Die Landesregierungen können die Ermächtigungen nach den Absätzen 1 und 2 auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

(4) u. (5) (weggefallen)

Unterabschnitt 2

Straf- und Bußgeldvorschriften

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 106 Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke

(1) Wer in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ohne Einwilligung des Berechtigten ein Werk oder eine Bearbeitung oder Umgestaltung eines Werkes vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 107 Unzulässiges Anbringen der Urheberbezeichnung

(1) Wer

1.

auf dem Original eines Werkes der bildenden Künste die Urheberbezeichnung (§ 10 Abs. 1) ohne Einwilligung des Urhebers anbringt oder ein derart bezeichnetes Original verbreitet,

2.

auf einem Vervielfältigungsstück, einer Bearbeitung oder Umgestaltung eines Werkes der bildenden Künste die Urheberbezeichnung (§ 10 Abs. 1) auf eine Art anbringt, die dem Vervielfältigungsstück, der Bearbeitung oder Umgestaltung den Anschein eines Originals gibt, oder ein derart bezeichnetes Vervielfältigungsstück, eine solche Bearbeitung oder Umgestaltung verbreitet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.

(2) Der Versuch ist strafbar.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 108 Unerlaubte Eingriffe in verwandte Schutzrechte

(1) Wer in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ohne Einwilligung des Berechtigten

1.

eine wissenschaftliche Ausgabe (§ 70) oder eine Bearbeitung oder Umgestaltung einer solchen Ausgabe vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergibt,

2.

ein nachgelassenes Werk oder eine Bearbeitung oder Umgestaltung eines solchen Werkes entgegen § 71 verwertet,

3.

ein Lichtbild (§ 72) oder eine Bearbeitung oder Umgestaltung eines Lichtbildes vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergibt,

4.

die Darbietung eines ausübenden Künstlers entgegen den § 77 Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 1, § 78 Abs. 1 verwertet,

5.

einen Tonträger entgegen § 85 verwertet,

6.

eine Funksendung entgegen § 87 verwertet,

7.

einen Bildträger oder Bild- und Tonträger entgegen §§ 94 oder 95 in Verbindung mit § 94 verwertet,

8.

eine Datenbank entgegen § 87b Abs. 1 verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 108a Gewerbsmäßige unerlaubte Verwertung

(1) Handelt der Täter in den Fällen der §§ 106 bis 108 gewerbsmäßig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe.

(2) Der Versuch ist strafbar.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 108b Unerlaubte Eingriffe in technische Schutzmaßnahmen und zur Rechtswahrnehmung erforderliche Informationen

(1) Wer

1.

in der Absicht, sich oder einem Dritten den Zugang zu einem nach diesem Gesetz geschützten Werk oder einem anderen nach diesem Gesetz geschützten Schutzgegenstand oder deren Nutzung zu ermöglichen, eine wirksame technische Maßnahme ohne Zustimmung des Rechtsinhabers umgeht oder

2.

wissentlich unbefugt

a)

eine von Rechtsinhabern stammende Information für die Rechtswahrnehmung entfernt oder verändert, wenn irgendeine der betreffenden Informationen an einem Vervielfältigungsstück eines Werkes oder eines sonstigen Schutzgegenstandes angebracht ist oder im Zusammenhang mit der öffentlichen Wiedergabe eines solchen Werkes oder Schutzgegenstandes erscheint, oder

b)

ein Werk oder einen sonstigen Schutzgegenstand, bei dem eine Information für die Rechtswahrnehmung unbefugt entfernt oder geändert wurde, verbreitet, zur Verbreitung einführt, sendet, öffentlich wiedergibt oder öffentlich zugänglich macht und dadurch wenigstens leichtfertig die Verletzung von Urheberrechten oder verwandten Schutzrechten veranlasst, ermöglicht, erleichtert oder verschleiern wird, wenn die Tat nicht ausschließlich zum eigenen privaten Gebrauch des Täters oder mit dem Täter persönlich verbundener Personen erfolgt oder sich auf einen derartigen Gebrauch bezieht, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer entgegen § 95a Abs. 3 eine Vorrichtung, ein Erzeugnis oder einen Bestandteil zu gewerblichen Zwecken herstellt, einführt, verbreitet, verkauft oder vermietet.

(3) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 1 gewerbsmäßig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 109 Strafantrag

In den Fällen der §§ 106 bis 108 und des § 108b wird die Tat nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 110 Einziehung

Gegenstände, auf die sich eine Straftat nach den §§ 106, 107 Abs. 1 Nr. 2, §§ 108 bis 108b bezieht, können eingezogen werden. § 74a des Strafgesetzbuches ist anzuwenden. Soweit den in § 98 bezeichneten Ansprüchen im Verfahren nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung über die Entschädigung des Verletzten (§§ 403 bis 406c) stattgegeben wird, sind die Vorschriften über die Einziehung nicht anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 111 Bekanntgabe der Verurteilung

Wird in den Fällen der §§ 106 bis 108b auf Strafe erkannt, so ist, wenn der Verletzte es beantragt und ein berechtigtes Interesse daran dartut, anzuordnen, daß die Verurteilung auf Verlangen öffentlich bekanntgemacht wird. Die Art der Bekanntmachung ist im Urteil zu bestimmen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 111a Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1.

entgegen § 95a Abs. 3

a)

eine Vorrichtung, ein Erzeugnis oder einen Bestandteil verkauft, vermietet oder über den Kreis der mit dem Täter persönlich verbundenen Personen hinaus verbreitet oder

b)

zu gewerblichen Zwecken eine Vorrichtung, ein Erzeugnis oder einen Bestandteil besitzt, für deren Verkauf oder Vermietung wirbt oder eine Dienstleistung erbringt,

2.

entgegen § 95b Abs. 1 Satz 1 ein notwendiges Mittel nicht zur Verfügung stellt oder

3.

entgegen § 95d Abs. 2 Satz 1 Werke oder andere Schutzgegenstände nicht oder nicht vollständig kennzeichnet.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Unterabschnitt 3

Vorschriften über Maßnahmen der Zollbehörde

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 111b Verfahren nach deutschem Recht

(1) Verletzt die Herstellung oder Verbreitung von Vervielfältigungsstücken das Urheberrecht oder ein anderes nach diesem Gesetz geschütztes Recht, so unterliegen die Vervielfältigungsstücke, soweit nicht die Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die erkanntermaßen derartige Rechte verletzen (ABl. EU Nr. L 196 S. 7), in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden ist, auf Antrag und gegen Sicherheitsleistung des Rechtsinhabers bei ihrer Einfuhr oder Ausfuhr der Beschlagnahme durch die Zollbehörde, sofern die Rechtsverletzung offensichtlich ist. Dies gilt für den Verkehr mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie mit den anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum nur, soweit Kontrollen durch die Zollbehörden stattfinden.

(2) Ordnet die Zollbehörde die Beschlagnahme an, so unterrichtet sie unverzüglich den Verfügungsberechtigten sowie den Antragsteller. Dem Antragsteller sind Herkunft, Menge und Lagerort der Vervielfältigungsstücke sowie Name und Anschrift des Verfügungsberechtigten mitzuteilen; das Brief- und Postgeheimnis (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt. Dem Antragsteller wird Gelegenheit gegeben, die Vervielfältigungsstücke zu besichtigen, soweit hierdurch nicht in Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse eingegriffen wird.

(3) Wird der Beschlagnahme nicht spätestens nach Ablauf von zwei Wochen nach Zustellung der Mitteilung nach Absatz 2 Satz 1 widersprochen, so ordnet die Zollbehörde die Einziehung der beschlagnahmten Vervielfältigungsstücke an.

(4) Widerspricht der Verfügungsberechtigte der Beschlagnahme, so unterrichtet die Zollbehörde hiervon unverzüglich den Antragsteller. Dieser hat gegenüber der Zollbehörde unverzüglich zu erklären, ob er den Antrag nach Absatz 1 in Bezug auf die beschlagnahmten Vervielfältigungsstücke aufrechterhält.

1.

Nimmt der Antragsteller den Antrag zurück, hebt die Zollbehörde die Beschlagnahme unverzüglich auf.

2.

Hält der Antragsteller den Antrag aufrecht und legt er eine vollziehbare gerichtliche Entscheidung vor, die die Verwahrung der beschlagnahmten Vervielfältigungsstücke oder eine Verfügungsbeschränkung anordnet, trifft die Zollbehörde die erforderlichen Maßnahmen.

Liegen die Fälle der Nummern 1 oder 2 nicht vor, hebt die Zollbehörde die Beschlagnahme nach Ablauf von zwei Wochen nach Zustellung der Mitteilung an den Antragsteller nach Satz 1 auf; weist der Antragsteller nach, daß die gerichtliche Entscheidung nach Nummer 2 beantragt, ihm aber noch nicht zugegangen ist, wird die Beschlagnahme für längstens zwei weitere Wochen aufrechterhalten.

(5) Erweist sich die Beschlagnahme als von Anfang an ungerechtfertigt und hat der Antragsteller den Antrag nach Absatz 1 in bezug auf die beschlagnahmten Vervielfältigungsstücke aufrechterhalten oder sich nicht unverzüglich erklärt (Absatz 4 Satz 2), so ist er verpflichtet, den dem Verfügungsberechtigten durch die Beschlagnahme entstandenen Schaden zu ersetzen.

(6) Der Antrag nach Absatz 1 ist bei der Bundesfinanzdirektion zu stellen und hat Wirkung für ein Jahr, sofern keine kürzere Geltungsdauer beantragt wird; er kann wiederholt werden. Für die mit dem Antrag verbundenen Amtshandlungen werden vom Antragsteller Kosten nach Maßgabe des § 178 der Abgabenordnung erhoben.

(7) Die Beschlagnahme und die Einziehung können mit den Rechtsmitteln angefochten werden, die im Bußgeldverfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten gegen die Beschlagnahme und Einziehung zulässig sind. Im Rechtsmittelverfahren ist der Antragsteller zu hören. Gegen die Entscheidung des Amtsgerichts ist die sofortige Beschwerde zulässig; über sie entscheidet das Oberlandesgericht.

(8) (weggefallen)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 111c Verfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003

(1) Setzt die zuständige Zollbehörde nach Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 die Überlassung der Waren aus oder hält diese zurück, unterrichtet sie davon unverzüglich den Rechtsinhaber sowie den Anmelder oder den Besitzer oder den Eigentümer der Waren.

(2) Im Fall des Absatzes 1 kann der Rechtsinhaber beantragen, die Waren in dem nachstehend beschriebenen vereinfachten Verfahren im Sinn des Artikels 11 der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 vernichten zu lassen.

(3) Der Antrag muss bei der Zollbehörde innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Zugang der Unterrichtung nach Absatz 1 schriftlich gestellt werden. Er muss die Mitteilung enthalten, dass die Waren, die Gegenstand des Verfahrens sind, ein nach diesem Gesetz geschütztes Recht verletzen. Die schriftliche Zustimmung des Anmelders, des Besitzers oder des Eigentümers der Waren zu ihrer Vernichtung ist beizufügen. Abweichend von Satz 3 kann der Anmelder, der Besitzer oder der Eigentümer die schriftliche Erklärung, ob er einer Vernichtung zustimmt oder nicht, unmittelbar gegenüber der Zollbehörde abgeben. Die in Satz 1 genannte Frist kann vor Ablauf auf Antrag des Rechtsinhabers um zehn Arbeitstage verlängert werden.

(4) Die Zustimmung zur Vernichtung gilt als erteilt, wenn der Anmelder, der Besitzer oder der Eigentümer der Waren einer Vernichtung nicht innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Zugang der Unterrichtung nach Absatz 1 widerspricht. Auf

diesen Umstand ist in der Unterrichtung nach Absatz 1 hinzuweisen.

(5) Die Vernichtung der Waren erfolgt auf Kosten und Verantwortung des Rechtsinhabers.

(6) Die Zollstelle kann die organisatorische Abwicklung der Vernichtung übernehmen. Absatz 5 bleibt unberührt.

(7) Die Aufbewahrungsfrist nach Artikel 11 Abs. 1 zweiter Spiegelstrich der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 beträgt ein Jahr.

(8) Im Übrigen gilt § 111b entsprechend, soweit nicht die Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 Bestimmungen enthält, die dem entgegenstehen.

Abschnitt 3

Zwangsvollstreckung

Unterabschnitt 1

Allgemeines

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 112 Allgemeines

Die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung in ein nach diesem Gesetz geschütztes Recht richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften, soweit sich aus den §§ 113 bis 119 nichts anderes ergibt.

Unterabschnitt 2

Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen den Urheber

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 113 Urheberrecht

Gegen den Urheber ist die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das Urheberrecht nur mit seiner Einwilligung und nur insoweit zulässig, als er Nutzungsrechte einräumen kann (§ 31). Die Einwilligung kann nicht durch den gesetzlichen Vertreter erteilt werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 114 Originale von Werken

(1) Gegen den Urheber ist die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in die ihm gehörenden Originale seiner Werke nur mit seiner Einwilligung zulässig. Die Einwilligung kann nicht durch den gesetzlichen Vertreter erteilt werden.

(2) Der Einwilligung bedarf es nicht,

1.

soweit die Zwangsvollstreckung in das Original des Werkes zur Durchführung der Zwangsvollstreckung in ein Nutzungsrecht am Werk notwendig ist,

2.

zur Zwangsvollstreckung in das Original eines Werkes der Baukunst,

3.

zur Zwangsvollstreckung in das Original eines anderen Werkes der bildenden Künste, wenn das Werk veröffentlicht ist.

In den Fällen der Nummern 2 und 3 darf das Original des Werkes ohne Zustimmung des Urhebers verbreitet werden.

Unterabschnitt 3

Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen den Rechtsnachfolger des Urhebers

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 115 Urheberrecht

Gegen den Rechtsnachfolger des Urhebers (§ 30) ist die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das Urheberrecht nur mit seiner Einwilligung und nur insoweit zulässig, als er Nutzungsrechte einräumen kann (§ 31). Der Einwilligung bedarf es nicht, wenn das Werk erschienen ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 116 Originale von Werken

(1) Gegen den Rechtsnachfolger des Urhebers (§ 30) ist die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in die ihm gehörenden Originale von Werken des Urhebers nur mit seiner Einwilligung zulässig.

(2) Der Einwilligung bedarf es nicht

1.

in den Fällen des § 114 Abs. 2 Satz 1,

2.

zur Zwangsvollstreckung in das Original eines Werkes, wenn das Werk erschienen ist.

§ 114 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 117 Testamentsvollstrecker

Ist nach § 28 Abs. 2 angeordnet, daß das Urheberrecht durch einen Testamentsvollstrecker ausgeübt wird, so ist die nach den §§ 115 und 116 erforderliche Einwilligung durch den Testamentsvollstrecker zu erteilen.

Unterabschnitt 4

Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen den Verfasser wissenschaftlicher Ausgaben und gegen den Lichtbildner

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 118 Entsprechende Anwendung

Die §§ 113 bis 117 sind sinngemäß anzuwenden

1.

auf die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen den Verfasser wissenschaftlicher Ausgaben (§ 70) und seinen Rechtsnachfolger,

2.

auf die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen den Lichtbildner (§ 72) und seinen Rechtsnachfolger.

Unterabschnitt 5

Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in bestimmte Vorrichtungen

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 119 Zwangsvollstreckung in bestimmte Vorrichtungen

(1) Vorrichtungen, die ausschließlich zur Vervielfältigung oder Funksendung eines Werkes bestimmt sind, wie Formen, Platten, Steine, Druckstöcke, Matrizen und Negative, unterliegen der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen nur, soweit der Gläubiger zur Nutzung des Werkes mittels dieser Vorrichtungen berechtigt ist.

(2) Das gleiche gilt für Vorrichtungen, die ausschließlich zur Vorführung eines Filmwerkes bestimmt sind, wie Filmstreifen und dergleichen.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auf die nach den §§ 70 und 71 geschützten Ausgaben, die nach § 72 geschützten Lichtbilder, die nach § 77 Abs. 2 Satz 1, §§ 85, 87, 94 und 95 geschützten Bild- und Tonträger und die nach § 87b Abs. 1 geschützten Datenbanken entsprechend anzuwenden.

Teil 5

Anwendungsbereich, Übergangs- und Schlussbestimmungen

Abschnitt 1

Anwendungsbereich des Gesetzes

Unterabschnitt 1

Urheberrecht

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 120 Deutsche Staatsangehörige und Staatsangehörige anderer EU-Staaten und EWR-Staaten

(1) Deutsche Staatsangehörige genießen den urheberrechtlichen Schutz für alle ihre Werke, gleichviel, ob und wo die Werke erschienen sind. Ist ein Werk von Miturhebern (§ 8) geschaffen, so genügt es, wenn ein Miturheber deutscher Staatsangehöriger ist.

(2) Deutschen Staatsangehörigen stehen gleich:

1.

Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, und

2.

Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 121 Ausländische Staatsangehörige

(1) Ausländische Staatsangehörige genießen den urheberrechtlichen Schutz für ihre im Geltungsbereich dieses Gesetzes erschienenen Werke, es sei denn, daß das Werk oder eine Übersetzung des Werkes früher als dreißig Tage vor dem Erscheinen im Geltungsbereich dieses Gesetzes außerhalb dieses Gebietes erschienen ist. Mit der gleichen Einschränkung genießen ausländische Staatsangehörige den Schutz auch für solche Werke, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur in Übersetzung erschienen sind.

(2) Den im Geltungsbereich dieses Gesetzes erschienenen Werken im Sinne des Absatzes 1 werden die Werke der bildenden Künste gleichgestellt, die mit einem Grundstück im Geltungsbereich dieses Gesetzes fest verbunden sind.

(3) Der Schutz nach Absatz 1 kann durch Rechtsverordnung des Bundesministers der Justiz für ausländische Staatsangehörige beschränkt werden, die keinem Mitgliedstaat der Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst angehören und zur Zeit des Erscheinens des Werkes weder im Geltungsbereich dieses Gesetzes noch in einem anderen Mitgliedstaat ihren Wohnsitz haben, wenn der Staat, dem sie angehören, deutschen Staatsangehörigen für ihre Werke keinen genügenden Schutz gewährt.

(4) Im übrigen genießen ausländische Staatsangehörige den urheberrechtlichen Schutz nach Inhalt der Staatsverträge. Bestehen keine Staatsverträge, so besteht für solche Werke urheberrechtlicher Schutz, soweit in dem Staat, dem der Urheber angehört, nach einer Bekanntmachung des Bundesministers der Justiz im Bundesgesetzblatt deutschen Staatsangehörige für ihre Werke einen entsprechenden Schutz genießen.

(5) Das Folgerecht (§ 26) steht ausländischen Staatsangehörigen nur zu, wenn der Staat, dem sie angehören, nach einer Bekanntmachung des Bundesministers der Justiz im Bundesgesetzblatt deutschen Staatsangehörigen ein

entsprechendes Recht gewährt.

(6) Den Schutz nach den §§ 12 bis 14 genießen ausländische Staatsangehörige für alle ihre Werke, auch wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 bis 5 nicht vorliegen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 122 Staatenlose

(1) Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes genießen für ihre Werke den gleichen urheberrechtlichen Schutz wie deutsche Staatsangehörige.

(2) Staatenlose ohne gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes genießen für ihre Werke den gleichen urheberrechtlichen Schutz wie die Angehörigen des ausländischen Staates, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 123 Ausländische Flüchtlinge

Für Ausländer, die Flüchtlinge im Sinne von Staatsverträgen oder anderen Rechtsvorschriften sind, gelten die Bestimmungen des § 122 entsprechend.

Hierdurch wird ein Schutz nach § 121 nicht ausgeschlossen.

Unterabschnitt 2

Verwandte Schutzrechte

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 124 Wissenschaftliche Ausgaben und Lichtbilder

Für den Schutz wissenschaftlicher Ausgaben (§ 70) und den Schutz von Lichtbildern (§ 72) sind die §§ 120 bis 123 sinngemäß anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 125 Schutz des ausübenden Künstlers

(1) Den nach den §§ 73 bis 83 gewährten Schutz genießen deutsche Staatsangehörige für alle ihre Darbietungen, gleichviel, wo diese stattfinden. § 120 Abs. 2 ist anzuwenden.

(2) Ausländische Staatsangehörige genießen den Schutz für alle ihre Darbietungen, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes stattfinden, soweit nicht in den Absätzen 3 und 4 etwas anderes bestimmt ist.

(3) Werden Darbietungen ausländischer Staatsangehöriger erlaubterweise auf Bild- oder Tonträger aufgenommen und sind diese erschienen, so genießen die ausländischen Staatsangehörigen hinsichtlich dieser Bild- oder Tonträger den Schutz nach § 77 Abs. 2 Satz 1, § 78 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2, wenn die Bild- oder Tonträger im Geltungsbereich dieses Gesetzes erschienen sind, es sei denn, daß die Bild- oder Tonträger früher als dreißig Tage vor dem Erscheinen im Geltungsbereich dieses Gesetzes außerhalb dieses Gebietes erschienen sind.

(4) Werden Darbietungen ausländischer Staatsangehöriger erlaubterweise durch Funk gesendet, so genießen die ausländischen Staatsangehörigen den Schutz gegen Aufnahme der Funksendung auf Bild- oder Tonträger (§ 77 Abs. 1) und Weitersendung der Funksendung (§ 78 Abs. 1 Nr. 2) sowie den Schutz nach § 78, wenn die Funksendung im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgestrahlt worden ist.

(5) Im übrigen genießen ausländische Staatsangehörige den Schutz nach Inhalt der Staatsverträge. § 121 Abs. 4 Satz 2 sowie die §§ 122 und 123 gelten entsprechend.

(6) Den Schutz nach den §§ 74 und 75, § 77 Abs. 1 sowie § 78 Abs. 1 Nr. 3 genießen ausländische Staatsangehörige für alle ihre Darbietungen, auch wenn

die Voraussetzungen der Absätze 2 bis 5 nicht vorliegen. Das gleiche gilt für den Schutz nach § 78 Abs. 1 Nr. 2, soweit es sich um die unmittelbare Sendung der Darbietung handelt.

(7) Wird Schutz nach den Absätzen 2 bis 4 oder 6 gewährt, so erlischt er spätestens mit dem Ablauf der Schutzdauer in dem Staat, dessen Staatsangehöriger der ausübende Künstler ist, ohne die Schutzfrist nach § 82 zu überschreiten.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 126 Schutz des Herstellers von Tonträgern

(1) Den nach den §§ 85 und 86 gewährten Schutz genießen deutsche Staatsangehörige oder Unternehmen mit Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes für alle ihre Tonträger, gleichviel, ob und wo diese erschienen sind. § 120 Abs. 2 ist anzuwenden. Unternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum stehen Unternehmen mit Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes gleich.

(2) Ausländische Staatsangehörige oder Unternehmen ohne Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes genießen den Schutz für ihre im Geltungsbereich dieses Gesetzes erschienenen Tonträger, es sei denn, daß der Tonträger früher als dreißig Tage vor dem Erscheinen im Geltungsbereich dieses Gesetzes außerhalb dieses Gebietes erschienen ist. Der Schutz erlischt jedoch spätestens mit dem Ablauf der Schutzdauer in dem Staat, dessen Staatsangehörigkeit der Hersteller des Tonträgers besitzt oder in welchem das Unternehmen seinen Sitz hat, ohne die Schutzfrist nach § 85 Abs. 3 zu überschreiten.

(3) Im übrigen genießen ausländische Staatsangehörige oder Unternehmen ohne Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes den Schutz nach Inhalt der Staatsverträge. § 121 Abs. 4 Satz 2 sowie die §§ 122 und 123 gelten entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 127 Schutz des Sendeunternehmens

(1) Den nach § 87 gewährten Schutz genießen Sendeunternehmen mit Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes für alle Funksendungen, gleichviel, wo sie diese ausstrahlen. § 126 Abs. 1 Satz 3 ist anzuwenden.

(2) Sendeunternehmen ohne Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes genießen den Schutz für alle Funksendungen, die sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausstrahlen. Der Schutz erlischt spätestens mit dem Ablauf der Schutzdauer in dem Staat, in dem das Sendeunternehmen seinen Sitz hat, ohne die Schutzfrist nach § 87 Abs. 3 zu überschreiten.

(3) Im übrigen genießen Sendeunternehmen ohne Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes den Schutz nach Inhalt der Staatsverträge. § 121 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 127a Schutz des Datenbankherstellers

(1) Den nach § 87b gewährten Schutz genießen deutsche Staatsangehörige sowie juristische Personen mit Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes. § 120 Abs. 2 ist anzuwenden.

(2) Die nach deutschem Recht oder dem Recht eines der in § 120 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Staaten gegründeten juristischen Personen ohne Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes genießen den nach § 87b gewährten Schutz, wenn

1.

ihre Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung sich im Gebiet eines der in § 120 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Staaten befindet oder

2.

ihr satzungsmäßiger Sitz sich im Gebiet eines dieser Staaten befindet und ihre Tätigkeit eine tatsächliche Verbindung zur deutschen Wirtschaft oder zur Wirtschaft eines dieser Staaten aufweist.

(3) Im übrigen genießen ausländische Staatsangehörige sowie juristische Personen den Schutz nach dem Inhalt von Staatsverträgen sowie von Vereinbarungen, die die Europäische Gemeinschaft mit dritten Staaten schließt; diese Vereinbarungen werden vom Bundesministerium der Justiz im Bundesgesetzblatt bekanntgemacht.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 128 Schutz des Filmherstellers

(1) Den nach den §§ 94 und 95 gewährten Schutz genießen deutsche Staatsangehörige oder Unternehmen mit Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes für alle ihre Bildträger oder Bild- und Tonträger, gleichviel, ob und wo diese erschienen sind. § 120 Abs. 2 und § 126 Abs. 1 Satz 3 sind anzuwenden.

(2) Für ausländische Staatsangehörige oder Unternehmen ohne Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes gelten die Bestimmungen in § 126 Abs. 2 und 3 entsprechend.

Abschnitt 2

Übergangsbestimmungen

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 129 Werke

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes sind auch auf die vor seinem Inkrafttreten geschaffenen Werke anzuwenden, es sei denn, daß sie zu diesem Zeitpunkt urheberrechtlich nicht geschützt sind oder daß in diesem Gesetz sonst etwas anderes bestimmt ist. Dies gilt für verwandte Schutzrechte entsprechend.

(2) Die Dauer des Urheberrechts an einem Werk, das nach Ablauf von fünfzig Jahren nach dem Tode des Urhebers, aber vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes veröffentlicht worden ist, richtet sich nach den bisherigen Vorschriften.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 130 Übersetzungen

Unberührt bleiben die Rechte des Urhebers einer Übersetzung, die vor dem 1. Januar 1902 erlaubterweise ohne Zustimmung des Urhebers des übersetzten Werkes erschienen ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 131 Vertonte Sprachwerke

Vertonte Sprachwerke, die nach § 20 des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst vom 19. Juni 1901 (Reichsgesetzbl. S. 227) in der Fassung des Gesetzes zur Ausführung der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst vom 22. Mai 1910 (Reichsgesetzbl. S. 793) ohne Zustimmung ihres Urhebers vervielfältigt, verbreitet und öffentlich wiedergegeben werden durften, dürfen auch weiterhin in gleichem Umfang vervielfältigt, verbreitet und öffentlich wiedergegeben werden, wenn die Vertonung des Werkes vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erschienen ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 132 Verträge

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes sind mit Ausnahme der §§ 42 und 43 auf

Verträge, die vor dem 1. Januar 1966 abgeschlossen worden sind, nicht anzuwenden. § 43 gilt für ausübende Künstler entsprechend. Die §§ 40 und 41 gelten für solche Verträge mit der Maßgabe, daß die in § 40 Abs. 1 Satz 2 und § 41 Abs. 2 genannten Fristen frühestens mit dem 1. Januar 1966 beginnen.

(2) Vor dem 1. Januar 1966 getroffene Verfügungen bleiben wirksam.

(3) Auf Verträge oder sonstige Sachverhalte, die vor dem 1. Juli 2002 geschlossen worden oder entstanden sind, sind die Vorschriften dieses Gesetzes vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 in der am 28. März 2002 geltenden Fassung weiter anzuwenden. § 32a findet auf Sachverhalte Anwendung, die nach dem 28. März 2002 entstanden sind. Auf Verträge, die seit dem 1. Juni 2001 und bis zum 30. Juni 2002 geschlossen worden sind, findet auch § 32 Anwendung, sofern von dem eingeräumten Recht oder der Erlaubnis nach dem 30. Juni 2002 Gebrauch gemacht wird.

(4) Absatz 3 gilt für ausübende Künstler entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 133 (weggefallen)

-

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 134 Urheber

Wer zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach den bisherigen Vorschriften, nicht aber nach diesem Gesetz als Urheber eines Werkes anzusehen ist, gilt, abgesehen von den Fällen des § 135, weiterhin als Urheber. Ist nach den bisherigen Vorschriften eine juristische Person als Urheber eines Werkes anzusehen, so sind für die Berechnung der Dauer des Urheberrechts die bisherigen Vorschriften anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 135 Inhaber verwandter Schutzrechte

Wer zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach den bisherigen Vorschriften als Urheber eines Lichtbildes oder der Übertragung eines Werkes auf Vorrichtungen zur mechanischen Wiedergabe für das Gehör anzusehen ist, ist Inhaber der entsprechenden verwandten Schutzrechte, die dieses Gesetz ihm gewährt.

Fußnote

§ 135: Mit Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG nach Maßgabe des Entscheidungssatzes BVerfGE v. 8.7.1971 I 1943 unvereinbar - 1 BvR 766/66 -

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 135a Berechnung der Schutzfrist

Wird durch die Anwendung dieses Gesetzes auf ein vor seinem Inkrafttreten entstandenes Recht die Dauer des Schutzes verkürzt und liegt das für den Beginn der Schutzfrist nach diesem Gesetz maßgebende Ereignis vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, so wird die Frist erst vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an berechnet. Der Schutz erlischt jedoch spätestens mit Ablauf der Schutzdauer nach den bisherigen Vorschriften.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 136 Vervielfältigung und Verbreitung

(1) War eine Vervielfältigung, die nach diesem Gesetz unzulässig ist, bisher erlaubt, so darf die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnene Herstellung von Vervielfältigungsstücken vollendet werden.

(2) Die nach Absatz 1 oder bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes hergestellten Vervielfältigungsstücke dürfen verbreitet werden.

(3) Ist für eine Vervielfältigung, die nach den bisherigen Vorschriften frei zulässig

war, nach diesem Gesetz eine angemessene Vergütung an den Berechtigten zu zahlen, so dürfen die in Absatz 2 bezeichneten Vervielfältigungsstücke ohne Zahlung einer Vergütung verbreitet werden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137 Übertragung von Rechten

(1) Soweit das Urheberrecht vor Inkrafttreten dieses Gesetzes auf einen anderen übertragen worden ist, stehen dem Erwerber die entsprechenden Nutzungsrechte (§ 31) zu. Jedoch erstreckt sich die Übertragung im Zweifel nicht auf Befugnisse, die erst durch dieses Gesetz begründet werden.

(2) Ist vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes das Urheberrecht ganz oder teilweise einem anderen übertragen worden, so erstreckt sich die Übertragung im Zweifel auch auf den Zeitraum, um den die Dauer des Urheberrechts nach den §§ 64 bis 66 verlängert worden ist. Entsprechendes gilt, wenn vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einem anderen die Ausübung einer dem Urheber vorbehaltenen Befugnis erlaubt worden ist.

(3) In den Fällen des Absatzes 2 hat der Erwerber oder Erlaubnisnehmer dem Veräußerer oder Erlaubnisgeber eine angemessene Vergütung zu zahlen, sofern anzunehmen ist, daß dieser für die Übertragung oder die Erlaubnis eine höhere Gegenleistung erzielt haben würde, wenn damals bereits die verlängerte Schutzdauer bestimmt gewesen wäre.

(4) Der Anspruch auf die Vergütung entfällt, wenn alsbald nach seiner Geltendmachung der Erwerber dem Veräußerer das Recht für die Zeit nach Ablauf der bisher bestimmten Schutzdauer zur Verfügung stellt oder der Erlaubnisnehmer für diese Zeit auf die Erlaubnis verzichtet. Hat der Erwerber das Urheberrecht vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes weiterveräußert, so ist die Vergütung insoweit nicht zu zahlen, als sie den Erwerber mit Rücksicht auf die Umstände der Weiterveräußerung unbillig belasten würde.

(5) Absatz 1 gilt für verwandte Schutzrechte entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137a Lichtbildwerke

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes über die Dauer des Urheberrechts sind auch auf Lichtbildwerke anzuwenden, deren Schutzfrist am 1. Juli 1985 nach dem bis dahin geltenden Recht noch nicht abgelaufen ist.

(2) Ist vorher einem anderen ein Nutzungsrecht an einem Lichtbildwerk eingeräumt oder übertragen worden, so erstreckt sich die Einräumung oder Übertragung im Zweifel nicht auf den Zeitraum, um den die Dauer des Urheberrechts an Lichtbildwerken verlängert worden ist.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137b Bestimmte Ausgaben

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes über die Dauer des Schutzes nach den §§ 70 und 71 sind auch auf wissenschaftliche Ausgaben und Ausgaben nachgelassener Werke anzuwenden, deren Schutzfrist am 1. Juli 1990 nach dem bis dahin geltenden Recht noch nicht abgelaufen ist.

(2) Ist vor dem 1. Juli 1990 einem anderen ein Nutzungsrecht an einer wissenschaftlichen Ausgabe oder einer Ausgabe nachgelassener Werke eingeräumt oder übertragen worden, so erstreckt sich die Einräumung oder Übertragung im Zweifel auch auf den Zeitraum, um den die Dauer des verwandten Schutzrechtes verlängert worden ist.

(3) Die Bestimmungen in § 137 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137c Ausübende Künstler

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes über die Dauer des Schutzes nach § 82 sind auch auf Darbietungen anzuwenden, die vor dem 1. Juli 1990 auf Bild- oder Tonträger aufgenommen worden sind, wenn am 1. Januar 1991 seit dem Erscheinen des Bild- oder Tonträgers 50 Jahre noch nicht abgelaufen sind. Ist der Bild- oder Tonträger innerhalb dieser Frist nicht erschienen, so ist die Frist von der Darbietung an zu berechnen. Der Schutz nach diesem Gesetz dauert in keinem Fall länger als 50 Jahre nach dem Erscheinen des Bild- oder Tonträgers oder, falls der Bild- oder Tonträger nicht erschienen ist, 50 Jahre nach der Darbietung.

(2) Ist vor dem 1. Juli 1990 einem anderen ein Nutzungsrecht an der Darbietung eingeräumt oder übertragen worden, so erstreckt sich die Einräumung oder Übertragung im Zweifel auch auf den Zeitraum, um den die Dauer des Schutzes verlängert worden ist.

(3) Die Bestimmungen in § 137 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137d Computerprogramme

(1) Die Vorschriften des Abschnitts 8 des Teils 1 sind auch auf Computerprogramme anzuwenden, die vor dem 24. Juni 1993 geschaffen worden sind. Jedoch erstreckt sich das ausschließliche Vermietrecht (§ 69c Nr. 3) nicht auf Vervielfältigungsstücke eines Programms, die ein Dritter vor dem 1. Januar 1993 zum Zweck der Vermietung erworben hat.

(2) § 69g Abs. 2 ist auch auf Verträge anzuwenden, die vor dem 24. Juni 1993 abgeschlossen worden sind.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137e Übergangsregelung bei Umsetzung der Richtlinie 92/100/EWG

(1) Die am 30. Juni 1995 in Kraft tretenden Vorschriften dieses Gesetzes finden auch auf vorher geschaffene Werke, Darbietungen, Tonträger, Funksendungen und Filme Anwendung, es sei denn, daß diese zu diesem Zeitpunkt nicht mehr geschützt sind.

(2) Ist ein Original oder Vervielfältigungsstück eines Werkes oder ein Bild- oder Tonträger vor dem 30. Juni 1995 erworben oder zum Zweck der Vermietung einem Dritten überlassen worden, so gilt für die Vermietung nach diesem Zeitpunkt die Zustimmung der Inhaber des Vermietrechts (§§ 17, 77 Abs. 2 Satz 1, §§ 85 und 94) als erteilt. Diesen Rechtsinhabern hat der Vermieter jeweils eine angemessene Vergütung zu zahlen; § 27 Abs. 1 Satz 2 und 3 hinsichtlich der Ansprüche der Urheber und ausübenden Künstler und § 27 Abs. 3 finden entsprechende Anwendung. § 137d bleibt unberührt.

(3) Wurde ein Bild- oder Tonträger, der vor dem 30. Juni 1995 erworben oder zum Zweck der Vermietung einem Dritten überlassen worden ist, zwischen dem 1. Juli 1994 und dem 30. Juni 1995 vermietet, besteht für diese Vermietung ein Vergütungsanspruch in entsprechender Anwendung des Absatzes 2 Satz 2.

(4) Hat ein Urheber vor dem 30. Juni 1995 ein ausschließliches Verbreitungsrecht eingeräumt, so gilt die Einräumung auch für das Vermietrecht. Hat ein ausübender Künstler vor diesem Zeitpunkt bei der Herstellung eines Filmwerkes mitgewirkt oder in die Benutzung seiner Darbietung zur Herstellung eines Filmwerkes eingewilligt, so gelten seine ausschließlichen Rechte als auf den Filmhersteller übertragen. Hat er vor diesem Zeitpunkt in die Aufnahme seiner Darbietung auf Tonträger und in die Vervielfältigung eingewilligt, so gilt die Einwilligung auch als Übertragung des Verbreitungsrechts, einschließlich der Vermietung.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137f Übergangsregelung bei Umsetzung der Richtlinie 93/98/EWG

(1) Würde durch die Anwendung dieses Gesetzes in der ab dem 1. Juli 1995

geltenden Fassung die Dauer eines vorher entstandenen Rechts verkürzt, so erlischt der Schutz mit dem Ablauf der Schutzdauer nach den bis zum 30. Juni 1995 geltenden Vorschriften. Im übrigen sind die Vorschriften dieses Gesetzes über die Schutzdauer in der ab dem 1. Juli 1995 geltenden Fassung auch auf Werke und verwandte Schutzrechte anzuwenden, deren Schutz am 1. Juli 1995 noch nicht erloschen ist.

(2) Die Vorschriften dieses Gesetzes in der ab dem 1. Juli 1995 geltenden Fassung sind auch auf Werke anzuwenden, deren Schutz nach diesem Gesetz vor dem 1. Juli 1995 abgelaufen ist, nach dem Gesetz eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zu diesem Zeitpunkt aber noch besteht. Satz 1 gilt entsprechend für die verwandten Schutzrechte des Herausgebers nachgelassener Werke (§ 71), der ausübenden Künstler (§ 73), der Hersteller von Tonträgern (§ 85), der Sendeunternehmen (§ 87) und der Filmhersteller (§§ 94 und 95).

(3) Lebt nach Absatz 2 der Schutz eines Werkes im Geltungsbereich dieses Gesetzes wieder auf, so stehen die wiederauflebenden Rechte dem Urheber zu. Eine vor dem 1. Juli 1995 begonnene Nutzungshandlung darf jedoch in dem vorgesehenen Rahmen fortgesetzt werden. Für die Nutzung ab dem 1. Juli 1995 ist eine angemessene Vergütung zu zahlen. Die Sätze 1 bis 3 gelten für verwandte Schutzrechte entsprechend.

(4) Ist vor dem 1. Juli 1995 einem anderen ein Nutzungsrecht an einer nach diesem Gesetz noch geschützten Leistung eingeräumt oder übertragen worden, so erstreckt sich die Einräumung oder Übertragung im Zweifel auch auf den Zeitraum, um den die Schutzdauer verlängert worden ist. Im Fall des Satzes 1 ist eine angemessene Vergütung zu zahlen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137g Übergangsregelung bei Umsetzung der Richtlinie 96/9/EG

(1) § 23 Satz 2, § 53 Abs. 5, die §§ 55a und 63 Abs. 1 Satz 2 sind auch auf Datenbankwerke anzuwenden, die vor dem 1. Januar 1998 geschaffen wurden.

(2) Die Vorschriften des Abschnitts 6 des Teils 2 sind auch auf Datenbanken anzuwenden, die zwischen dem 1. Januar 1983 und dem 31. Dezember 1997 hergestellt worden sind. Die Schutzfrist beginnt in diesen Fällen am 1. Januar 1998.

(3) Die §§ 55a und 87e sind nicht auf Verträge anzuwenden, die vor dem 1. Januar 1998 abgeschlossen worden sind.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137h Übergangsregelung bei Umsetzung der Richtlinie 93/83/EWG

(1) Die Vorschrift des § 20a ist auf Verträge, die vor dem 1. Juni 1998 geschlossen worden sind, erst ab dem 1. Januar 2000 anzuwenden, sofern diese nach diesem Zeitpunkt ablaufen.

(2) Sieht ein Vertrag über die gemeinsame Herstellung eines Bild- oder Tonträgers, der vor dem 1. Juni 1998 zwischen mehreren Herstellern, von denen mindestens einer einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes angehört, geschlossen worden ist, eine räumliche Aufteilung des Rechts der Sendung unter den Herstellern vor, ohne nach der Satellitensendung und anderen Arten der Sendung zu unterscheiden, und würde die Satellitensendung der gemeinsam hergestellten Produktion durch einen Hersteller die Auswertung der räumlich oder sprachlich beschränkten ausschließlichen Rechte eines anderen Herstellers beeinträchtigen, so ist die Satellitensendung nur zulässig, wenn ihr der Inhaber dieser ausschließlichen Rechte zugestimmt hat.

(3) Die Vorschrift des § 20b Abs. 2 ist nur anzuwenden, sofern der Vertrag über die Einräumung des Kabelweitersenderechts nach dem 1. Juni 1998 geschlossen wurde.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137i Übergangsregelung zum Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts
Artikel 229 § 6 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche findet mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, dass § 26 Abs. 7, § 36 Abs. 2 und § 102 in der bis zum 1. Januar 2002 geltenden Fassung den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Verjährung in der bis zum 1. Januar 2002 geltenden Fassung gleichgestellt sind.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137j Übergangsregelung aus Anlass der Umsetzung der Richtlinie 2001/29/EG

(1) § 95d Abs. 1 ist auf alle ab dem 1. Dezember 2003 neu in den Verkehr gebrachten Werke und anderen Schutzgegenstände anzuwenden.

(2) Die Vorschrift dieses Gesetzes über die Schutzdauer für Hersteller von Tonträgern in der ab dem 13. September 2003 geltenden Fassung ist auch auf verwandte Schutzrechte anzuwenden, deren Schutz am 22. Dezember 2002 noch nicht erloschen ist.

(3) Lebt nach Absatz 2 der Schutz eines Tonträgers wieder auf, so stehen die wiederauflebenden Rechte dem Hersteller des Tonträgers zu.

(4) Ist vor dem 13. September 2003 einem anderen ein Nutzungsrecht an einem nach diesem Gesetz noch geschützten Tonträger eingeräumt oder übertragen worden, so erstreckt sich, im Fall einer Verlängerung der Schutzdauer nach § 85 Abs. 3, die Einräumung oder Übertragung im Zweifel auch auf diesen Zeitraum. Im Fall des Satzes 1 ist eine angemessene Vergütung zu zahlen.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137k Übergangsregelung zur öffentlichen Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung

§ 52a ist mit Ablauf des 31. Dezember 2012 nicht mehr anzuwenden.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 137l Übergangsregelung für neue Nutzungsarten

(1) Hat der Urheber zwischen dem 1. Januar 1966 und dem 1. Januar 2008 einem anderen alle wesentlichen Nutzungsrechte ausschließlich sowie räumlich und zeitlich unbegrenzt eingeräumt, gelten die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses unbekannten Nutzungsrechte als dem anderen ebenfalls eingeräumt, sofern der Urheber nicht dem anderen gegenüber der Nutzung widerspricht. Der Widerspruch kann für Nutzungsarten, die am 1. Januar 2008 bereits bekannt sind, nur innerhalb eines Jahres erfolgen. Im Übrigen erlischt das Widerspruchsrecht nach Ablauf von drei Monaten, nachdem der andere die Mitteilung über die beabsichtigte Aufnahme der neuen Art der Werknutzung an den Urheber unter der ihm zuletzt bekannten Anschrift abgesendet hat. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für zwischenzeitlich bekannt gewordene Nutzungsrechte, die der Urheber bereits einem Dritten eingeräumt hat.

(2) Hat der andere sämtliche ihm ursprünglich eingeräumten Nutzungsrechte einem Dritten übertragen, so gilt Absatz 1 für den Dritten entsprechend. Erklärt der Urheber den Widerspruch gegenüber seinem ursprünglichen Vertragspartner, hat ihm dieser unverzüglich alle erforderlichen Auskünfte über den Dritten zu erteilen.

(3) Das Widerspruchsrecht nach den Absätzen 1 und 2 entfällt, wenn die Parteien über eine zwischenzeitlich bekannt gewordene Nutzungsart eine ausdrückliche Vereinbarung geschlossen haben.

(4) Sind mehrere Werke oder Werkbeiträge zu einer Gesamtheit

zusammengefasst, die sich in der neuen Nutzungsart in angemessener Weise nur unter Verwendung sämtlicher Werke oder Werkbeiträge verwerten lässt, so kann der Urheber das Widerspruchsrecht nicht wider Treu und Glauben ausüben.

(5) Der Urheber hat Anspruch auf eine gesonderte angemessene Vergütung, wenn der andere eine neue Art der Werknutzung nach Absatz 1 aufnimmt, die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch unbekannt war. § 32 Abs. 2 und 4 gilt entsprechend. Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden. Hat der Vertragspartner das Nutzungsrecht einem Dritten übertragen, haftet der Dritte mit der Aufnahme der neuen Art der Werknutzung für die Vergütung. Die Haftung des anderen entfällt.

Abschnitt 3

Schlussbestimmungen

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 138 Register anonymer und pseudonymer Werke

(1) Das Register anonymer und pseudonymer Werke für die in § 66 Abs. 2 Satz 2 vorgesehenen Eintragungen wird beim Patentamt geführt. Das Patentamt bewirkt die Eintragungen, ohne die Berechtigung des Antragstellers oder die Richtigkeit der zur Eintragung angemeldeten Tatsachen zu prüfen.

(2) Wird die Eintragung abgelehnt, so kann der Antragsteller gerichtliche Entscheidung beantragen. Über den Antrag entscheidet das für den Sitz des Patentamts zuständige Oberlandesgericht durch einen mit Gründen versehenen Beschluß. Der Antrag ist schriftlich bei dem Oberlandesgericht einzureichen. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts ist endgültig. Im übrigen gelten für das gerichtliche Verfahren die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. Für die Gerichtskosten gilt die Kostenordnung; die Gebühren richten sich nach § 131 der Kostenordnung.

(3) Die Eintragungen werden im Bundesanzeiger öffentlich bekanntgemacht. Die Kosten für die Bekanntmachung hat der Antragsteller im voraus zu entrichten.

(4) Die Einsicht in das Register ist jedem gestattet. Auf Antrag werden Auszüge aus dem Register erteilt.

(5) Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung 1.

Bestimmungen über die Form des Antrags und die Führung des Registers zu erlassen,

2.

zur Deckung der Verwaltungskosten die Erhebung von Kosten (Gebühren und Auslagen) für die Eintragung, für die Ausfertigung eines Eintragungsscheins und für die Erteilung sonstiger Auszüge und deren Beglaubigung anzuordnen sowie Bestimmungen über den Kostenschuldner, die Fälligkeit von Kosten, die Kostenvorschußpflicht, Kostenbefreiungen, die Verjährung, das Kostenfestsetzungsverfahren und die Rechtsbehelfe gegen die Kostenfestsetzung zu treffen.

(6) Eintragungen, die nach § 56 des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst vom 19. Juni 1901 beim Stadtrat in Leipzig vorgenommen worden sind, bleiben wirksam.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 139 Änderung der Strafprozessordnung

-

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 140 Änderung des Gesetzes über das am 6. September 1952 unterzeichnete Welturheberrechtsabkommen

-

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 141 Aufgehobene Vorschriften

-

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 142 (weggefallen)

-

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

§ 143 Inkrafttreten

(1) Die §§ 64 bis 67, 69, 105 Abs. 1 bis 3 und § 138 Abs. 5 treten am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

(2) Im übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Januar 1966 in Kraft.

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Anlage (weggefallen)

VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

Bücher:

- Brauner, Frank: Die urheberrechtliche Stellung des Filmkomponisten, Sinzheim 2001
- Bullerjahn, Claudia: Grundlagen der Wirkung von Filmmusik, Augsburg 2001
- Fromm/Nordemann: „Kommentar zum Urheberrechtsgesetz, zum Verlagsgesetz und zum Urheberrechtswahrnehmungsgesetz“, Stuttgart 2008
- Hertin, Paul: Grundlagen des Musikurheberrechts, in: R. Moser, A. Scheuerman: Handbuch der Musikwirtschaft, Starnberg 1999
- Hickethier, Knut: Film- und Fernsehanalyse", ohne Ort 2007
- Homann, Hans-Jürgen: Praxishandbuch Musikrecht: Ein Leitfaden für Musik- und Medienschaffende, Berlin 2006
- Koczyński, Michael: Musikrecht und Urheberschutz durch die GEMA, München 2009
- Lichtenhahn, Andreas: Die Musik im Film, in: Clevé, Andreas: Von der Idee zum Film, Konstanz 1994
- Manthey, Andreas: Die Filmrechtsregelungen in den wichtigsten filmproduzierenden Ländern Europas und den USA, Sinzheim 1993
- Moser, Rolf: Handbuch der Musikwirtschaft, München 1992
- Pauli, Hans-Jörg: Filmmusik, Stummfilm, Stuttgart 1981
- Pauli, Hans-Jörg: Filmmusik: ein historisch-kritischer Abriß, in: Schmidt, Hans-Christian: Musik in den Massenmedien Rundfunk und Fernsehen, Mainz 1976
- Schneider, Norbert-Jürgen: Handbuch Filmmusik, Konstanz 1990
- Schneider, Norbert-Jürgen: Filmmusik aus der Sicht eines Komponisten, in: Becker, Jürgen: Musik im Film, Baden-Baden 1993
- Schulze, Marcel: Materialien zum Urheberrechtsgesetz, München 2003
- Ventroni, Stefan: Das Filmherstellungsrecht, Sinzheim 2001
- Wehmeier, Rolf: Handbuch Musik im Fernsehen, Regensburg 1995

Internetquellen:

- Deutscher Komponistenverband, Ausgabe der Zeitschrift „Informationen“,
<http://www.komponistenverband.de/content/view/188/98/>, August 2011
- Rechtsanwälte Brehm & v. Moers: Clearing – Musikrechte im Film,
http://www.hfmaonline.de/downloads/thementag2009_05_08/hFMA_Musik_im_Film.pdf, August 2011

VIII. Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Stuttgart, 25.08.2011

Unterschrift Sander Schmidt